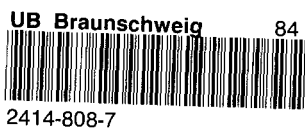


H. MACK

Die Finanzverwaltung
der Stadt Braunschweig
bis 1374





Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte

Begründet von Otto von Gierke im Jahre 1878

ALTE FOLGE

herausgegeben von Otto von Gierke,
nach seinem Tode von Julius von Gierke

HEFT 32

HEINRICH MACK

Die Finanzverwaltung der Stadt Braunschweig
bis zum Jahre 1374

NEUDRUCK DER AUSGABE Breslau 1889



1970

SCIENTIA VERLAG AALEN

2414-202 7

HEINRICH MACK

Die Finanzverwaltung der Stadt Braunschweig

bis zum Jahre 1374



C4

NEUDRUCK DER AUSGABE Breslau 1889



1970

SCIENTIA VERLAG AALEN

Lizenzausgabe mit freundlicher Genehmigung der
Rechtsnachfolger des Verlags M. & H. Marcus, Breslau

Titelnummer 203/04032

ISBN 3 511 04032 9

Gesamtherstellung: fotokop wilhelm weihert,
Kleyerstraße 12, Darmstadt

PRINTED IN GERMANY

Meinen
lieben Eltern.

Vorwort.

Indem ich vorliegende Abhandlung, welche aus Studien im Braunschweiger Stadtarchiv hervorgegangen ist, hiermit der Oeffentlichkeit übergebe, fühle ich mich gedrungen, meinem väterlichen Freunde, Herrn Professor Dr. Haenselmann, von dem mir die Anregung zu jenen Studien ward, aufrichtigsten Dank zu sagen. Mehrfach hat mir auch mein hochverehrter Lehrer, Herr Professor Dr. Julius Weizsaecker, der vor wenigen Wochen der Wissenschaft und seinen Schülern so unerwartet und viel zu früh durch den Tod entrissen wurde, wertvollen Rat zu Teil werden lassen. Den Dank, welchen ich ihm an dieser Stelle abzustatten gedachte, werde ich immer in meinem Herzen hegen.

Der Verfasser.

I n h a l t.

	Seite
Einleitung: Litteratur zur Geschichte der Finanzverwaltung in den deutschen Städten des Mittelalters, insbesondere in Braunschweig	1—7
I. Quellen zur Geschichte der Finanzverwaltung Braunschweigs bis zum Jahre 1374	8—17
II. Die Geschichte der Finanzverwaltung Braunschweigs bis zum Jahre 1374	18—111
1. Die Finanzverwaltung in den fünf Weichbilden Braunschweigs bis 1269	18—24
2 Die Einigung von 1269	24—26
3. Die Finanzverwaltung der gemeinen Stadt von 1269—1354	26—57
4. Die Weichbildsfinanzverwaltungen von 1269—1354	57—67
5. Die Finanzverwaltung der Altstadt 1354 und 1355	67—84
6. Die Finanzverwaltung der Weichbilde von 1354—1374	84—85
7. Die Finanzverwaltung der gemeinen Stadt 1354 und 1355 . .	85—97
8. Die Schäden der gemeinen Finanzverwaltung im 14. Jahrhundert und die finanziellen Ursachen des Aufstandes von 1374	98—111

Abkürzungen.

1. Chron. = Die Chroniken der deutschen Städte.
 2. Br. U.-B. = Urkundenbuch der Stadt Braunschweig.
 3. Br. St.-A. = Braunschweiger Stadtarchiv.
 4. O.-U. = Originalurkunde.
 5. A. D. = Altstädter Degedingbuch.
 6. H. D. = Hägener Degedingbuch.
 7. N. D. = Neustädter Degedingbuch.
 8. S. D. = Sacker Degedingbuch.
 9. R. d. N. = Rechtsbuch der Neustadt.
 10. G. = Gedenkbuch.
-

Einleitung.

Erst kurze Zeit ist verflossen, seit man begonnen hat, sich mit der Finanzgeschichte der deutschen Städte im Mittelalter, die sowohl für die Gesamtgeschichte dieser Städte, als auch für die Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters von hervorragender Wichtigkeit ist, eingehend zu beschäftigen; kein Wunder also, dass man auf dem bezeichneten Felde Umschau haltend hier noch manches zu thun findet. Einzelne Bemerkungen zwar, welche die städtische Finanzverwaltung betreffen, begegnen uns an vielen Orten und, wie es in der Natur der Sache liegt, namentlich in solchen Werken, die Geschichte und Verfassung der mittelalterlichen Städte behandeln; ¹⁾ gering aber ist die Zahl zusammenfassender Darstellungen auf diesem Gebiete.

Wie für Städtegeschichte überhaupt, so hat auch im besonderen für den finanziellen Teil derselben K. Hegel tüchtiges geleistet. In seiner Tätigkeit als Herausgeber deutscher Städtechroniken hat er auch sein Augenmerk auf den Stadthaushalt in Nürnberg²⁾

¹⁾ Besonders hingewiesen sei hier auf Gierke, das deutsche Genossenschaftsrecht, II. S. 678—778., ferner auf O. Richter, Verfassungsgeschichte der Stadt Dresden, Dresden 1885, namentlich S. 122 ff., endlich auf Kriegk, Frankfurter Bürgerzwiste und Zustände im Mittelalter, Frankf. a. M. 1862, S. 27 ff. und auf Reinhold, Verfassungsgeschichte der Stadt Wesel, Breslau 1888, S. 100 ff.

²⁾ Die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrh. Bd. I, S. 263—296, Beilage XII.

und Mainz¹⁾ gerichtet und in zwei wertvollen Beilagen darüber gehandelt. Er ging hierbei im wesentlichen von den Stadtrechnungen aus, denen er als einer der ersten²⁾ einen hervorragenden Platz unter den mittelalterlichen Geschichtsquellen mit Recht anwies. Nur einen Zweig städtischer Finanzwirtschaft betreffen Frensdorff's Ausführungen über das Ungeld in Augsburg,³⁾ während Gramich's interessante Arbeit „Verfassung und Verwaltung der Stadt Würzburg vom 13. bis 15. Jahrhundert“,⁴⁾ wie schon ihr Titel besagt, auch andre als finanzielle Dinge berührt. Mit besonderm Nachdruck ist sodann auf die Darstellung der Finanzverhältnisse der Stadt Basel im 14. und 15. Jahrhundert hinzuweisen, die G. Schönberg unternommen hat.⁵⁾ In dem ersten und bis jetzt noch einzigen Bande dieses umfassend angelegten Buches geht der Verfasser nach einer Einleitung, welche uns über die herangezogenen archivalischen Quellen, vor allem die Rechnungen, ferner über den allgemeinen Gang der Geschichte des Baseler Stadthaushaltes und die Münzverhältnisse Basels Aufschluss giebt, in ausführlicher Weise auf das Besteuerungswesen und die specielle Geschichte einzelner Steuern ein. Lange nicht so umfangreich, doch auch sehr bedeutend ist eine hierher gehörige Abhandlung Schmollers:⁶⁾ durch sie erhält man ein klares Bild von den Zuständen der Finanzverwaltung Strassburgs zur Zeit der Zunftkämpfe und von der Reform derselben im 15. Jahrhundert. Über den

¹⁾ Chron. XVIII., 2. Hlfte., S. 91—115, Beil. XIII; manches hierher gehörige auch schon S. 72—90, Beil. XII.

²⁾ Die klassische Stelle über den Wert der Stadtrechnungen als Geschichtsquellen findet sich Chron I. S. 263 und 264. — Schon im Anfang dieses Jahrhunderts verwertete Gemeiner die Stadtrechnungen in seiner Regensburgischen Chronik (cf. Göttinger gelehrte Anzeigen, 1868 S. 820). Dann gab Grünhagen 1860 im 3. Bande des codex diplomaticus Silesiae verschiedene die Stadt Breslau betreffende finanzielle Aufzeichnungen — darunter die Stadtrechnung von 1387 — heraus, die er mit einem fortlaufenden Commentar versah. Eine zusammenfassende Übersicht über die Finanzverwaltung Breslaus ist uns hier leider nicht gegeben, weshalb unsern Zwecken die angeführte Beilage XII des erst 1862 erschienenen 1. Bandes der Nürnberger Chroniken weit mehr entspricht.

³⁾ Chron. IV., S. 157—165, Beil. IX.

⁴⁾ Würzburg 1882.

⁵⁾ Finanzverhältnisse der Stadt Basel im Mittelalter, Tübingen 1879.

⁶⁾ Strassburg zur Zeit der Zunftkämpfe und die Reform seiner Verfassung und Verwaltung im 15. Jahrh., Strassb. 1875.

Stadthaushalt Aachens hat uns der ehemalige dortige Archivar J. Laurent unterrichtet;¹⁾ in seinem einschlägigen Werke, das sich auf das 14. Jahrhundert beschränkt, finden wir auch im Anhange verschiedene Rechnungen abgedruckt.

Alle die bisher genannten Abhandlungen und grössern Darstellungen betreffen, wie aus dem angeführten ersichtlich ist, nur süd- und westdeutsche Städte; die Geschichte der Finanzverwaltung in den mittel- und norddeutschen Städten ist erst in geringerem Umfange in den Kreis wissenschaftlicher Betrachtung gezogen. Was jene angeht, so kann hier nur die Veröffentlichung von Stadtrechnungen Kassels aus dem 15. und 16. Jahrhundert durch Stölzel genannt werden,²⁾ die mit einer kurzen Einleitung und recht brauchbarem Sachregister versehen ist; eine umfassende Bearbeitung der öffentlichen Finanzwirtschaft Dresdens ist zwar von O. Richter in Aussicht gestellt, aber noch nicht erschienen.³⁾

Unter den norddeutschen Städten kommt für uns in erster Linie Hamburg in Betracht, da wir die Ausgabe seiner Kämmererechnungen von Koppmann besitzen;⁴⁾ dem ersten Bande der letzteren ist eine wertvolle Einleitung vorausgeschickt, welche namentlich eine klare, ins Einzelne gehende Übersicht über Einnahmen und Ausgaben der Stadtkasse enthält. Ferner hat neuerdings in einem knappen, aber sehr inhaltreichen Aufsätze A. Ulrich neben der politischen vornehmlich die finanzielle Lage Hannovers am Ende des 14. Jahrhunderts ausführlich geschildert.⁵⁾ (cf. Anm. 6.)

¹⁾ Aachener Stadtrechnungen aus dem 14. Jahrh., Aachen 1866; unveränderte Ausgabe unter neuem Titel 1876.

²⁾ Kasseler Stadtrechnungen aus der Zeit von 1468 bis 1553. Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde. Neue Folge. 3. Supplement. Kassel 1871.

³⁾ Vgl. das Vorwort zu dem in Anm. 1 S. 1. genannten Werke Richters.

⁴⁾ Kämmererechnungen der Stadt Hamburg, I. Bd. 1350—1400; Hamburg 1869.

⁵⁾ Die politische und finanzielle Lage der Stadt Hannover am Ende des 14. Jahrhunderts, im Hannoverschen Unterhaltungsblatt, 1887. Nro. 1—5.

⁶⁾ Zum Zweck einer möglichst vollständigen Aufzählung der einschlägigen Litteratur sei hier ausser Grünhagens Veröffentlichung (cf. S. 2 Anm. 2) wenigstens mit einem Worte noch eine solche von Hertel erwähnt: Einnahmen und Ausgaben der Stadt Kalbe a. S. im Jahre 1478. (Geschichtsblätter für Stadt und Land Magdeburg, 1882. Jahrgang 17. Heft 2, S. 128—149).

In der vorliegenden Arbeit soll ein Abschnitt aus der Geschichte der mittelalterlichen Finanzverwaltung in einer Nachbarstadt Hannovers, in Braunschweig, besondrer und näherer Betrachtung unterzogen werden. Mehrere Gründe lassen sich für die Wahl dieser Aufgabe geltend machen. Zunächst ist dabei massgebend, dass wissenschaftliche Forschung auf einem grössern Gebiete erst dann wahrhaft fruchtbringend sein kann, wenn sie sich anfangs in Einzelarbeiten auflöst, um hierauf die Resultate derselben zusammenzufassen. Das ist eine Behauptung, deren unzweifelhafte Richtigkeit namentlich für die deutsche Städtegeschichte jetzt wohl allgemeine Anerkennung gefunden hat. Ferner aber ist im besondern das mittelalterliche Braunschweig eine Stadt, welche wichtig genug erscheint, dass man die erforderliche Mühe auf eine solche Arbeit verwende. Unter den niedersächsischen Städten nahm sie unstreitig eine hervorragende Stellung ein: erlangte sie doch zu den Zeiten der Hansa Rang und Bedeutung eines Vororts. Und wenn Braunschweig auch formell¹⁾ sich nie zur Reichsstadt emporgeschwungen, sondern immer unter der Herrschaft der welfischen Herzoge gestanden hat, wir sehen es wenigstens

¹⁾ Wenigstens ist der reichsstädtische Charakter Braunschweigs, so weit wir sehen können, nie allgemein anerkannt worden. Sonderbarer Weise scheint im 15. Jahrhundert eine gewisse Unsicherheit geherrscht zu haben, ob Braunschweig als Reichs- oder Territorialstadt zu betrachten sei. Reichstagsakten Bd. VIII. S. 107. Zeile 29 ff. bemerkt Kerler: „Städte nämlich, welche sich als reichsunmittelbar gegen die Zugriffe der Territorialfürsten zu behaupten suchten (z. B. Braunschweig), beriefen sich mit Nachdruck darauf, dass sie in die Matrikel von 1422 neben Städten, deren Reichsunmittelbarkeit nicht bestritten wurde, eingesetzt seien.“ Damit mag R.-T.-A. IX, S. 272, Anm. 1 verglichen werden, wo die Bereitwilligkeit Braunschweigs, Reichskriegsteuer zu zahlen, dadurch erklärt wird, dass die Stadt bei ihren Kämpfen um Unabhängigkeit von den Herzogen den unmittelbaren Zusammenhang mit der Reichsgewalt mehr und mehr habe befestigen wollen. Am 8. Dez. 1425 richtete Kaiser Sigismund einen Brief an „bürgermeister und rat der stat zu Brünswig unsere und des richs liebe getruen“ (R.-T.-A. VIII, 436, Z. 38) und zu gleicher Zeit einen solchen an die freie und Reichsstadt Strassburg mit fast gleichlautender Adresse: „den ersamen meister und rate der stat zu Strasburg unsern und des richs lieben getrewen.“ (l. c. Z. 25.) Auch ein Brief Sigismunds vom 11. Nov. 1430 geht an „bürgermeister und rat der stat Brunschwig unsern und des richs lieben getrewen.“ (R.-T.-A. IX, S. 490, Z. 4 ff.) — In schroffem Widerspruch mit diesen Stellen steht dagegen ein Contingentsverzeichnis von 1422, wo wir lesen: „Bernhart und Wilhelm von Brunschwig mit iren steten nemlich Brunschwig und Luneburg etc.“ (R.-T.-A. VIII, 158, Z. 24).

im Anfange des 15. Jahrhunderts schon die meisten wesentlichen Hoheitsrechte, wie Besteuerung, Zölle, Münze und Vogtei in festem Besitze haben. Seine wahre Macht unterschied sich also damals von der einer Reichsstadt fast gar nicht. Freilich erreichte Braunschweig diese seine höchste Blüte erst nach der Zeit, auf die unsre Abhandlung sich beschränken wird, und deren Anfangs- und Endpunkt die Jahre 1227 und 1374 bezeichnen mögen; auch kann man nicht sagen, dass für diesen Abschnitt der Finanzgeschichte genannter Stadt die Quellen sehr reichlich flössen, zumal da recht empfindliche Lücken sich geltend machen. Dennoch aber haben wir die zeitlichen Grenzen der Aufgabe so, wie es oben angegeben, nicht ohne die begründetste Absicht bestimmt. Im Anfang der Periode tauchen die ersten Spuren des Bestehens öffentlicher Stadthaushaltung auf, bedeutungsvolle Phasen in der Entwicklung ihrer Organisation schliessen sich daran; die wichtigsten Erwerbungen von Einkünften und ertragsfähigen Rechten werden seit ungefähr 1300 angebahnt und zum Teil schon vor 1374 vollendet, die ersten Kammereirechnungen, verstümmelte, wie auch vollständige, fallen in die zweite Hälfte unseres Zeitraums: kurz wir finden hier die erkennbaren Anfänge, die Grundlage der Finanzverwaltung der Stadt Braunschweig. Abgeschlossen wird diese Zeit durch den grossen Gildenaufstand von 1374, der zum wesentlichen Teil als eine Folge ärgster Zerrüttung der öffentlichen Wirtschaft, hervorgerufen durch das Zusammenwirken äussern Unglücks und innerer Missstände sich darstellt. Welche Bahnen nach dem grossen Aufstande die finanziellen Verhältnisse Braunschweigs einschlugen, darauf einzugehen muss einer spätern Arbeit vorbehalten bleiben.

Bei den neuern Arbeiten über die Geschichte der alten Welfenstadt hat man den mittelalterlichen Stadthaushalt keineswegs unberücksichtigt gelassen. Dürre hat in seiner „Geschichte der Stadt Braunschweig im Mittelalter“¹⁾ ihrer Finanzverwaltung ein besonderes Kapitel²⁾ gewidmet, in welchem er zunächst die Einnahmen des Rates, sodann seine Ausgaben, schliesslich die städtischen Finanzbeamten behandelt. Doch beziehen sich Dürre's Ausführungen in diesem Kapitel fast nur auf den Anfang des

¹⁾ Braunschweig 1861 und Wolfenbüttel 1875.

²⁾ S. 314—317.

15. Jahrhunderts, geben uns also einen Durchschnitt ohne ausreichende Anknüpfung an die vorhergehende und die nachfolgende Entwicklung. Es ergab sich für Dürre diese Beschränkung aus dem geringen Umfange des ihm vorliegenden Materials, ein Nachteil, der es auch schwierig oder unmöglich machte, mehrere Hauptpunkte genügend klar zu stellen. Der genannte hat für seine Arbeit die eigentlichen Rechnungen weder für das 14. noch für das 15. Jahrhundert herangezogen, vielleicht weil ihr Vorhandensein, als er sein Werk schrieb, noch allzu wenig oder gar nicht bekannt war. Die grosse Finanzreform, die am Ende des 14. Jahrhunderts in Braunschweig durchgeführt wurde und schon ausserhalb des Rahmens unsrer Betrachtung fällt, hat Dürre allerdings nicht bei Seite liegen lassen, da der klassische Bericht über dieselbe, die heimliche Rechenschaft, bereits sehr lange bekannt ist. Ein einheitliches Bild von dieser Reform können wir aber aus seinem Werke nur mit Mühe gewinnen; denn die einzelnen Nachrichten der heimlichen Rechenschaft über That-sachen, Vorgänge und Zustände hat jener für seine Zwecke von einander getrennt, indem er sie bald nach chronologischen, bald nach sachlichen Rücksichten mit anderm Stoff vermischte. Sehr verdienstlich, wenn auch nicht in allem unbestreitbar, sind die Zusammenstellungen Dürre's über die mannichfachen Erwerbungen der Stadt.¹⁾ — Auch Hänselmann, dem wir die Erschliessung so mancher Schätze des Braunschweiger Archivs verdanken, hat die Bedeutung der Geschichte des Stadthaushaltes wohl zu schätzen gewusst, und er hat nun vor allem auf die Wichtigkeit der Stadtrechnungen hingewiesen, diese so zu sagen neu entdeckt. Sehr häufig hat er in den Anmerkungen in seiner Ausgabe der Braunschweigischen Chroniken²⁾ zur Erläuterung die Rechnungen herangezogen, namentlich in den Noten zur heimlichen Rechenschaft³⁾ und zum Gedenkbuch Hans Porners.⁴⁾ Er eröffnete uns auch klare Einblicke in gewisse Perioden der städtischen Verwaltung: dahin gehört die Kritik der Finanzverwaltung durch den patricischen Rat vor dem Aufstande von 1374,⁵⁾ dahin die Schilderung der Verhältnisse und des Geistes, die zum Beginn

¹⁾ S. 285—295; S. 348 ff.

²⁾ Chron. Bd. VI: Braunschweig, Bd. I, 1868.

³⁾ Chron. VI, S. 121—207.

⁴⁾ *ibid.*, S. 209—281.

⁵⁾ *ibid.*, namentlich S. 319—330.

und zur glücklichen Vollendung des grossen Reorganisationswerkes führten.¹⁾ Die Entwicklung der Weinschanksgerechtsame in Braunschweig hat Hänselmann in einem besondern Aufsatz²⁾ behandelt, den wir ebenso berücksichtigen müssen, wie auch seine Darstellung „Braunschweig im täglichen Kriege des Mittelalters“.³⁾ Ferner gewährt uns die Einleitung desselben Verfassers zum 1. Bande der Chroniken dieser Stadt⁴⁾ für unsern Zweck mancherlei Aufschluss über die grundlegenden Verhältnisse. Kurz in jeder Hinsicht ist der folgende Versuch auf Hänselmanns Arbeiten aufzubauen.⁵⁾

¹⁾ *ibid.*, S. 123—132.

²⁾ Werkstücke, gesammelte Studien und Vorträge zur Braunschweigischen Geschichte, Wolfenbüttel 1887, Bd. I., S. 273—306.

³⁾ Werkstücke I. S. 56—131.

⁴⁾ Chron. VI. S. XIII—XXXV.

⁵⁾ Erst als diese Abhandlung schon vollendet war, kam dem Verf. v. Kostanecki's Arbeit „der öffentliche Credit im Mittelalter. Nach Urkunden der Herzogtümer Braunschweig und Lüneburg. Leipzig 1889“, zu Gesicht. In dem IV. Abschnitt der letzern, welcher über den städtischen Credit handelt, geht v. K. auch auf den öffentlichen Credit der Stadt Braunschweig ein. Da indessen nur wenige Bemerkungen v. K.'s in das Gebiet der vorliegenden Abhandlung fallen, und dieses wenige nicht über das, was bisher schon bekannt war, hinausgeht, so lag keine Veranlassung vor, v. K.'s Arbeit im Texte zu berücksichtigen.

I. Die Quellen zur Geschichte der Finanz- Verwaltung Braunschweigs bis zum Jahre 1374.

Wenn in einem kurzen Überblick die Quellen für die Finanzgeschichte Braunschweigs in dem gewählten Zeitraum betrachtet werden sollen, ist es zunächst unumgänglich notwendig, die wichtigsten historischen Verhältnisse zu erwähnen, welchen jene Quellen — es sind fast ohne Ausnahme Urkunden und amtliche Aufzeichnungen — ihr Dasein verdanken, und von denen man sich bei der Einteilung derselben leiten lassen muss. Fünf, keineswegs gleichzeitig entstandene Weichbilde machten in ihrer Vereinigung die Stadt Braunschweig des spätern Mittelalters aus: die Altstadt, der Hagen, die Neustadt, die Altewik und der Sack. Die hier gewählte Reihenfolge giebt uns die Abstufung in der Bedeutsamkeit der Weichbilde an; bei chronologischer Ordnung würde der Altenwik der erste Platz gebühren: sie wird urkundlich zuerst im Jahre 1031 erwähnt, während das zuletzt entstandene Weichbild, der Sack, erst im 13. Jahrhundert sich entwickelt hat. Den Herzogen gegenüber standen diese fünf Weichbilde nicht alle auf gleicher Stufe. Denn im Gegensatz zu Altstadt, Hagen und Neustadt zahlten die Bewohner der Altenwik und des Sacks wahrscheinlich bis gegen Ende des 13. Jahrhunderts eine bald Schoss bald Bede genannte Steuer an die Herzoge, die auf eine besonders grosse Abhängigkeit der beiden letztgenannten Weichbilde hinweist, eine Abhängigkeit, welche eine scharfe Trennung dieser von den übrigen dreien begründete. So kam es, dass im Jahre 1269 Altstadt, Hagen und Neustadt allein dahin sich vertrugen, für gemeinsame Angelegenheiten einen gemeinen Rat mit gemeiner Finanzverwaltung, der gewisse Einnahmen zufließen sollten, ins Leben zu rufen. Ganz allmählich wurden auch Altewik und Sack, indem die Herzoge ihre dortigen Rechte und Hebungen, vor allem jene

Bede, den drei verbundenen Weichbilden verpfändeten, in die Einigung dieser hineingezogen. Hier rangen sie sich, wenn auch langsam, von einer rein unterthänigen Stellung zu einer gewissen Mitregierung, zur Teilnahme am gemeinen Rat empor.¹⁾

Doch kann es jetzt nicht unsre Aufgabe sein, die eben kurz angedeutete, mit dem Jahre 1345 im wesentlichen abschliessende Entwicklung genauer zu verfolgen, wir müssen vielmehr zu der Übereinkunft von 1269 zurückkehren. Vor derselben gab es nur die fünf Weichbildsfinanzverwaltungen unverbunden neben einander, soweit damals überhaupt jedes Weichbild diesen Zweig der Verwaltung ausgebildet hatte; nach der Einigung indessen finden wir neben den weiter bestehenden Einzelverwaltungen die gemeine Finanzverwaltung, anfangs freilich nur für Altstadt, Hagen und Neustadt, die ihr zu Gunsten auf gewisse Geschäfte und Einnahmen verzichteten, bald aber auch für Altewik und Sack von Bedeutung. Der so dargelegte Gegensatz zwischen der Zeit vor und nach 1269 ist hinsichtlich der Einteilung der Quellen massgebend: zu der einen Gruppe des Materials, die nur die einzelnen Weichbilde angeht, kommt mit dem genannten Jahre eine zweite, aus der wir die Finanzverwaltung der gemeinen Stadt kennen lernen. Darum muss jener Zeitpunkt einen Einschnitt in unsrer Quellenbetrachtung bedeuten.

Aus der Periode vor der so sehr zu betonenden Übereinkunft ist nun allerdings für unsern Zweck nur ganz wenig erhalten: es sind ein paar Urkunden Ottos des Kindes, bis auf eine im Original vorliegend, aber nicht alle von unbestrittener Ächtheit oder sicherer Datirung; dazu gesellen sich zwei gleichfalls im Original erhaltene Abtsurkunden, deren eine auch als Copie im ersten Degedingbuche des Hagens sich findet, sowie ein in das erste Altstädter Degedingbuch aufgenommener Vertrag. Das ist alles, was aufgeführt werden kann.

Indem wir deshalb zu den Quellen aus der Zeit nach 1269 fortschreiten, wollen wir zunächst diejenigen erwähnen, aus denen man über die Finanzverwaltung der einzelnen Weichbilde bis 1374 Aufschluss erhält. Die Zahl der heranzuziehenden Urkunden ist gering, beträgt kaum mehr als zehn; meist sind es solche, die von geistlichen Stiftern ausgestellt wurden, sie betreffen gewöhnlich Altstädter oder auch Hägener Erwerbungen oder

¹⁾ Ausführlichere Darstellung dieser Verhältnisse in der Einleitung zu Chron. VI.

Verkäufe. In weit grösserem Umfange muss man sich jetzt auf die Degedingbücher stützen, indem hier nicht nur zwischen Dritten getroffene Abmachungen, sondern auch die Weichbildsräte selbst angehende eingeschrieben wurden. Sehr viel bieten besonders das erste und das zweite Degedingbuch der Altstadt, von denen dieses mit dem Jahre 1345 an die Stelle jenes tritt, viel auch das erste des Hagen; letzteres schliesst wie auch das für uns weit weniger ergiebige erste Degedingbuch des Sacks erst lange nach 1374 ab. Nur bis 1330 haben wir das erste Degedingbuch der Neustadt zu berücksichtigen, dann wird es, während das zweite ganz bei Seite gelassen werden kann, ersetzt durch das sogenannte Rechtsbuch dieses Weichbildes,¹⁾ das uns vom Anfang des 14. Jahrhunderts bis gegen Ende desselben begleitet und ausser einer Anzahl von Statuten auch mehrere Eintragungen finanzieller Art namentlich über Verkäufe enthält. Für die Altwiek liegt aus der hier in Betracht kommenden Zeit kein Degedingbuch vor; in Folge dessen ist unser Wissen von der dortigen Finanzverwaltung ein ganz besonders spärliches.

Als älteste Spur umfassenderer finanzieller Aufzeichnungen, die rein im Interesse der Einzelhaushalte der Weichbilde gemacht wurden, und zu denen vor allem Kämmererechnungen letzterer gezählt werden müssen, ist ein in lateinischer Sprache abgefasstes, undatirtes Verzeichniss anzusehen. Dieses nimmt anderthalb Seiten im ersten Degedingbuche der Altstadt ein²⁾ und stammt in seinen frühesten Bestandteilen, wie aus der Gleichheit der Schrift einiger später hinzugekommenen, auf Rasur stehenden Posten mit der datirter Eintragungen in demselben Buche hervorgeht, noch aus der Zeit vor 1313, ist aber sicherlich erst nach 1300 angelegt. Seine jetzige Gestalt hat es im wesentlichen zwischen 1313 und 1320 erhalten. In diesem Verzeichniss finden wir Zinsposten zusammengetragen, welche die Räte in der Altstadt, dem Hagen und der Neustadt alljährlich an gewisse Personen oder Kirchen zu zahlen hatten. Es handelt sich hierbei im allgemeinen um ablösliche Renten, indem zu Anfang jeder der drei Abteilungen unsres Verzeichnisses festgesetzt wird, mit wie viel Mark Kapital jeder Rat eine Mark

¹⁾ Dürre bezeichnet das Rechtsbuch der Neustadt als erstes Degedingbuch dieses Weichbildes und in Folge dessen das erste Degedingbuch als zweites.

²⁾ fol. 68¹ und 69.

Zins wiederkaufen könne, indessen kommt auch eine Leibrente vor. Die drei Abteilungen sind verschieden lang: die längste ist die der Altstadt, die kürzeste die der Neustadt.

Sowohl was den Umfang als die Mannigfaltigkeit des Inhalts angeht, wird dieses Stück von der zweiten hier zu besprechenden Aufzeichnung weit übertroffen. Letztere ist uns im Rechtsbuch der Neustadt auf fol. 65¹ bis fol. 75 aufbewahrt. Sie charakterisirt sich als ein vollständiges Verzeichniss der Einnahmen und Ausgaben des Rates der Neustadt an ewigen und rüchkäuflichen Zinsen, eine Zusammenstellung, wie sie uns später, jedoch nicht mehr vor 1374, noch häufiger unter dem Namen Tinsbok begegnet.¹⁾ Die Einnahmen stehen voran: zunächst die nach Strassen geordneten unablässlichen und ablösslichen Zinse, die der Rat von Häusern und Gärten bezieht, dann die ihm alljährlich als Miete für die Verkaufsstätten im Gewandhause und die Brot- und Fleischscharren zufließenden Einkünfte. Die Ausgaben zerfallen in Zinszahlungen an Geistliche und geistliche Stifter, welche sich aus verschiedenen Rechtsansprüchen herleiten, und in die vom Rat verkauften Leibgedinge und rüchkäuflichen Renten. Sehr viele Posten, namentlich unter den Einnahmen, sind durchstrichen, auch Rasuren finden sich oft; Nachträge sind mehrfach hinzugefügt, der erste derselben stammt nach seiner Datirung aus dem Jahre 1354. Da das Zinsbuch selbst nicht datirt ist, so kann man wenigstens aus diesem Nachtrage schliessen, dass es in seiner ursprünglichen Gestalt vor 1354 abgefasst worden ist. Andererseits verbieten die klare und zweckmässige Kapitelanordnung, weniger der Umstand, dass das Lateinische hier durch das Niederdeutsche verdrängt ist, ein weites Zurückschieben der Abfassungszeit. Aus der Schrift kann man kaum einen sicheren Schluss ziehen: datirte Stücke von der gleichen Hand sind im Rechtsbuche der Neustadt in ziemlicher Anzahl anzutreffen, die ältesten derselben gruppiren sich um das Jahr 1310 herum, das jüngste fällt ins Jahr 1331.

Wirkliche Kämmererechnungen eines Weichbildes sind zuerst aus den Jahren 1354 und 1355 erhalten; zugleich sind diese die einzigen, welche für unsre ganze Periode vorliegen.

¹⁾ So das Zinsbuch der Altstadt von 1378 und die Zinsbücher aller fünf Weichbilde von 1398 und 1402.

Sie finden sich in einer 28 Blätter umfassenden Papierhandschrift, in der vier Rechnungen vereinigt sind: diejenigen der Altstadt und der gemeinen Stadt von 1354, dann die gleichen von 1355. Die Titelseite der Altstädter Rechnungen trägt ein grosses, verziertes A (*antiqua civitas*), die der gemeinen Rechnung von 1354 ein entsprechendes C (*communis civitas*), welches bei derjenigen von 1355 fehlt. Alle diese vier Stücke sind von ein und derselben Hand geschrieben und in lateinischer, ab und an mit niederdeutschen Brocken untermischter Sprache verfasst. In beiden Altstädter Rechnungen — die der gemeinen Stadt sind erst später genauer zu betrachten — gehen die Ausgaben den Einnahmen voran, nur ein Kapitel jener steht in ihnen ganz am Schluss: es ist das der Aufwendungen für Ankauf vornehmlich von Häuserzinsen. Ausser diesem Kapitel sind die Ausgaben nur noch in die Rubrik der Leibrentenzahlungen und in die der sämtlichen übrigen Ausgaben geteilt. Letztere ist die umfangreichste in jeder der beiden Rechnungen, die in ihr zusammengetragenen Posten scheinen nach chronologischem Princip geordnet zu sein. Was die Einnahmen anbetrifft, so sind auch diese in drei Kapitel eingeteilt: die Einnahmen an Zinsen vom Weichbildsgut, die Einkünfte aus dem Verkauf von Renten und die Rubrik, unter der alle übrigen Einnahmen vereinigt sind. Am Schluss jeder Seite und jeden Kapitels sind, jedoch nicht ganz ohne Ausnahme, die Gesamtsummen der aufgeführten Posten angegeben, ferner finden wir auch in beiden Rechnungen die löbliche Absicht, das Facit aller Ausgaben zu ziehen, die indessen nur unvollkommen zur Ausführung gelangt; bei den Einnahmen ist etwas ähnliches gar nicht versucht, so dass von Aufstellung einer Bilanz keine Rede sein kann. Zu Beginn der so gestalteten Rechnungen der Altstadt sind, was endlich noch bemerkt werden mag, die Namen der beiden Kämmerer dieses Weichbildes genannt.

Unter den Quellen für die Geschichte des öffentlichen Haushalts der gemeinen Stadt zwischen 1269 und 1374 sind zuerst wieder die Urkunden zu nennen; sie sind in nicht unbeträchtlicher Anzahl bei diesem Teile unsrer Arbeit zu berücksichtigen und, wenn auch über die ganze Periode zerstreut, doch besonders reichlich, wie es ja natürlich ist, aus den letzten Jahrzehnten derselben vorhanden. Bei weitem die meisten sind Verpfändungsurkunden oder Schuldbescheinigungen der Herzoge, welche ziemlich vollzählig in dem Sudendorfschen Urkunden-

buche ¹⁾ Aufnahme gefunden haben. Hierzu gesellen sich seit 1342 eine Menge von Eintragungen im ersten Gedenkbuche. Dieses ist für die gemeine Stadt von gleichem Werte, wie für die Weichbilde die Degedingbücher und enthält viele Abmachungen und Bestimmungen, manche kurze Bemerkungen und längere Berichte, die in das Gebiet der gemeinen Finanzverwaltung fallen. Die Kenntniss der letztern lässt sich gelegentlich auch aus dem oben bereits erwähnten Rechtsbuche der Neustadt erweitern.

Wie von den Rechnungen der Weichbilde, so sind von denen der gemeinen Stadt aus der bezeichneten Periode nur noch traurige Reste übrig. Der älteste dieser Reste ist ein Fragment aus dem Jahre 1331, erhalten auf einem langen, schmalen Pergamentblatte. Auf der Rückseite desselben sieht man an einigen Stellen unleserliche Schriftzüge, die aus späterer Zeit zu stammen scheinen, die Vorderseite zeigt in der Schmalseite des Blattes parallel laufenden Zeilen eine Reihe von Ausgabeposten. Diese Ausgaben machten, einer einleitenden Bemerkung zufolge, im Jahre 1331 die Rats Herrn Braunschweigs, womit nur der gemeine Rat bezeichnet sein kann. Eine Einteilung der sehr verschiedene Gebiete berührenden Posten — im ganzen sind es 69 — ist nicht vorhanden, eben so wenig ist eine Gesamtsumme gezogen. Zur nähern Besprechung wird der Inhalt erst im Hauptteile gelangen. ²⁾

An die Schilderung des Stückes von 1331 muss hier unmittelbar die der gemeinen Kämmererechnungen von 1354 und 1355 gereiht werden, da aus der Zwischenzeit nichts derartiges erhalten ist. Die enge äusserliche Verbindung und Verwandtschaft jener beiden Rechnungen mit denen der Altstadt aus denselben Jahren war oben bereits betont worden, im übrigen aber fehlt es nicht an durchgreifenden Unterschieden zwischen letztern und den erstgenannten. Vor allem ist zu bemerken, dass, während die Altstädter Rechnungen sowohl Ausgaben als Einnahmen enthalten, in denen der gemeinen Stadt nur Ausgaben sich finden. Von diesen nehmen, wie dort, die in sachlicher Hinsicht bunt durcheinander gewürfelten Posten den meisten Platz ein, sind indessen nicht in ununterbrochener Reihe aufgeführt, sondern in

¹⁾ Sudendorf, Urkundenbuch zur Geschichte der Herzoge von Braunschweig und Lüneburg und ihrer Lande, 11 Bde., Hannover 1859—1883.

²⁾ cf. II. cap. 3.

mehreren von einander getrennten Stücken. Chronologische Ordnung kann ihnen höchstens 1354 zu Grunde liegen. Ein eignes Kapitel ist den Ausgaben an Leib- und rückkäufliehen Renten eingeräumt, ebenso dem Sold für die bewaffnete Mannschaft sammt den Kosten für die Unterhaltung und Miete der Pferde; die Aufwendungen, welche der Ersatz von Pferdeschaden erforderte, sind nur in der Rechnung von 1354 in einer besondern Rubrik vereinigt. Schliesslich haben auch einige im Pfandbesitz der Stadt befindliche Schlösser in beiden Rechnungen eigene Kapitel erhalten, wo die mannigfaltigen Ausgaben, die Verwaltung und Nutzbarmachung dieser Schlösser mit sich brachten, zusammengetragen worden sind. Mehrere Inconsequenzen der so sich darstellenden Kapiteleinteilung treten schon durch das gesagte zu Tage; dazu kommt nun aber noch, dass die Grenzen zwischen den Mischrubriken und den speciellen Kapiteln durchaus fliessende sind, denn manche Ausgaben, die eigentlich in eins der letztern hineingehören, haben in einer der erstern ihren Platz gefunden. Am Ende jeder Rubrik, in der Regel am Ende einer Seite, zuweilen auch am Schluss grösserer Abteilungen ist das Facit angegeben; ferner hat man die Gesamtsumme der Ausgaben des betreffenden Jahres zu ziehen versucht, doch ist es dabei nicht anders gegangen, wie in den Altstädter Rechnungen: auf die gefundenen Summen folgen noch, namentlich 1355, eine ganze Anzahl nicht mit eingerechneter Aufwendungen. Die Rechnung von 1355 ist uns nur unvollständig überkommen. Das erhellt zunächst daraus, dass bei Aufstellung der Gesamtsumme ein Betrag von fast 1000 Mark mit hineingezogen wird, von dem man nicht weiss, woher er kommt. Sodann fehlen in dem uns erhaltenen Stück ungefähr die Hälfte der Leibrenten- und Weddeschatzzahlungen, wie später nachzuweisen sein wird.¹⁾ Endlich wird unsere Behauptung auch durch einen Vergleich der Anfänge der beiden gemeinen Rechnungen erhärtet. Während die von 1354 mit den Namen der beiden Kämmerer gemeiner Stadt beginnt, ist dies bei der von 1355 nicht der Fall, und während dort der erste Ausgabeposten mit *imprimis* eingeleitet ist, wird er es hier durch das auf vorangehendes hinweisende *item*.

Gemeine Kämmererechnungen liegen aus unsrer Periode nicht weiter vor, die nächsten fallen erst in den Anfang des

¹⁾ cf. II. cap. 7.

15. Jahrhunderts; dagegen ist hier noch einer andern actenmässigen Quelle rein finanziellen Inhalts zu gedenken, weil sie bereits mit 1361 einsetzt. Es ist das älteste erhaltene Weddeschatzregister, ein starker Pergamentcodex in Grossfolio, der dazu bestimmt war, über den Verkauf ablöslicher Renten durch den gemeinen Rat ausgestellte Briefe in Abschriften aufzunehmen. Freilich wurde dieses Register erst 1396 angelegt, geht aber, wie gesagt, bis 1361 zurück und enthält aus der Zeit von 1361 bis 1374 dreizehn solcher Weddeschatzbrieft; ein älteres Weddeschatzregister hat es gegeben, doch ist dasselbe nicht mehr vorhanden.¹⁾ Copieen von früher als 1374 ausgefertigten Leibrentenbriefen können nicht nachgewiesen werden: das erste der auf uns gekommenen Leibgedingsregister, welches wahrscheinlich gleichfalls 1396 eingerichtet wurde,²⁾ beginnt mit Stücken aus dem Jahre 1392.

Während bisher nur von Überresten geschäftlichen Materials die Rede war, soll endlich noch eine mehr in das Gebiet der Chroniken gehörige Quelle wenigstens mit einigen Worten erwähnt werden. Wir meinen die heimliche Rechenschaft, jene schon verschiedentlich genannte, ohne Frage auf bestem amtlichen Material und reicher persönlicher Erfahrung beruhende Darstellung der Verwaltungsreform in Braunschweig am Ende des 14. Jahrhunderts. Über Veranlassung, Zeit der Abfassung und den Verfasser der heimlichen Rechenschaft, sowie über ihren rein officiellen Charakter ist alles wesentliche von Hänselmann bereits gesagt worden.³⁾ Für diese Arbeit kommt zunächst der erste Teil jener in Betracht, wo die starke, plötzlich eintretende Verschuldung der Stadt kurz vor dem Aufstande und ihre Ursachen geschildert werden, dann aber auch der zweite, in dem bei Besprechung der verschiedenen Reformen auch die vor Durchführung der letztern bestehenden Missbräuche und Unvollkommenheiten erörtert werden. Unmittelbarer noch als die heimliche Rechenschaft klären uns über den Einfluss der finanziellen Verhältnisse auf den Ausbruch des Aufstandes einige gleich-

¹⁾ Auf dieses ältere Weddeschatzregister wird verwiesen in der Heimlichen Rechenschaft, Teil 1. Kap. 2 (Chron. VI., S. 136); dort ist auch die Anm. 3. zu vergleichen.

²⁾ Sein Äusseres stimmt nämlich vollständig mit dem unsres Weddeschatzregisters überein; in beiden ist die älteste Hand die gleiche.

³⁾ Chron. VI. S. 123–132.

falls von Hänselmann gedruckte Briefe auf.¹⁾ Dieselben richteten bald nach jenem Ereignisse theils die aufständischen Gilden, theils die vertriebenen Geschlechter an andere Städte, um sich selber zu rechtfertigen und die Gegner anzuklagen. Durch Combination dieser von entgegengesetzten Standpunkten aus geschriebenen Briefe wird sich manches thatsächliche feststellen lassen.

Über das Münzwesen der Stadt Braunschweig, dessen genaue Kenntniss für eine recht vollständige und fruchtbare Ausnutzung des geschilderten Materials, namentlich der Rechnungen nicht zu entbehren ist, sind leider noch keine eingehenden Untersuchungen veröffentlicht:²⁾ so ist eine Umrechnung der damaligen Braunschweigischen Münze in unsre heutige Reichsmünze vorerst nicht möglich. Gerechnet wird in den aufgeführten Quellen einerseits nach mark, ferding, lot und quentin³⁾, andererseits nach pfund, schilling und pfennig. Bei der Aufstellung von Gesamtsummen, überhaupt bei Anführung von grössern Beträgen finden wir das Pfundsystem regelmässig auf das Marksystem reducirt, welch' letzteres somit in der Rechnung den ersten Rang einnahm. Aus diesen Reductionen ergibt sich für die Braunschweigische Mark ein Durchschnittswert von 30 Schillingen, ich sage ein Durchschnittswert, denn in Folge der zu Anfang jedes Jahres durchgeführten Münzumsetzung⁴⁾ war bis ins 15. Jahrhundert der Kurs der Mark zu verschiedenen Zeiten des Jahres ein verschiedener. Rechenfehler kommen in unsern Quellen nicht selten vor; den Grund hiervon werden wir einerseits in den verwickelten Münzverhältnissen, andererseits in dem ausschliesslichen Gebrauch der römischen Ziffern⁵⁾ zu sehen haben. Übrigens sind ja solche

¹⁾ ibid. S. 346 bis 348 Anklageschreiben der Vertriebenen gegen die Gilden; S. 350 und 351 Anklageschreiben der Gilden gegen die Vertriebenen; S. 357 bis 361 Rechtfertigungsschreiben der Vertriebenen.

²⁾ Das einzige Werk, das hier erwähnt werden kann, ist Bode, das ältere Münzwesen der Staaten und Städte Niedersachsens, Braunschweig 1847.

³⁾ 1 mark = 4 ferding = 16 lot = 64 quentin. 1 pfd. = 20 schill. = 240 pfenn.

⁴⁾ Über die Münzumsetzung im Anfang des 15. Jahrh. giebt äusserst wertvolle Aufschlüsse das leider noch nicht herausgegebene und erklärte Münzbuch Hans Porners. Zum 3. Bde. der Braunsch. Chron. wird darüber eine Beilage Hänselmann's zu erwarten sein. cf. Vorwort zum 2. Bde. der Braunsch. Chron. (Chron. XVI.) S. V.

⁵⁾ Erst im Anfang des 15. Jahrh. finden sich in den Braunschweiger Quellen arabische Ziffern (3 und 4) und zwar in Vermischung mit römischen.

Irrtümer ein Characteristicum der meisten mittelalterlichen Berechnungen,¹⁾ so dass wir uns wundern müssten, wenn sie gerade im Braunschweigischen Material fehlten. Auf eine durchgreifende Berichtigung derselben sich einzulassen, würde sehr gewagt sein, da bei unsrer wie gesagt so unvollkommenen Kenntniss des Münzwesens Braunschweigs wir häufig dort einen Rechenfehler erblicken können, wo in Wahrheit gar keiner vorliegt.

¹⁾ So zum Beispiel begegneten sie Koppmann in den Hamburger Kämmererechnungen ; cf. Hamb. K. I. S. XXIII.

II. Die Geschichte der Finanzverwaltung Braunschweigs bis zum Jahre 1374.

1. Die Finanzverwaltung in den fünf Weichbilden Braunschweigs bis 1269.

Über die Anfänge einer geregelten Finanzverwaltung der Stadt Braunschweig liegen so gut wie gar keine Überlieferungen vor. Deshalb können wir uns nur einen höchst ungenügenden Einblick in diese Anfänge verschaffen, einen Einblick, der namentlich auch dadurch erschwert wird, dass Braunschweig, wie oben bereits ausgeführt wurde,¹⁾ allmählich zusammengewachsen ist aus verschiedenen, zu verschiedenen Zeiten entstandenen und verschiedenartigen Teilen, den Weichbilden. Und wie auf andern Gebieten, so haben sich auch auf dem der Finanzverwaltung die fünf Weichbilde zunächst in vollständiger Trennung von einander entwickelt, wodurch jedoch nicht ausgeschlossen ist, dass diese erste Entwicklung in den rechtlich auf wesentlich gleicher Stufe stehenden im grossen und ganzen die gleiche gewesen sein kann. Anders allerdings wird sich der öffentliche Haushalt in der Altstadt, dem Hagen und der Neustadt in seinen Anfängen ausgebildet haben, anders im Sack und der Altenwik, welch' letztere ursprünglich in grundherrlicher Abhängigkeit von den Herzogen gestanden haben;²⁾ vergeblich aber werden wir uns bei der Unvollständigkeit unsrer Überlieferung bemühen, die sämtlichen oder auch nur die wichtigsten Unterschiede zwischen diesen beiden hauptsächlichsten Entwicklungsreihen festzustellen.

Von allen Weichbilden Braunschweigs lässt sich zuerst im Hagen das Bestehen einer Finanzverwaltung nachweisen. Es

¹⁾ cf. S. 8.

²⁾ cf. Chron. VI, S. XVIII. und XIX.

kommt dafür die von Hänselmann ins Jahr 1227 gesetzte Urkunde Herzog Ottos des Kindes in Betracht,¹⁾ in welcher er dem Hagen alle Rechte und Freiheiten bestätigt, die demselben, wie der Aussteller angiebt, von Anfang seiner Gründung an Herzog Heinrich der Löwe zugestanden habe. Das zweite der aufgeführten Privilegien bestimmt nämlich, dass die Bürger des Weichbildes einen aus ihrer Mitte zum Vogt wählen sollen, der von den aufgenommenen Gerichtseinkünften ein Drittel der Herrschaft abzuliefern habe. Die übrigen zwei Drittel werden dem Weichbilde zugewiesen, damit man sie für dessen Nutzen und Bedürfnisse verwende. Hier ist demnach sowohl von öffentlichen, wiederkehrenden Einnahmen als auch von öffentlichen, aus diesen Einnahmen zu bestreitenden Ausgaben die Rede. In Folge dessen sind wir berechtigt zu behaupten, dass im Hagen schon seit seiner Gründung durch Heinrich den Löwen eine Finanzverwaltung des Gemeinwesens, zum mindesten Ansätze dazu bestanden haben. Damit ist aber auch unser Wissen über diese Verhältnisse in so früher Zeit, in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts erschöpft.

Annähernd in die gleiche Zeit, in der dem Hagen die Privilegien Heinrichs des Löwen neu bestätigt wurden, fallen diejenigen Urkunden, welche zuerst die Existenz einer Finanzverwaltung in dem bedeutendsten Weichbilde, der Altstadt, bezeugen. Zunächst nämlich enthält das von Otto dem Kinde

¹⁾ Hänselmann, Urkundenbuch der Stadt Braunschweig. I. Bd. Statute und Rechtsbriefe; Braunschweig 1873, S. 2, § 4. — Doebner, die Städteprivilegien Herzog Otto des Kindes etc., Hannover 1882, S. 7, will das Privileg für den Hagen erst nach 1235 setzen, aus Gründen, denen unsrer Ansicht nach die Beweiskraft fehlt. Von diesen Gründen wird der zweite, dass das Siegel den Titel *dux de Brunswic* und nicht *princeps et dominus de Luneburg* aufweist, von Doebner selbst als wenig gewichtig hingestellt, während der erste von der kaum haltbaren Ansicht ausgeht, die Gemeinde hätte damals die ersten Schritte zur Erlangung der Autonomie noch nicht zurückgelegt gehabt (cf. über die Entwicklung des Hagen Chron. VI, S. XVI und XVII). Andererseits ist wohl nicht zu läugnen, dass der Bericht der Braunschweiger Reimchronik zum Jahre 1227, wonach der Herzog „*gaph den borgeren gnade vil*“, sowie die Angabe im Privileg der Wantschneider im Hagen, Otto das Kind habe das Recht der Wantschneider — und wohl auch die übrigen Rechte des Hagen — bestätigt, „*cum intraret civitatem*“, sehr starke Stützen für Hänselmann's Datirung abgeben cf. Br.-U. I, S. 1—3.

der Altstadt erteilte Recht¹⁾ — Hänselmann, dem wir auch hier uns anschliessen, setzt die betreffende Urkunde gleichfalls ins Jahr 1227²⁾ — zwei in jener Hinsicht belangreiche Artikel.

¹⁾ Br. U.-B. I, S. 3 ff., §§ 4 u. 50. — Von der frühern, auch von Dürre S. 95 als wahrscheinlich bezeichneten Annahme Hänselmann's (a. a. O. S. 3 und 4), dass das ottonische Recht von 1227 der Altstadt, dem Hagen und der Neustadt erteilt sei, wird man mit diesem Gelehrten jetzt absehen müssen. Denn zunächst besass die Neustadt das Recht der Pfarrerrwahl, welches nach dem Artikel 54 jener Urkunde den Inhabern derselben zustand, im 13. Jahrh. wenigstens nicht, da dieser Artikel in dem das Rechtsbuch der Neustadt eröffnenden Stadtrechte (Br. U.-B. S. 21 ff.) fehlt, und nicht anzunehmen ist, die Pfarrerrwahl sei dem genannten Weichbilde, nachdem es dieselbe einmal erhalten, wieder genommen. (cf. auch Dürre S. 473.) Hiernach wäre ja aber noch möglich, dass sich die Verleihung Ottos auf Altstadt und Hagen erstreckt habe. Dem widerspricht jedoch, dass im Artikel 60 die Empfänger des Rechts „de borgere van Brunewich“ genannt werden. Denn es kommt zwar vor, dass der Altstadt allein der Name Brunewich beigelegt wird (Br. U.-B. S. 3), nie aber werden Altstadt und Hagen zusammen so bezeichnet, und dass in diesem einzelnen Falle eine Ausnahme von der Regel gemacht worden wäre, ist um so weniger glaubhaft, weil zu einer solchen Bezeichnung gar kein Anlass vorlag. Otto das Kind begabte also 1227 die Altstadt allein mit jenem Stadtrecht. Dieselben Gründe scheinen es mir zu gebieten, das Stadtrecht des Herzogs Johann von 1265 der Altstadt allein zuzuweisen.

Im Anschluss hieran sei bemerkt, dass unsrer Meinung nach das Privileg Ottos des Kindes von 1245 (Br. U.-B. S. 10), in dessen erstem Teile allen Einwohnern der Altenwik das Recht verliehen wird, mit den von ihnen bereiteten Laken in gleicher Weise Handelschaft zu treiben, wie dies in der Altstadt geschehe, durch den Satz: *Et per omnia tale ius damus ipsis, quod habent nostri burgenses antique civitatis, ut illud servent perpetuo in universum* (Doebner a. a. O. S. 25 *inconvulsum*) keineswegs das ganze Altstädter Stadtrecht an die Altewik überträgt. Denn einmal wäre es sonderbar, wenn ein so umfassendes Privilegium nur ganz beiläufig, als Anhängsel einer sehr speciellen Bestimmung, erteilt worden wäre, andererseits widerspricht dem auch die noch lange nachher so untergeordnete Stellung der Altenwik der Altstadt, dem Hagen und der Neustadt gegenüber. Wahrscheinlich drückt dieser Satz nur die Verleihung der Innungsordnungen der Altstadt an die Altewik aus. Hänselmann lässt Br. U.-B. S. 10 die Frage unentschieden, während er sich Chron. VI, S. XIX für die von uns verworfene Auslegung erklärt.

²⁾ Frensdorff, über das Alter mittelalterlicher Rechtsaufzeichnungen, Hansische Geschichtsbl. 1876, S. 97—142, und ihm folgend Doebner (a. a. O. S. 6) bestreiten, dass das ottonische Stadtrecht schon ins Jahr 1227 zu setzen sei. Ihre Gründe sind jedoch, wie wir meinen, nicht durchschlagend genug, um eine Abweichung von Hänselmann's Datirung zu rechtfertigen. Gengler, *cod. iur. munic. Germ. I*, 287 setzt das Ottonianum in die Zeit zwischen 1245 und 1252.

Der eine derselben ist dem oben besprochenen Privileg des Hagens sehr ähnlich, indem er dahin lautet, dass, falls Jemand einen andern verwundet oder getödtet habe und nach vollbrachter That flüchtig geworden sei, sein Haus mit Beschlag belegt werden und ein Drittel seines Wertes dem Gerichte, zwei Drittel dem Weichbilde zufallen sollten. Wiederum begegnen uns also öffentliche Einnahmen aus Gerichtsgefällen, nur ist in diesem Falle ihr Kreis beschränkter. In dem andern und wichtigern der beiden heranzuziehenden Artikel begnadigt der Herzog diejenigen Bürger mit einer gewissen Zollfreiheit, welche auf eine Weile aus der Stadt fahren und in ihr Schosses und Rechtes pflegen. Dieser letzte Satz verdient besondere Beachtung, denn es geht aus ihm hervor, dass von den Bürgern der Altstadt damals bereits der Schoss, die weiter unten näher zu besprechende directe Steuer, erhoben zu werden pflegte; wir sagen pflegte, da unsre Urkunde, die den Schoss nur an dieser einzigen Stelle erwähnt, von ihm wie von einer schon geraume Zeit bestehenden Einrichtung spricht: wird doch hier das Zahlen des Schosses als das eine der beiden Erkennungszeichen eines vollberechtigten Bürgers aufgeführt. Und dass dieser Schoss in den Säckel des Weichbildes floss, eine stehende Einnahme desselben bildete, ist nicht zu bezweifeln, denn den Herzogen gegenüber waren die Bürger der Altstadt keinesfalls zu einer solchen Abgabe verpflichtet.

Nicht auf Grund von Vermutungen, sondern auf Grund ihrer eignen bestimmten Datirung ist dem Jahre 1227 eine andre Urkunde Ottos des Kindes zuzuweisen, die ebenfalls ein Licht auf die finanziellen Verhältnisse der Altstadt als Gemeinwesen wirft. In dieser Urkunde bekennt der Herzog, dass er den Bürgern des genannten Weichbildes seine dortige Vogtei mit allen an ihr haftenden Rechten und allem Nutzen gegen eine jährliche Zahlung von 30 Pfund Braunschweigischer Pfennige geschenkt habe.¹⁾ Ein solcher Kaufvertrag setzt notwendig eine ziemlich hohe Entwicklung der Finanzverwaltung der Altstadt voraus: wir sehen, wie sich dieses Gemeinwesen damals nicht

¹⁾ Sudendorf VI, 105. -- Frensdorff (a. a. O. S. 123) und Doebner (a. a. O. S. 7) zweifeln die Ächtheit dieses Privilegs an, doch wird es von keinem der beiden entschieden verworfen. Sudendorf (VI, 105) und Hänselmann (Chron. VI, S. XXIX) haben, wie mir scheint mit Recht, die Ächtheit der Urkunde gar nicht angezweifelt.

mehr die Befriedigung seiner nächsten Bedürfnisse allein als Aufgabe stellte, sondern wie es bereits fortgeschritten war zur Erwerbung nutzbarer Rechte, indem es zu diesem Zwecke die öffentlichen Ausgaben um eine jährliche Rente vermehrte.

Weitern Aufschluss über das Wesen des Altstädter Haushaltes giebt erst wieder eine Urkunde des Jahres 1249.¹⁾ Teodericus, Abt des Aegidienklosters in der Altenwik, bekennt in ihr, dass er vom Rate der Altstadt gegen 13 Schillinge „wortpenninge“ 8 Schillinge, die ihm alljährlich am 24. Juli zu zahlen seien, eingetauscht habe. Zum ersten Male begegnen uns hier urkundlich als Einnahme eines Weichbildes die Wortzinse, welche später in den Zinsbüchern häufig genannt werden, während sie in den Rechnungen von den ewigen und ablöslichen Hauszinsen gar nicht geschieden sind. Es kann jedoch nur rein zufällig sein, dass sie in der Überlieferung jetzt erst unter den öffentlichen Finanzen vorkommen. Denn wie die Herzoge, wie begüterte geistliche Stifter und auch reiche Private Grund und Boden gegen unablöslichen Grundzins aushateten, so hat sicherlich auch der Rat der Altstadt, sobald sich diese zum Gemeinwesen ausgebildet hatte, damit begonnen, diejenigen Teile der Weichbildsalmende, welche man nicht zu andern Zwecken, wie Strassen- und Befestigungsanlagen bedurfte, in Bauplätze zu zerlegen und namentlich an Neubürger gegen Wortzins zu überlassen. Auch im Hagen und in der Neustadt, in denen, wie in der Altstadt, von einem herrschaftlichen Wortzinse nichts verlautet,²⁾ also wohl eine freie Almende vorhanden war, wird man letztere auf gleiche Weise dem gemeinen Besten dienstbar gemacht haben. — Dass freilich nicht nur auf dem eben beschriebenen Wege ein Weichbild in den Besitz von Wortzinsen kommen konnte, lehrt jene Urkunde von 1249. Die dort erwähnten Wortpfennige erwirbt die Altstadt durch Tausch und zwar vom Aegidienkloster, dem vor allem die Bürgerschaft der Altenwik mit Grundzins verpflichtet war.³⁾

Eine Zinserwerbung andrer Art, welche wiederum für die Altstadt gemacht wird, finden wir durch eine Eintragung zum Jahre 1268 im Altstädter Degedingbuche bezeugt.⁴⁾ Der Bürger

¹⁾ Orig.-U. im Br. St.-A.

²⁾ Chron. VI, S. XIV, XVII, XVIII.

³⁾ Chron. VI, S. XVIII.

⁴⁾ A. D. I, fol. 13.

Sevenbrot verkauft dem Rate sein Haus, erhält dasselbe jedoch von diesem zurück, indem ihm die Verpflichtung auferlegt wird, jährlich 24 Schillinge Zins zu zahlen. Ob wir es hier mit unablöslichem Zinse, sogenanntem Erbenzinse, oder mit ablöslichem, sogenanntem Weddeschatz, zu thun haben, kann nicht festgestellt werden. Doch erkennt man aus dieser Gebahrung, dass der Rat als Leiter der Finanzverwaltung bestrebt ist, die öffentlichen Gelder möglichst sicher anzulegen.

Fast alle bisher besprochenen Reste der Überlieferung bezogen sich auf die Verhältnisse der Altstadt; nur eine Angabe, allerdings die am weitesten zurückgreifende, gab uns Auskunft über ein anderes Weichbild, den Hagen. Das nächste den Haushalt des letztern berührende Stück, eine Urkunde, stammt erst aus dem Jahre 1268.¹⁾ In derselben erklären Abt und Convent des Klosters Riddagshausen, dass der Rat des Hagen ihren von einem Bürger gekauften Hof am Redingerthor mit einer Ausnahme von allen dem Weichbild zu leistenden Pflichten, namentlich aber von Schoss- und Wachtpflicht, gegen einen Jahreszins von 5 Schillingen befreit habe. Im Hagen wurde also zu jener Zeit bereits Schoss erhoben, was freilich auch ohne das Vorhandensein dieser Nachricht für gewiss angenommen werden könnte. Ferner aber erscheint hier überhaupt zum ersten Male in Braunschweig die Ablösung der städtischen Pflichten von Gütern in geistlichem Besitz durch eine feste dem Gemeinwesen zu zahlende Rente, ein Vorgang, der sich später oft wiederholt, indem von Besitzungen und Einkünften, die an Geistliche oder geistliche Stifter fallen, die Schosspflicht durch den sogenannten Schosszins abgelöst wird.

Wie sich nun bis zu dem so einschneidenden Jahre 1269 die Verwaltung des öffentlichen Haushalts in den vorher nur beiläufig berührten Weichbilden Sack, Altewik und Neustadt entwickelte, darüber mangelt jede directe Auskunft durch die Überlieferung. Nur mit mehr oder weniger sicheren Vermutungen kann man die hier auftauchenden Fragen beantworten. Durch die Fesseln ihrer weitgehenden Abhängigkeit von den Herzogen beengt waren Altewik und Sack, welch' letzterer überhaupt eben erst entstanden oder noch im Entstehen begriffen war,²⁾ 1269 wohl noch nicht zu der Selbstständigkeit in der Finanzverwaltung

¹⁾ O.-U. im Br. St.-A. und H. D. I, fol. 1.

²⁾ Chron. VI, S. XIX.

gelangt, wie sie uns in den wenigen Nachrichten für Altstadt und Hagen bezeugt ist. Vor allem fehlte ihren Bürgern wahrscheinlich das Recht, sich selbst zum Nutzen des Gemeinwesens zu besteuern; denn der Schoss, welchen sie allerdings zahlten, wurde den Herzogen entrichtet, beziehungsweise für diese von den schon früh dort angetroffenen Räten erhoben. Vielleicht hat beiden Weichbilden auch eignes Vermögen, insbesondere der Besitz von Wort- und Erbenzinsen noch völlig gemangelt, da sie doch wohl über eine freie Almende nicht verfügen konnten.

Mit grösserer Sicherheit wird man ein Urteil über die entsprechenden Verhältnisse in der Neustadt fällen können. Wie der Hagen von Heinrich dem Löwen gegründet und im wesentlichen mit ihm auf gleicher Stufe stehend wird sie ihre Finanzverwaltung in derselben Weise wie jener ausgebildet haben. Aber wir können noch einen Schritt weiter gehen: in der Neustadt sowohl als im Hagen ist man, was die Grundzüge der Verwaltung anbetrifft, wahrscheinlich dem Vorbilde der benachbarten Altstadt gefolgt, des ältesten Weichbildes nächst der Altenwik und des entwickeltsten von allen. Diese Annahme wird durch den Umstand fast zur Gewissheit erhoben, dass im Hägener und Neustädter Rat von vornherein Angehörige angesehenen altstädtischer Geschlechter gesessen haben,¹⁾ welche Einrichtungen und Gebräuche der Altstadt mit Notwendigkeit auf jene beiden jüngern Weichbilde übertragen haben müssen.

2. Die Einigung von 1269.

Unter der Einwirkung der geschilderten Verhältnisse hatten sich die gegenseitigen Beziehungen der fünf Weichbilde am Ende der sechziger Jahre des 13. Jahrhunderts etwa folgendermassen ausgestaltet: auf der einen Seite standen Altewik und Sack, nicht selbstständig genug, um an dem kräftigen Emporstreben der übrigen Weichbilde teilzunehmen, auf der andern Seite Altstadt, Hagen und Neustadt, durch viele gleiche politische und wirtschaftliche Interessen mit einander verbunden und, was gar nicht zu unterschätzen, auch durch Verwandtschaft zwischen den in ihnen regierenden Geschlechtern an einander gekettet. Alles dieses drängte mit Macht auf einen engeren Zusammenschluss der letztgenannten drei Weichbilde hin. 1269 fand derselbe seine Verwirklichung, indem am 18. November dieses

¹⁾ Chron. VI, S. XX.

Jahres die betreffenden Räte eine Einigung abschlossen, mit deren Inhalt und Zielen uns die darüber ausgestellte Urkunde bekannt macht.¹⁾ Über die Angelegenheiten der durch die Verbindung entstehenden Gesamtstadt, so lautet die erste Bestimmung, soll von Ratsherrn aus allen drei Weichbilden, 10 aus der Altstadt, 6 aus dem Hagen und 4 aus der Neustadt, gemeinsam beraten werden. Die Erneuerung dieses Rates wird genauen Festsetzungen unterworfen. Ferner wird — und hierauf muss besonders Gewicht gelegt werden — bestimmt, dass Schoss- und Zinseinkünfte²⁾ der vereinigten Weichbilde in eine gemeinsame Kasse fließen sollen zur Bestreitung von Ausgaben für Nutz und Noth der, wie es später heisst, gemeinen Stadt. Schliesslich wird auch die Ausübung der Weinschanksgerechtsame geregelt: in der Altstadt soll beständig Wein verkauft werden, nur beschränkte Zeit hindurch im Hagen und in der Neustadt, indem immer abwechselnd hier und dort ein Fass verzapft werden soll.

Sicherlich ist die Bedeutung dieses Vertrages keine geringe: eine Centralbehörde und eine Centralkasse mehrerer Weichbilde wurden durch ihn geschaffen, gewiss ein grosser Fortschritt gegenüber der bisherigen Zersplitterung. Auf der andern Seite darf aber auch die Tragweite der Einigung nicht überschätzt werden. Denn einmal waren dem gemeinen Rate nur die Angelegenheiten der Gesamtstadt zur Behandlung überwiesen, während die innern Verhältnisse der einzelnen Weichbilde offenbar den weiter bestehenden Sonderräten unterstellt bleiben sollten. Ferner aber sollte im besondern die Finanzverwaltung der einzelnen Weichbilde in der der gemeinen Stadt keineswegs völlig aufgehen. Zwar waren ja Schoss- und Zinseinkünfte, welche jetzt der gemeinsamen Kasse zugewiesen wurden, ohne Frage bisher die wichtigsten Einnahmen der Weichbilde gewesen, aber doch nicht die einzigen. Die Sonderkassen wurden also durchaus nicht überflüssig. Indessen ausser diesem negativen

¹⁾ Br.-U. S. 15.

²⁾ Dass dies hier die richtige Übersetzung von *redditus* ist, scheint keinem Zweifel zu unterliegen. Denn erstens wird *redditus* im mittelalterlichen Latein fast nur von Zinserträgen gebraucht (cf. s. v. *redditus* bei Du Cange, Dieffenbach, *glossarium Latino-Germanicum*, Brinckmeier, *glossarium diplomaticum*, Koppmann, Hamb. K. I., S. XXIV), zweitens kann *redditus* hier nicht von Einkünften im allgemeinen gesagt werden, weil es in der Urkunde heisst: *collecte et redditus*.

giebt die Vertragsurkunde auch einen positiven Beweis für die Absicht, jene ununterbrochen fortbestehen zu lassen. Würde sich denn die Altstadt eine ausgedehntere Weinschanksgerechtsame als sie den beiden übrigen Weichbilden bewilligt wurde, vorbehalten haben, wenn sie die hieraus sich ergebenden Einkünfte in den gemeinsamen Säckel hätte abliefern müssen? Das ist doch kaum denkbar, sehr wohl aber lässt sich diese Handlungsweise erklären, wenn man annimmt, dass jene Einnahme von den Weichbilden für ihre Sonderzwecke zurückbehalten wurde.¹⁾ Ohne Zweifel wollte man die gemeinschaftliche Kasse nur mit solchen Ausgaben belasten, die allen vereinigten Weichbilden zu gute kämen, während ein jedes derselben für die Befriedigung seiner besondern Bedürfnisse allein die Mittel aufzubringen hatte. Wahrscheinlich deutet auch die Vertragsurkunde selbst dieses Sachverhältniss an, wenn sie sagt, dass die gemeinsame Kasse zur Bestreitung gemeinsamer Ausgaben eingerichtet werden solle.

3. Die Finanzverwaltung der gemeinen Stadt von 1269 bis 1354.

Für die der besprochenen Übereinkunft unmittelbar folgenden Zeiten fehlen Nachrichten über die Wirksamkeit der gemeinen Finanzverwaltung gänzlich. Darin liegt eine empfindliche Lücke unsrer Kenntniss des öffentlichen Haushalts in Braunschweig begründet. Denn es ist uns durch diesen Mangel unmöglich gemacht zu beurteilen, ob Zustände, welche nachweislich im 14. Jahrhundert herrschten und eine starke Abschwächung der finanziellen Bestimmungen des Vertrages voraussetzen, das Resultat einer langen, allmählichen Entwicklung waren, oder ob es der Widerstand von Hagen und Neustadt gegen die grossen Vorrechte der Altstadt und die gegenseitige Eifersucht der Weich-

¹⁾ Die Weiterexistenz der Weichbildsfinanzverwaltungen ist hierdurch auch für den Fall erwiesen, dass unsre Übersetzung von *redditus* falsch, d. h. zu eng sein sollte. Hänselmann (Chron. VI, 319 und 320 und Werkst. I, S. 288), der die Urkunde von 1269 so aufgefasst wissen will, als ob in ihr die Absicht ausgesprochen sei, die gesammten Aufkünfte der drei Weichbilde unter gemeinsame Verwaltung zu stellen, ist der Meinung, auch die Erträge der Weinschanksgerechtsame seien damals der gemeinen Kasse zugewiesen. Dürre (S. 107) berührt die Weinschanksverhältnisse nicht und sagt, wenn auch sehr unbestimmt, so doch nicht unrichtig: „der Schoss der Bürger und andere Einkünfte des Rates [nicht: die andern] sollen von nun an in die gemeinsame Stadtkasse fliessen“ etc.

bildsräte überhaupt sogar zu Wege brachten, dass die Einigung von vornherein nur in merklich geschmälertem Umfange ins Leben trat.¹⁾ Als denkbar kann beides hingestellt werden.

Die ersten Spuren vom Betriebe der gemeinsamen Finanzverwaltung, welche natürlich dem gemeinen Rate übertragen war, finden sich in Urkunden aus dem Jahre 1295.²⁾ Am 22. April verträgt sich der genannte Rat mit dem St. Blasienstifte dahin³⁾, dass Laien, welche etwa auf dem Stifte gehörigen Worten am Redingerthor wohnen werden, der Stadt die gleichen Pflichten wie alle andern Bürger erfüllen müssen, dass jedoch, falls Kleriker auf jenen Worten sitzen, dieselben von allen Leistungen an die Stadt befreit sein sollen. Das Stift verpflichtet sich, seinerseits zum Entgelt hierfür alljährlich der letztern zwei Schillinge zu zahlen. Die Lage der hier in Frage kommenden Worten ist leider nicht genau zu bestimmen: entweder gehörten sie zum Hagen oder zur Altenwik.⁴⁾ War das erstere der Fall, so wird man auf die Einigung von 1269 sich berufen können, um zu erklären, weshalb das Stift seinen Vertrag mit dem gemeinen Rate schloss: bei weitem die vornehmste der abgelösten Pflichten war die Schosspflicht, und der Schoss war ja durch die Einigung der gemeinsamen Kasse zugewiesen. Demnach hätten wir wenigstens einen Anhaltspunkt für die Scheidung der damaligen Befugnisse des gemeinen Rates von denen der Einzelräte der drei vereinigten Weichbilde. Lagen jene Worten aber in der Altenwik, so ergäbe sich aus dieser Urkunde schon eine gewisse Abhängigkeit des letztgenannten Weichbildes von den verbündeten, deren früheste sichere Spuren erst aus der nun zu besprechenden nachgewiesen werden können.

¹⁾ Hierüber cf. Chron. VI, S. 319 und 320.

²⁾ Was das Schichtbuch über die braunschweigische Finanzverwaltung und ihre Geschieke während des Gildemeisteraufstandes von 1292 bis 1294 mitteilt (Chron. XVI, S. 305 — nach dem dort gesagten müsste die Stadt schon damals Anrechte auf Münze und Zoll gehabt haben —, 307) kann hier nicht berücksichtigt werden, da jenes erst 200 Jahre später verfasst wurde. cf. die Einleitung Hänselmanns zum Schichtbuch Chron. XVI, 278—290.

³⁾ Braunschweigische Händel II, S. 270.

⁴⁾ Das Redingerthor lag auf der Grenze des Hagen gegen die Altewik, cf. Dürre S. 719.

Am 24. Juni desselben Jahres vom Rate der Altenwik ausgestellt besagt sie,¹⁾ dass dieser unter Zustimmung des gemeinen Rates mit dem neuen Marienspitale in Braunschweig sich über gegenseitige Verpflichtungen auseinandergesetzt habe. Den dabei getroffenen Bestimmungen zufolge erlässt das Spital dem Weichbilde eine gewisse, jährlich zu leistende Zahlung von 7 Schillingen, während der Weichbildsrat mehrere im Besitz des Spitals befindliche Worten von der an ihnen haftenden Schoss- und Wachtgeldpflicht für frei erklärt. Dieser Vertrag ist in verschiedner Hinsicht merkwürdig. Hier zuerst tritt uns eine öffentliche Finanzverwaltung in der Altenwik entgegen, und, was wir über sie erfahren, weist auf eine innige Verwandtschaft mit der Organisation desselben Verwaltungszweiges in Altstadt, Hagen und Neustadt hin. Auf die Frage aber, wie es sich mit der Leitung des Haushalts der Altenwik verhielt, eröffnet unsre Urkunde einen Einblick in ein ganz eigentümliches Verhältniss. Den erwähnten Vertrag mit dem Marienspitale schloss, wie gesagt, der Rat jenes Weichbildes unter Zustimmung des gemeinen Rates, die er sicherlich nicht eingeholt hätte, wenn sie nicht erforderlich gewesen wäre. Die Altenwik war also damals bereits von der gemeinen Stadt abhängig: der erste Schritt zur Überbrückung einer weiten Kluft war gethan. Wie sich diese Abhängigkeit gebildet hatte, darüber lässt sich eine ziemlich begründete Vermutung aufstellen. Aller Wahrscheinlichkeit nach waren den drei verbundenen Weichbilden, wie das später wiederholt geschehen, von den Herzogen ihre Einnahmen aus der Altenwik verpfändet worden und, wenn nicht alle, so doch jedenfalls die wichtigste derselben, der Schoss. Indem in dieser Hinsicht die Herzoge ihre Stellung dem gemeinen Rate einräumten, überliess der letztere, wie es wohl schon jene gethan, dem Weichbildsrat die Erhebung und Verwaltung der Schosserträge, nicht jedoch, ohne sich die endgültige Verfügung über dieselben vorzubehalten. Aus solchen Zuständen würde sich die bemerkenswerte Stelle unsrer Urkunde sehr gut erklären lassen. Welchen Umfang übrigens die Rechte des gemeinen Rates bezüglich der Altenwik damals gehabt, kann aus derselben nicht klar erkannt werden; eine bestimmte Angabe in dieser Hinsicht finden wir zuerst in

¹⁾ Copie des 18. Jahrh. unter den Urkunden des Marienspitals im Br. St.-A.

einer Urkunde des nächsten Jahres,¹⁾ die um so wichtiger ist als sie nun auch ein Licht auf die uns angehenden Verhältnisse des fünften Weichbildes, des Sackes, wirft. Hier in Kürze ihr Inhalt. Am 14. Mai 1296 verpfändet Herzog Albrecht dem Rate der Stadt Braunschweig, d. i. offenbar dem gemeinen Rate, für 350 Mark, welche dieser teils für ihn auszulegen versprochen, teils ihm baar dargeliehen hat, alle seine Einnahmen aus den Vogteien und andern Gerichten, der Münze, den Zöllen und Mühlen in der Stadt, auch alles, was bisher aus Altewik und Sack für ihn erhoben, auf so lange, bis jene Summe völlig zurückgezahlt ist. Die wichtigsten, wenn nicht gar alle herzoglichen Einkünfte aus sämtlichen fünf Weichbilden Braunschweigs — Herzog Albrecht war damals von dieser Stadt als alleiniger Herr anerkannt, sein Bruder Heinrich ganz bei Seite geschoben²⁾ — wurden damit dem gemeinen Rate zugewiesen, freilich nicht auf immer. Aber war es auch nur eine Erwerbung auf Zeit, so darf man doch ihre Bedeutung nicht zu gering anschlagen. Denn einmal stellte die Verwaltung der vielen aus den verschiedensten Quellen fließenden Einnahmen, mochte nun die Hauptlast derselben auf dem gemeinen Rate oder den Weichbildsräten ruhen, was aus der Überlieferung leider nicht hervorgeht, neue, ausgedehnte Aufgaben, bei deren Bewältigung manches gelernt werden konnte. Ferner war auch durch die einfache Verpfändung Anlass genug gegeben, die Selbstständigkeit der Stadt den Herzogen gegenüber zu fördern. Genugsam ist ja bekannt, wie häufig im spätern Mittelalter Verpfändungen dauernde Zustände schufen. So war es auch in diesem Falle sehr fraglich, ob nicht von den zahlreichen, oben aufgezählten Pfändern wenigstens das eine oder das andere allmählich in immerwährenden Besitz der Stadt übergehen würde, eine Entwicklung, welche sich namentlich in der Weise vollziehen konnte, dass der Pfandvertrag mit oder ohne gleichzeitige Erhöhung der Pfandsomme mehrfach verlängert wurde, bis schliesslich an eine Einlösung gar nicht mehr zu denken war, der Verpfänder seine Ansprüche fallen liess. Dabei ist wohl zu bemerken, dass bezüglich verschiedener in der Urkunde mit aufgeführter Rechte die Erwerbung durch die Stadt schon vor 1296 angebahnt ward. Die Vogtei in der Altstadt war bereits 1227, wie wir sahen, durch Kauf an dieses Weichbild übergegangen, und von den

¹⁾ Br. U.-B. I, S. 17 und 18.

²⁾ Dürre S. 122. — Chron. VI, XXXI und XXXII.

Einkünften des Herzogs aus der Altenwik war ja mindestens der Schoss schon 1295 im Pfandbesitz des gemeinen Rates. Auch hinsichtlich des Sackes, der sowohl in der eben besprochenen, als auch in mehreren spätern Urkunden ähnlichen Inhalts in engster Verbindung mit der Altenwik genannt wird, mag dieses der Fall gewesen sein. Sehr gut stimmt mit alle dem zusammen, dass von den 1296 verpfändeten Aufkünften die aus den Vogteien, aus der Altenwik und dem Sack zuerst in ihrer Gesamtheit und auf die Dauer von ihren ursprünglichen Eigentümern thatsächlich aufgegeben wurden. Doch damit die Verhältnisse soweit gediehen, bedurfte es einer langsam fortschreitenden Entwicklung. Ihre Anfänge lernten wir bereits kennen, auch ihren weiteren Gang vermögen wir uns durch wertvolle Urkunden zu veranschaulichen.

Unter diesen nimmt der Zeit nach die erste Stelle der Sühnevertrag ein, zu dem sich im Jahre 1299 die Herzoge Albrecht und Heinrich einerseits und die Bürger von Braunschweig andererseits nach nicht näher bekannten Zwist vereinigten.²⁾ Wie man aus einem der zahlreichen Artikel desselben ersieht, verpflichteten sich Altstadt, Hagen und Neustadt, gemeinsam die zur Bestreitung ihrer eignen Bedürfnisse sowohl, als auch derjenigen der Herzoge aufgenommenen Schulden abzutragen, wogegen ihnen Albrecht und Heinrich gestatteten, nach dem Beschlusse der drei Weichbildsräte von der Altenwik und dem Sacke Schoss zu fordern. Auf wie lange diese Erlaubniss Geltung haben sollte, ist im Vertrage nicht gesagt, doch ist man deshalb nicht zu der Schlussfolgerung berechtigt, dass damit die Herzoge sich ihrer Rechte auf den Schoss jener beiden Weichbilde für immer begeben hätten. Hatten doch noch die Nachkommen der herzoglichen Brüder Anrechte auf die genannten Erträge, so dass auch in diesem Falle nichts andres als eine Verpfändung anzunehmen ist. Durch den Sühnevertrag verlor die Urkunde von 1296 ihre Rechtskraft, wenn sie wenigstens 1299 solche noch besass. Denn zunächst war sie zu einer Zeit erteilt, wo Herzog Albrecht als alleiniger rechtmässiger Herr der Stadt galt und ihrer Unterstützung bedurfte, jetzt aber — 1299 — lagen die Verhältnisse völlig anders. Albrecht hatte sich mit seinem Bruder, der 1296 sein Feind gewesen, vertragen und sich mit ihm gemeinsam gegen die Stadt gewendet, welche

²⁾ Br. U.-B. I, S. 20 und 21.

solcher Macht nicht gewachsen schliesslich in das für sie recht ungünstige Abkommen willigen musste. Nun waren beide Brüder Herren Braunschweigs. Sicherlich strebte Heinrich dahin, der ohne seine Zustimmung geschehenen und so umfassenden Verpfändung von 1296 ihre Giltigkeit zu nehmen und sicherlich auch fand er in diesem Streben den thätigen Beistand Albrechts, welcher damals nur im Drange der Not sich zu so weitgehenden Zugeständnissen herbeigelassen hatte. Ausser der politischen Lage spricht aber vor allem die Vertragsurkunde von 1299 selbst dafür, dass durch sie die Urkunde von 1296 ungültig wurde. Denn falls man in der angeführten Bestimmung jener nur eine etwas anders gefasste Wiederholung von dieser sehen wollte, so würde man nicht verstehen, warum dann die Herzoge als ihre Gegenleistung für Bezahlung der Schulden durch die Stadt nur die Überlassung des Schosses von Altwiek und Sack, nicht aber auch die andern 1296 verpfändeten Einkünfte erwähnt hätten. Wollte man aber, streng dem Wortlaute folgend, sich dahin entscheiden, dass die beiden Urkunden, so weit ihr Inhalt uns hier angeht, ganz verschiedene Dinge berührten und in dieser Weise zugleich Rechtskraft gehabt hätten, so wäre über den Schoss jener Weichilde, nachdem er schon einmal vergeben worden, zum zweiten Male, ohne Aufhebung der ersten Vergabung, und zwar zu einem ganz andern Zwecke verfügt, was doch eine reine Unmöglichkeit ist.¹⁾ Von den Vorteilen also, die von der gemeinen Stadt im Jahre 1296 errungen waren,

¹⁾ Durch den Artikel des Sühnevertrages: „use muntige unde use tolen de scole we (nämlich Albrecht und Heinrich) hebben mit alsodaneme rechte also bi uses eldervader tiden was“, wird durchaus noch nicht die Ungültigkeit der Urkunde von 1296 ausgesprochen. Wir finden hier nur einen Vorbehalt von Rechten, neben dem die Verpfändung von Münze und Zoll sehr wohl hätte weiter bestehen können. Anders Dürre S. 124, der auch S. 291 diesen Artikel für entscheidend zu halten scheint.

Beiläufig mag hier erwähnt werden, dass 1299 in zwei wesentlich übereinstimmenden Urkunden die Herzoge Albrecht und Heinrich der Neustadt erlaubten, in ihrem Rathause Want, Wein und andre Waaren zu verkaufen, ohne irgendwelche Einsprache und Hinderung nach gebilligter Gewohnheit der Stadt (O.O.-U.U. im St.-A. zu Br.). Hänselmann (Werkstücke I, 289) behauptet, diese Urkunden sprächen der Neustadt das Recht des Weinschanks ohne alle Einschränkung zu und setzten sich so in Widerspruch mit den Abmachungen des Jahres 1269. Dies erscheint mir fraglich, da der Zusatz „nach gebilligter Gewohnheit der Stadt“ recht gut auf die Einigung von 1269 hindeuten kann.

blieb ihr drei Jahre später nur ein kleiner Teil übrig. Die Ausdrücke freilich, in denen ihr die Herzoge diesen zusicherten, lassen deutlich erkennen, dass dieselben an eine Rückerwerbung vorläufig wenigstens nicht dachten.

In mehrfach andersartige Verhältnisse, wie die Sühneurkunde, führen uns die nächsten erhaltenen Nachrichten über die Gescheicke der Aufkünfte aus Altewik und Sack ein. Diese Nachrichten finden sich vornehmlich in einer undatirten Aufzeichnung im zweiten Altstädter Degedingbuche, deren Abfassung nach einer dieselbe Angelegenheit berührenden Eintragung im Rechtsbuche der Neustadt ins Jahr 1325 zu setzen ist.¹⁾ Die Ratsherren der Altstadt, des Hagen und der Neustadt — so besagt die erstere — haben von den Söhnen Herzog Heinrichs alle ihre Rechte und Einkünfte aus Sack und Altewik mit Ausnahme ihrer Ansprüche auf die Vogtei für 450 Mark — offenbar nur pfandweis — erworben. Von dieser Summe hat die eine Hälfte der Rat der Altstadt, die andere die Räte des Hagen und der Neustadt zusammen gezahlt. Für 590 Mark haben dieselben den Anteil der Söhne Albrechts in ihre Hände bekommen. Hiervon brachte der Altstädter Rat zunächst 300 Mark auf, weshalb er von dem mitverpfändeten Schosse alljährlich 30 Mark voraus bekommen soll, die übrigen 290 Mark zahlten zur Hälfte die Altstadt, zur Hälfte Hagen und Neustadt. Was die Anrechte der Söhne Albrechts auf die Vogtei von Altewik und Sack, über welche besonders verfügt ist, betrifft, so haben diese Herzog Otto und seine Brüder dem Rate der Altstadt allein für 100 M. überlassen.²⁾

Das eben mitgeteilte findet eine Ergänzung durch jenes oben erwähnte Stück im Rechtsbuche der Neustadt. Danach steuerte der Rat der letztern zu den Erwerbungen von 1325 im ganzen 136 Mark 3 Ferding bei, wovon 90 Mark die Söhne Herzog Heinrichs erhielten, während der Rest der Summe den Söhnen

¹⁾ Br. U.-B. I, S. 33 und 34.

²⁾ Nach Dürre (S. 289) hätten damals Otto der Milde und seine Brüder die Vogtei — d. h. ihre gesamten Vogteirechte in Braunschweig — der Altstadt für 100 M. überlassen. Die ganze Aufzeichnung dreht sich indessen um die herzoglichen Rechte auf Altewik und Sack, so dass Dürres Ansicht nur dann richtig sein könnte, wenn statt: „Insuper advocacia ex parte ducis Ottonis“ etc. fortgefahren würde: „Insuper advocacia in Brunswic ex parte ducis Ottonis“ etc. Dass Hänselmann mit Dürre nicht übereinstimmt, geht aus der Überschrift hervor, welche er der Eintragung gegeben: „Verpfändung der Altenwik und des Sackes an den Rat“.

Albrechts ausgezahlt wurde; für den Fall, dass die Herzoge die beiden Weichbilde zurückerwerben würden, bedang sich der Neustädter Rat die Rückzahlung seines Beitrages aus.

Nach zwei Richtungen hin unterscheidet sich das Bild, das wir hier erhalten, ganz bedeutend von dem, welches die gleiche Sache am Ende des 13. Jahrhunderts darbot. Während 1296 die Einkünfte aus Sack und Altewik sämmtlich in den gemeinsamen Pfandbesitz von Altstadt, Hagen und Neustadt kamen, wurde jetzt der Anteil Herzog Ottos und seiner Brüder an der Vogtei jener Weichbilde der Altstadt allein verpfändet. Und während noch 1299 bestimmt war, dass das gemeinsam errungene auch gemeinsam verwendet werden solle, wurde 1325 dieser Grundsatz nicht mehr befolgt. Denn zum ersten ist ja ganz klar gesagt, dass von den Schosseinkünften von vornherein 30 M. jedes Jahr für die Altstadt abgezogen werden sollten. Und auch die dann noch übrig bleibenden Erträge aus dem gemeinsamen Pfandbesitz sind wahrscheinlich nicht in die gemeine Kasse geflossen, sondern an die einzelnen Weichbilde im Verhältnisse ihrer Einzahlungen verteilt. Darauf scheint mir der Umstand hinzuweisen, dass im Altstädter Degedingbuche so streng zwischen den Beiträgen der Altstadt einerseits und denen des Hagens und der Neustadt andererseits geschieden ist. Allerdings sind diejenigen des Hagens und der Neustadt, die doch, wie die an zweiter Stelle erwähnte Aufzeichnung lehrt, keineswegs gleich gross waren, nicht auch von einander getrennt aufgeführt, und das könnte manchem bedenklich erscheinen, doch ist es ganz natürlich, wenn ein in der Altstadt in besonderm Interesse derselben geführtes Buch über andere Weichbilde weniger genaue Auskunft giebt.

Nach der Verpfändung von 1325, deren Vorgeschichte übrigens gänzlich im Dunkeln liegt, scheint die Stadt in ununterbrochenem Besitze dessen, was ihr damals von den Herzogen überlassen wurde, und zu dem sie auch noch die Anrechte der Nachkommen Heinrichs des Wunderlichen auf die Vogtei hinzu erwarb¹⁾, geblieben zu sein. Zwar liegen uns verschiedene Urkunden aus späterer Zeit vor, in denen bald dieser bald jener Herzog über Vogtei, Altewik und Sack verfügt, aber keine derselben kann die oben aufgestellte Vermutung entkräften. Nur eine Bestätigung des im Jahre 1325 vollzogenen war es, als am 15. Februar 1345

¹⁾ cf. S. 36: Urkunde Herzog Albrechts vom 12. September 1370.

Albrechts des Feisten Söhne Magnus und Ernst bekannten, sie hätten den Ratsherren der drei verbündeten Weichbilde für 690 M. sowohl die Vogtei in Braunschweig, wie sie jenen Herzog Otto, ihr verstorbener Bruder, abgetreten habe, überlassen, als auch gestattet, von den Bürgern der Altenwik und des Sackes Schoss und sonstige Leistungen, nicht minder Gehorsam in allen Stücken wie von ihren eignen Bürgern zu fordern.¹⁾ 690 M. hatten ja Herzog Otto und seine Brüder schon 1325 von den drei Weichbilden für ihre Ansprüche auf Altewik und Sack erhalten, und es ist kaum zweifelhaft, dass die damals gezahlten 690 M. mit den hier erwähnten identisch sind, zumal da sich Magnus und Ernst bei Anführung der Vogtei auf die Abtretung derselben durch ihren Bruder Otto berufen. Darin dürfen wir eine Bezugnahme auf das 1325 Geschehene erblicken. Denn der scheinbare Widerspruch, der sich daraus ergibt, dass 1325 von der Vogtei in Altewik und Sack, 1345 aber von der in Braunschweig die Rede ist, lässt sich vielleicht sehr einfach lösen: Albrechts Söhne werden eben nur noch Anrechte auf die Vogtei in jenen beiden Weichbilden, nicht aber auch auf die in den andern Teilen der Stadt geltend gemacht haben. — Auf die Frage, ob man es 1345 noch in gleicher Weise mit der Verteilung der erworbenen Einkünfte gehalten habe wie 1325, giebt die Urkunde vom 15. Februar jenes Jahres keine Antwort. Und das ist auch gar nicht wunderbar; denn auf solche Verhältnisse, welchen durchaus nur Abmachungen der vereinigten Weichbilde unter einander zu Grunde lagen, brauchten, ja konnten vielleicht die Herzoge in der von ihnen ausgestellten Urkunde nicht eingehen.

Aber auch aus den Aufzeichnungen, welche die beste Quelle für unsere Erkenntniss der innern Angelegenheiten jener Weichbilde sind, wird uns kein sicherer Aufschluss über den bezeichneten Punkt zu Teil. Möglich freilich ist es, dass die Altstadt 1345 noch die alleinige Inhaberin des 1325 erworbenen Anteils der Vogtei in Sack und Altewik gewesen ist: wenigstens scheint sie einem Posten der ältesten Altstädter Rechnung zufolge²⁾ noch 1354 wirklich vogteiliche Einnahmen aus dem Sack gehabt zu haben. Sonstige Einkünfte jedoch aus den beiden verpfändeten

¹⁾ Br. U.-B. S. 40 und 41.

²⁾ Item VII sol. minus IIII den. Poleda de duobus talentis de Sacco pro dobelspel. Über den entsprechenden Einnahmeposten cf. II, cap. 5.

Weichbilden werden weder in dieser noch in spätern Rechnungen der Altstadt aufgeführt, woraus man mit Notwendigkeit auf ein Abgehen von der 1325 angetroffenen Verteilung schliessen muss, ein Abgehen, das sich allerdings erst nach 1345 vollzogen haben mag.

Am Schlusse ihrer Bestätigungsurkunde hatten sich Magnus und Ernst den Rückkauf der genannten Rechte und Einnahmen für 690 M. ausdrücklich vorbehalten. Dass dieser Vorbehalt doch etwas mehr als eine rein formelle Bedeutung hatte, zeigt eine Urkunde Ernst's vom 1. November 1363.¹⁾ Durch dieselbe gab der Aussteller seinem Bruder, dem Herzog Magnus, und dessen Sohne Ludwig die Erlaubniss für 345 M. seinen, Ernst's, Anteil an Sack und Altewik, sowie an Gericht und Vogtei zu Braunschweig, welche Objecte er mit Magnus zusammen verpfändet habe, wieder einzulösen; gleichzeitig behielt er seinerseits sich die Einlösung von seinen Verwandten vor. Hiernach scheint es, als ob Herzog Magnus damals wirklich die Absicht gehabt habe, den 1345 in Aussicht gestellten Rückkauf zu vollziehen. Über die blossе Absicht ist jedoch Magnus höchstwahrscheinlich gar nicht hinausgekommen. Denn nirgends findet sich in der Überlieferung eine Spur von der Ausführung seines Vorhabens, nirgends bemerken wir etwas von einer Lockerung der Bande, welche damals bereits Altewik und Sack eng mit den übrigen Weichbilden verknüpften, und nichts berechtigt uns anzunehmen, der genannte Herzog habe in jener Zeit über bedeutende Geldmittel verfügt, zumal da er dem Rate ganz bald nach Ausstellung der Urkunde Ernst's andre wichtige Einkünfte aus der Stadt verpfändet.²⁾ Wurde aber trotz alledem 1363 die Einlösung vollzogen, so ist sie sicherlich schon nach kurzer Zeit wieder hinfällig geworden. Andernfalls würde man einer Urkunde³⁾ Magnus des Jüngern, des Sohnes des bereits mehrfach erwähnten Magnus des Ältern, die auf den 14. Februar 1371 datirt ist, den Vorwurf grober Unglaubwürdigkeit machen müssen. Damals bekannte der erstgenannte, dass er dem Rate und den Bürgern zu Braunschweig 300 M. schulde, die am nächsten Michaelistage von ihm zurückgezahlt werden müssten. Wenn er dies nicht thue, so sollten, bestimmte er, die 300 M. zu

¹⁾ Sudendorf III, 128.

²⁾ Am 28. Jan. 1364. Sudendorf III, 137.

³⁾ Br. U.-B. I, 57.

der Summe geschlagen werden, für die sein Vater seine Anrechte an Altewik, Sack, Vogtei und Münze der Stadt verpfändet habe. Auch verpflichtete er sich, die Ansprüche seines Bruders Ernst auf diese Pfandobjecte zu befriedigen. — Was sich hieraus ergibt, ist leicht zu ersehen. Jedenfalls war beim Tode Magnus des Ältern die Stadt Braunschweig im Besitze dessen, was derselbe 1363 hatte einlösen wollen. Ob freilich mit der Verpfändung durch seinen Vater, auf die Magnus der Jüngere hinweist, die von 1345 oder eine erst nach 1363 erfolgte gemeint ist, muss unentschieden gelassen werden.

Nach dem Jahre 1371 scheinen die Nachkommen Herzog Albrechts des Feisten ihre Ansprüche auf Sack und Altewik auf über fünfzig Jahre gänzlich fallen gelassen, wenigstens nicht mehr in Urkunden geltend gemacht zu haben, und als nach 1420 die Söhne Magnus II. wieder mit solchen Ansprüchen auftraten, haben sie doch keinen praktischen Erfolg errungen.¹⁾

Lange nicht so zäh hielten die Nachkommen Heinrichs des Wunderlichen an ihren entsprechenden Rechten fest. Nur einmal noch nach 1325 tauchen die letztern in einer Urkunde auf. Am 12. September 1370 ging Herzog Albrecht, ein Enkel Heinrichs, folgende Verpflichtung ein: Falls der Rat von Braunschweig wegen einer Bürgschaft in Anspruch genommen für ihn, den Herzog, eine gewisse Summe bezahlen müsse, so wolle er um letztere die Pfandsumme erhöhen, für welche Herzog Ernst, sein Vater, und er selbst der Stadt ihren Anteil an der Vogtei, dem Sack und der Altenwik, sowie an andern nutzbaren Rechten überlassen hätten. Die Abfindung seiner Vettern, der Söhne Herzog Heinrichs II., versprach er auf sich zu nehmen; sein Bruder, der junge Herzog Friedrich, gab zu allem seine Zustimmung.²⁾

Auf das Verhältniss zwischen den beiden Weichbildsgruppen, die von vornherein unterschieden werden mussten, hatten diese letzten Verpfändungen oder vielmehr Verpfändungsbestätigungen keinen Einfluss mehr. Diejenige Entwicklung, deren Endziel der möglichst enge Zusammenschluss von Altstadt, Hagen und Neustadt mit Altewik und Sack zu einem Ganzen bedeutete,

¹⁾ Dürre, S. 206 und 207.

²⁾ Br. U.-B. I, 56. — Herzog Albrecht von Grubenhagen war ein Sohn Herzog Ernst des Ältern und ein Enkel Heinrichs des Wunderlichen.

war schon lange vor 1370 vollendet. Den Beweis dafür giebt eine Urkunde vom 24. November 1345,¹⁾ eine Urkunde also, welche nur neun Monate nach der oben besprochenen der Herzoge Magnus und Ernst ausgestellt ward. In ihr berichtet der gemeine Rat von einem zwischen ihm und dem Rate der Altenwik vereinbarten Vertrage. Diesem zufolge sollte der letztere, wie auch die andern jenem unterstellten Weichbilde thäten, die Überschüsse von Gülden und Zinsen seines Weichbildes über dessen eignen Bedarf hinaus zur Bestreitung von Ausgaben der gemeinen Stadt drei Jahre lang beisteuern; nach Ablauf der drei Jahre aber sollte die angeführte Vereinbarung nur dann hinfällig sein, falls sich der Rat der Altenwik auf eine Verlängerung derselben nicht einlassen würde. Aller Wahrscheinlichkeit nach traf der gemeine Rat ein gleiches Abkommen auch mit dem Rate des Sackes, welches Weichbild sich ja in derselben Lage befand wie die Altewik.

Vergegenwärtigen wir uns die Tragweite einer solchen Übereinkunft. Bisher konnten die drei selbstständigen Weichbilde von den beiden übrigen nur solche Leistungen verlangen, zu deren Forderung sie durch die Erwerbung der herzoglichen Ansprüche berechtigt waren. Nie aber hatte den Herzogen das Recht zugestanden, über etwaiges Weichbildeigentum in Sack und Altewik zu verfügen. Indem nun jetzt diese und wohl auch jener sich bereit erklärten, die Überschüsse von den Erträgen des Weichbildseigen zum Besten der gemeinen Stadt herzugeben, übernahmen sie eine Last, welche sie bis dahin noch nicht zu tragen verpflichtet gewesen waren. Billiger Weise musste ihnen also eine Entschädigung geleistet werden, und, wo eine solche am natürlichsten zu finden war, lag nahe. Zunächst werden sie verlangt haben, dass der Begriff der gemeinen Stadt, welcher bis jetzt auf die Vereinigung von Altstadt, Hagen und Neustadt beschränkt gewesen, auch auf sie, die ausserhalb dieser Vereinigung stehenden Stadtteile, ausgedehnt werde; ferner aber war es auch nicht mehr als recht und billig, dass sie über die Verwendung der von ihnen mit aufgebrachten Summen auch mit beschliessen durften, dass also auch der Altenwik und dem Sack Anteil am gemeinen Rate zugestanden wurde. Und das ist geschehen. Denn nur auf diese Ursache wird man es zurück-

¹⁾ Chron. VI, S. 320 Note 3.

führen können, wenn man nach 1345 fast nur noch von einem gemeinen Rate aller fünf Weichbilde hört.¹⁾

Aber auch nach einer andern Richtung hin ist der Vertrag von 1345 sehr beachtenswert: sein Inhalt wirft ein helles Licht auf die Art und Weise, in der man damals die Bestimmungen des Jahres 1269 zur Ausführung brachte oder vielmehr nicht zur Ausführung brachte. In jener bekannten Einigung war festgesetzt, die Weichbilde sollten ihre gesammten Zinseinkünfte an die gemeinsame Kasse abführen, um 1345 aber wurden nur noch die Überschüsse von diesen Einnahmen so verwendet. Denn das beweist ganz klar diejenige Stelle unsrer Urkunde, wo der Altenwik die oben erwähnte Verpflichtung auferlegt wird unter dem ausdrücklichen Hinweis darauf, dass dieselbe Last auch von den übrigen unter dem gemeinen Rate stehenden Weichbilden getragen werde. Von den Einkünften also, welche 1269 der gemeinschaftlichen Finanzverwaltung zur Verfügung gestellt waren, wurde ihr gegen Mitte des 14. Jahrhunderts ein sehr bedeutender Teil nicht mehr zugewiesen. Vielleicht hatte sie denselben schon lange, vielleicht von Anfang an entbehren müssen. So bot die Kasse der gemeinen Stadt keine genügend feste Grundlage dar, auf welcher sich eine starke und selbstständige Centralfinanzverwaltung hätte aufbauen können. Der gemeine Rat war nicht im Stande mit den ihm regelmässig zufließenden Summen gleichzeitig die gewöhnlichen, laufenden Ausgaben zu decken und auf eigne Faust grössere Erwerbungen durchzuführen. Hieraus erklärt es sich, dass gelegentlich der besprochenen Verpfändung von 1325 die Pfandsumme durch Beiträge der einzelnen Weichbilde für diesen bestimmten Zweck aufgebracht wurde. Ähnliches wird öfter vorgekommen sein. Den eigentlichen Nutzen von Erwerbungen, die auf solchem Wege vollzogen wurden, hatte zunächst wenigstens nicht die gemeine Stadt, sondern die einzelnen beteiligten Weichbilde.

Nachdem wir so die Wirksamkeit des gemeinen Rates in einer Angelegenheit verfolgt haben, deren langsame, aber zielbewusste Durchführung für die Entwicklung der gesammten

¹⁾ Zum ersten Male finden wir am 29. Jan. 1325 in der universitas consulum auch Ratsherrn der Altenwik und des Sackes. cf. Dürre S. 294. Doch ist das ein ganz vereinzelter Fall. Andererseits wird der gemeine Rat von Altstadt, Hagen und Neustadt noch verschiedentlich nach 1345 genannt, z. B. im Zinsbuch der Altstadt von 1378.

Verfassung und Verwaltung Braunschweigs überhaupt, insbesondere auch für die Ausgestaltung des öffentlichen Finanzwesens dieser Stadt von grundlegender Wichtigkeit gewesen ist und deshalb ein genaueres Eingehen erforderte, müssen wir jetzt das Gebiet unsrer Betrachtung erweitern, uns dem zuwenden, was sich sonst noch in der Überlieferung über das Auftreten der gemeinsamen Finanzverwaltung in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts aufbewahrt findet. Im allgemeinen werden wir hierbei über das Jahr 1354 nicht hinausgehen, da mit diesem ein neuer Abschnitt der vorliegenden Arbeit zu beginnen hat.

Nach dem in der Einigung von 1269 aufgestellten Grundsatz, der gemeine Rat solle in seinen Geschäftskreis alle die Gesamtstadt angehenden Verhältnisse hineinziehen, musste ihm vornehmlich die Vertretung derselben nach aussen zufallen. Und diese scheint er auch von vornherein und ununterbrochen im wesentlichen gehabt zu haben. Eine der Hauptaufgaben, welche ihm dadurch erwachsen, war die Vermittlung zwischen der Stadt und den Herzogen; sie erstreckte sich nicht zum geringsten Teil auf Dinge finanzieller Natur. Da sind in erster Reihe die Verpfändungen zu nennen, durch welche sich die Herzoge aus ihren ewigen Geldverlegenheiten zu ziehen suchten. Und niemanden fanden sie mehr in der Lage und bereit auf solche einzugehen als ihre Stadt Braunschweig, denn diese konnte einerseits ohne grosse Schwierigkeiten die Pfandsummen zusammenbringen, andererseits glaubte sie, so ihre Macht und Selbstständigkeit am erfolgreichsten zu fördern. Die älteste näher bekannte und schon besprochene Verpfändung herzoglicher Rechte und Einkünfte an die gemeine Stadt fällt ins Jahr 1296. Und wenn sie ja auch 1299 zum grössten Teile rückgängig gemacht wurde, so wirkte doch der Anstoss, den sie gegeben, weiter. Auf ziemlich gleichem Wege, wie Altewik, Sack und Vogtei, aber langsamer und später errang die Stadt auch das, was 1296 ausserdem verpfändet war: die Zölle, die Münze, die Mühlenaufkünfte.

Vom Zoll hatte Braunschweig schon bald nach 1300 wieder Einnahmen, wenn man wenigstens das merkwürdige Zollstatut im Rechtsbuche der Neustadt¹⁾ mit Recht in den Anfang des

¹⁾ R. d. N. fol. 7 fig. Das Zollstatut steht dort hinter dem Statute vom Herwede (1303) und vor einem Vergleich der Lakenmacher mit den Juden (1312).

14. Jahrhunderts setzt. Dieses Statut, im wesentlichen ein Tarif, enthält unter anderm folgende Bestimmung: „Wer fremdes Bier hier in der Stadt verzapft, er sei Bürger oder Gast, bezahlt für das Fuder 2 Schillinge Zoll, wovon die eine Hälfte dem Zöllner, die andre dem Rate zukommt.“ Von welchem der beiden Herzoge, Albrecht oder Heinrich, die Stadt diese Einnahmen erworben hatte, lässt sich nicht erkennen, auch kann man nicht feststellen, ob ihr damals ausser der Hälfte des Zolls von fremdem Biere auch noch andere Zollaufkünfte zustanden.¹⁾ Aber nicht nur für den Anfang, sondern bis gegen Ende des Jahrhunderts erhalten wir aus der Überlieferung über die Geschehnisse der in Braunschweig erhobenen Zölle sehr mangelhafte Auskunft. Was zunächst den Anteil der Nachkommenschaft Heinrichs des Wunderlichen betrifft, so ist hier nur zu erwähnen, dass Herzog Wilhelm, der 1360 starb, die Hälfte der Bierzollerträge dieser Linie an die braunschweigische Familie Meyse verpfändete, während die andre Hälfte sein Bruder Ernst der Familie Gottinghe zu Lehen gab.²⁾ Zollüberlassungen an die Stadt können wir für diese Periode ebenso wenig seitens der Grubenhagener Herzoge nachweisen, wie seitens der Nachkommen Albrechts. Des letztern ältester Sohn Otto der Milde übertrug die Hälfte des Zolls in Braunschweig d. h. seine und seiner Brüder Anrechte dem Braunschweiger Bürger Johann von der Heyde, in dessen Familie die Erträge hiervon noch im Anfange des nächsten Jahrhunderts waren.³⁾ Den Anteil der Söhne

¹⁾ Wenn Dürre das Zollstatut, das auch er dem Anfange des 14. Jahrhunderts zuweist (S. 128), mit der Verpfändung von 1296 zusammenbringt und in Folge dessen behauptet, der Rat habe die eine Hälfte der Zollabgaben (sämtlicher?) als den ihm von Herzog Albrecht dem Feisten verpfändeten Anteil, die andre Hälfte für die grubenhagense Linie d. h. für Herzog Heinrich den Wunderlichen erhoben, so kann das schon deshalb kaum richtig sein, weil auch Dürre meint, die Stadt habe 1299 ihrer Anrechte auf den Zoll entsagen müssen. cf. S. 31, Anm. 1.

²⁾ cf. Chron. VI, S. 277 und 278. Der Widerspruch, der dort von Häselmann constatirt ist und darin besteht, dass Herzog Ernst den „verdendeyl kopenpenninghe“ an die Gotinghe versetzt hat, während Herzog Wilhelm den „halven bertollen“ den Meysen überliess, wonach also die grubenhagense Linie eigentlich $\frac{3}{4}$ des Bierzolls gehabt hätte, lässt sich vielleicht so lösen, wie es im Texte angedeutet wurde: wenn Herzog Wilhelm den „halven bertollen“ vergab, so vergab er damit nur die Hälfte des grubenhagensen Anteils. — A. a. O. sind auch die sämtlichen Quellenstellen über die Verpfändung des Bierzolls angeführt.

³⁾ cf. Sudendorf II, S. 48²⁰ und III, S. 60, ferner Chron. VI, S. 229.

Albrechts am Bierzoll finden wir schon 1318 im Lehnbesitz von Angehörigen der braunschweigischen Geschlechter Kerkhof und Salghe. Sie gestanden im Jahre 1353 die Nutzung dieser Hälfte auf ein Jahr dem gemeinen Rate gegen eine Zahlung von 24 Mark zu;¹⁾ 1354 verlängerten die beiden genannten Parteien ihre Abmachung um zwei Jahre mit der Änderung, dass die fährliche Entschädigungssumme auf 28 Mark erhöht wurde.²⁾ Wie damit eine Notiz der Altstädter Rechnung von 1354 in Einklang zu bringen ist, der zufolge die Altstadt in diesem Jahre an Ludolf Salghe 50 M. für 5 M. Rente aus den Bierzollaufkünften zahlte, eine Rente, deren erste Rate unter den Einnahmen in der Altstädter Rechnung von 1355 gebucht ist, muss dahin gestellt bleiben. Übrigens haben die Erpachtungen von 1353 und 1354, welche nach einem Zeitraum von fünfzig Jahren zuerst wieder das Bestreben der Stadt andeuten, die Einnahmen aus den Zöllen für sich auszunutzen, kein dauerndes Verhältniss herbeigeführt. Ein zielbewusstes Vorgehen des gemeinen Rates hinsichtlich der Erwerbung der Zölle und dementsprechende Erfolge sind erst in einer weit spätern Zeit zu erkennen, als ein völliger Umschwung in der Finanzverwaltung eingetreten war.

Um einfachere Verhältnisse handelt es sich bei der Geschichte der Münzerwerbung durch die Stadt. Nachdem 1299 die Münzverpfändung Albrechts von 1296 ihre Gültigkeit verloren hatte, scheint der Rat auf einige Zeit die Ausführung seiner Absicht, diese so wichtige und ertragreiche Gerechtsame der Stadt zu erringen, aufgegeben zu haben, nur eine Vermutung freilich, die lediglich darauf gegründet ist, dass in der Überlieferung durch mehrere Jahrzehnte sich nicht die geringste Spur vom Gegenteil findet. Erst eine Urkunde vom Jahre 1332³⁾ weist wieder auf Massnahmen des gemeinen Rates in der Münzangelegenheit hin. Damals sandte nämlich Herzog Wilhelm, ein Sohn Heinrichs des Wunderlichen, einen vom 31. Januar datirten Brief an jenen, in dem er ausser anderm bat, dem Briefweiser die 10 M., um welche er, der Herzog, mit der Stadt wegen der Münze übereingekommen sei, auszuzahlen; hingegen wolle er in kürzester Frist die deshalb besiegelte Urkunde ausfolgen. Hinsichtlich des Inhalts der die Münze betreffenden Abmachung,

¹⁾ I. G. fol. 5¹.

²⁾ I. G. fol. 8¹.

³⁾ O.-U. Nro. 73 im Br. St.-A.

welche nach dem Wortlaut dieses Briefes zwischen Herzog Wilhelm und dem gemeinen Rate 1332 bestanden haben muss, ist näheres nicht zu ergründen; auch kann man nicht erkennen, wie lange sie in Geltung gewesen, und ob und inwiefern sie mit den Verfügungen andrer Herzoge, namentlich der Grubenhagener Linie in Zusammenhang stand. Nicht besser sind wir mit der nächsten einschlägigen Nachricht daran, die ins Jahr 1343 fällt. Im ersten Gedenkbuche¹⁾ ist eine Abrechnung des gemeinen Rates mit dem Münzschmiede Heneken Wulvramme verzeichnet, aus welcher hervorgeht, dass dieser damals im Auftrage der Stadt Pfennige geschlagen hatte. Das regt die Frage an: welcher Herzog hatte die Stadt zur Ausübung des Münzrechtes ermächtigt und auf Grund welches Vertrages? Aber auf beides müssen wir die Antwort schuldig bleiben.

Eine stattliche Reihe von Urkunden, die untereinander in engem Zusammenhang stehen und von uns hier heranzuziehen sind, ist aus der Regierungszeit Herzogs Magnus des Ältern erhalten. Am 29. Mai 1345 überliess derselbe seinen Anteil an der Münze zu Braunschweig dem Rate und den Bürgern auf drei Jahre;²⁾ für welche Summe oder für welche Einräumungen ist leider nicht gesagt. Am 1. Juni 1348 verlängerte er die Vergabung um fünf Jahre.³⁾ Ob er dann 1353 eine neue hierher gehörige Urkunde ausgestellt hat, wissen wir nicht; vielleicht that er es zuerst wieder 1354. Denn unter den in der gemeinen Kämmereirechnung dieses Jahres verzeichneten Ausgaben findet sich ein Posten, wonach der Schreiber Herzogs Magnus für eine auf die Münze bezügliche Urkunde 1 Ferding erhalten hat. Weiterhin erneuerte Magnus am 4. Juni 1357 die Überlassung der Münze an die Stadt auf drei Jahre⁴⁾ und am 31. Mai 1360 abermals auf dieselbe Zeit;⁵⁾ auf letztere Urkunde werden wir bald zurückkommen müssen. Zum letzten Male, wie es scheint, verfügte Magnus der Ältere 1369, wohl Anfang Juni, über die Münze, indem er seinen Anteil daran für 50 M. der Stadt verpfändete.⁶⁾ Sein gleichnamiger Sohn bestätigte die Verpfändung

¹⁾ I. G. fol. 2.

²⁾ Br.-U.-B. S. 42.

³⁾ ibid. S. 42.

⁴⁾ ibid. S. 49.

⁵⁾ Br. U.-B. S. 51.

⁶⁾ ibid. S. 55.

des Vaters in jener schon angezogenen Urkunde vom 14. Februar 1371, in welcher er auch die Rechte der Stadt auf Altewik, Sack und Vogtei anerkannte.¹⁾

Um den Zusammenhang nicht zu zerreißen, war von uns oben eine Stelle aus der Urkunde von 1360 einstweilen bei Seite gelassen worden, die eingehende Würdigung verdient. Sie ist in der Urkunde von 1369 wiederholt und lautet in dem mittelniederdeutschen Text, wie folgt: „Weret ok, dat dijt velle bynnen desser tijd — d. h. innerhalb der Vertragsdauer — dat se — die Ratsherren — unser vedderen willen nicht en hedden to der muntye, also dat se nene penninghe slogen unde den slach liggen leten, des scolden se von os unbedeghedinget bliuen.“ Hieraus lassen sich mehrere wichtige Ergebnisse gewinnen. Zunächst kann man feststellen, dass die Stadt mit den Rechten des Herzogs Magnus auf die Münze eigentlich auch die Pflicht übernahm, diese Rechte auszuüben, Münze zu schlagen. Denn was hätte sonst jenes ausdrückliche Versprechen des Herzogs zu bedeuten, er wolle die Stadt nicht belangen, falls sie keine Pfennige präge. Aber die damit ausgesprochene Pflichtbefreiung erstreckte sich nur auf einen gewissen Fall, nur auf den Fall nämlich, dass der Rat den Willen der Vettern Magnus' zu der Münze nicht haben d. h., dass diese Vettern sich weigern würden, ihren Anteil an der Münze ebenfalls der Stadt zu verpfänden. In einer Hand musste demnach die Münzgerechtsame sein, nur einer durfte in Braunschweig münzen, entweder die herzogliche Familie oder die Stadt. Doch weiter! Da Magnus hier nur von dem Willen seiner Vettern spricht, nicht aber auch von dem seines Bruders Ernst, der ja erst 1367 starb, so haben sich möglicher Weise seine Münzverpfändungen nicht auf seinen persönlichen Anteil allein, sondern auch auf den des Göttinger Herzogs bezogen, oder beide haben wenigstens in vollstem Einverständnis in dieser Angelegenheit gehandelt, man müsste sonst annehmen, der Aussteller habe unter dem Ausdruck Vettern seine sämtlichen männlichen Verwandten zusammengefasst. Würde aber ferner der Rat auf die Überlassung durch Magnus, welche doch nicht umsonst geschah, eingegangen sein, wenn er die erworbenen Rechte nicht hätte ausnutzen können, wenn er nicht auch den Anteil der Vettern jenes, worunter wohl die grubenhagenschen Herzoge verstanden sind, im Pfandbesitz gehabt

¹⁾ cf. SS. 35 und 36 dieser Arbeit.

hätte? Hieraus, wie auch aus der Ausdrucksweise der angeführten Stelle, welche ein Zurückziehen der Einwilligung seitens der Vettern nur hypothetisch in Aussicht stellt, ergibt sich, dass damals auch die Grubenhagener Linie ihrer Anrechte auf die Münze zu Gunsten der Stadt zeitweilig entsagt hatte. Herzog Wilhelm war unseres Wissens der erste grubenhagensche Herzog, der — gegen 1332 — ein Abkommen wegen der Münze mit dem Rate schloss, dann erhielt Wilhelms Bruder, Ernst der Ältere, nach der gemeinen Rechnung von 1355 in diesem Jahre vom Braunschweiger Rate für die Münze 40 M., wobei wir die Frage offen lassen müssen, ob seine Verpfändung den Anteil der grubenhagenschen Linie oder nur seinen eignen betraf. Verpfändung der Münzgerechtsame der ganzen Linie kann mit Sicherheit erst aus den genannten Urkunden von 1360 und 1369 nachgewiesen werden. Die dort vorausgesetzten Verträge bestätigte Herzog Albrecht, der Sohn Ernsts, in der schon erwähnten Urkunde vom 12. September 1370: in ihr ist ausser andern Pfandobjecten auch die Münze aufgeführt.¹⁾

Übrigens gewann die Stadt durch diese Einräumungen der Herzoge noch nicht die Verfügung über die gesammten Erträge der Münze. Jene hatten, wie es vereinzelt auch beim Zoll vorkam, aus den Münzeinnahmen vielfach Renten zu Lehen ausgethan, und diese wurden erst bei der endgültigen Erwerbung der Münze für die Stadt im Jahre 1412 abgelöst.²⁾

Unter den herrschaftlichen Rechten und Gefällen, welche Herzog Albrecht 1296 dem gemeinen Rate verpfändet hatte, war endlich der Mühlenzins — alle Mühlen Braunschweigs waren ursprünglich herzoglich — genannt worden. Wie Zoll und Münze, so muss auch jener 1299 der Stadt wieder genommen sein, um ihr schliesslich doch ganz anheimzufallen. Aber erst im Jahre 1364 sehen wir durch eine Verpfändung Magnus des Ältern abermals den Mühlenzins, wenigstens einen Teil desselben, in städtischen Besitz übergehen.³⁾ Dass in der Zwischenzeit der Finanzverwaltung Braunschweigs Einnahmen vom Mühlenzinse zugeflossen seien, dafür fehlt in der Überlieferung jeglicher Hinweis.

¹⁾ cf. S. 36 dieser Arbeit.

²⁾ Chron. VI. S. 196—198 und Br. U.-B. S. 185 ff.

³⁾ Sudendorf III, S. 137.

Umgekehrt kann man sagen, wie beim Mühlenzinse, liegen die Verhältnisse bei einer andern Einnahme, die gleichfalls anfänglich herzoglich war, dem Judenschutzgelde. Zwischen den in der Urkunde von 1296 aufgezählten Pfandobjecten hatte sich der Judenzins nicht befunden, was vielleicht damit zusammenhängt, dass, so viel wir wissen, im selben Jahre zum ersten Male eine Judenfamilie in die Stadt aufgenommen wurde.¹⁾ 1320 überliess Herzog Otto der Milde 5 M. jährlicher Rente aus seinen Aufkünften von den Juden an zwei Bürger Braunschweigs²⁾; gleiche Vergabungen sind uns auch von seinen Brüdern Magnus und Ernst bezeugt.³⁾ Das Gemeinwesen selbst erhob, wie aus einer Aufzeichnung im ersten Gedenkbuche hervorgeht, im Jahre 1351 von acht jüdischen Haushaltungen im ganzen 80 M. Jahresabgabe⁴⁾; dies ist das erste Mal, dass wir von einer Besteuerung der Juden durch den Rat hören. 1354 entrichteten diese 30 M. an die gemeine Kasse; zufällig ist der betreffende Posten unter die Einnahmen in der Altstädter Rechnung von 1354 geraten, wo er dann als nicht dorthin gehörig durchstrichen wurde. Im Jahre 1358 einigten sich die Vertreter der „gemeinen Juden“ mit dem Rate dahin, dass sie sich verpflichteten jährlich 24 M. Zins zu zahlen,⁵⁾ und 1360 wurde das von der Judenschaft aufzubringende Jahrgeld auf insgesamt 13 M. 1 Ferding 1 Lot festgesetzt.⁶⁾ Ohne Frage beruhte das in den aufgeführten Fällen hervortretende Recht der Stadt, von den Juden Abgabe zu erheben, auf einer oder mehreren Verpfändungen seitens der Herzoge, wenn wir auch von solchen in so früher Zeit noch nichts hören. Die erste, über die wir gewisse Kunde haben, fällt ins Jahr 1364.⁷⁾ Damals versetzte Magnus am 28. Januar alle seine Anrechte auf Judenschutzgeld und Mühlenzins dem Braunschweiger Rate für 18 M. Was die Ansprüche der grubenhagenschen Linie angeht, so sprach Herzog Albrecht in jener Urkunde des 12. September 1370 auch von seinem Teil des Judenzinses als von einem der Stadt bereits verpfändeten Gefäll.

¹⁾ Dürre S. 123. — A. D. I. fol. 18¹.

²⁾ Sudendorf I, 195.

³⁾ Sudendorf II, 49, 53.

⁴⁾ I. G. fol. 7.

⁵⁾ I. G. fol. 11¹.

⁶⁾ I. G. fol. 12¹.

⁷⁾ Sudendorf III, 137.

Aber die pfandweisen Erwerbungen, bei welchen der gemeine Rat mit den Herzogen in geschäftlichen Verkehr trat, beschränkten sich nicht auf deren Eigentum innerhalb der Stadt, sie dehnten sich auch auf ihren Besitz ausserhalb dieser aus, vornehmlich auf ihre Burgen. Schon in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts begann sich das Pfandschlosswesen auszubilden, das zur Zeit seiner höchsten Blüte ein ganz besonders wichtiges Gebiet der gemeinen Finanzverwaltung war. Um den bereits hoch entwickelten Handel Braunschweigs und die ausserhalb seiner Mauern gelegenen Güter der Bürger einigermassen wenigstens vor der Bedrückung durch die ritterlichen Wege-lagerer zu schützen, griff der Rat zu dem Mittel, die wichtigsten der rings um die Stadt im Lande zerstreut liegenden Burgen in seine Hand zu bringen.¹⁾ Einmal wurde dadurch dem Missstande vorgebeugt, dass sich hier Feinde der Bürger festsetzten, und andererseits war es möglich, von hier aus als von festen Stützpunkten dem Treiben der Landschinder Einhalt zu thun. Die meisten der Burgen waren Eigentum der Herzoge, so auch die erste, die wir im Pfandbesitz der Stadt finden, die Asseburg.²⁾ Diese scheinen die Braunschweiger 1331 in ihre Hand bekommen zu haben. Damals wenigstens brachte der Rat der Neustadt durch Anleihen 350 M. auf, die mit den Beiträgen der übrigen Weichbilde an Herzog Otto auf die Asseburg ausgezahlt werden sollten.³⁾ Und dass es sich dabei nicht um ein einfaches hypothekarisches Darlehn, sondern um eine wirkliche Verpfändung handelte, beweist ein Posten des Bruchstücks der gemeinen Stadtrechnung von 1331: 23 M. 1 Lot gab der Rat für Bauwerk an der Asseburg aus. Die von Herzog Otto über letztere getroffene Verfügung bestätigten seine Brüder Magnus und Ernst am 15. Februar 1345, indem sie dem gemeinen Rate für 1470 M. die Asseburg sammt Zubehör verpfändeten, wie sie jenem ihr verstorbener Bruder verpfändet habe.⁴⁾ An demselben Tage erklärten die beiden Herzoge ferner, dass sie dem Rate binnen Jahresfrist dem Herzog Otto geliehene 100 M. zurückzahlen oder um diesen Betrag die auf der Asseburg stehende

¹⁾ Werkstücke I, 99.

²⁾ Die Asseburg lag auf der Asse, einem Höhenzuge südöstlich von Wolfenbüttel.

³⁾ R. d. N. fol. 79.

⁴⁾ Sudendorf II, 61.

Pfandsumme erhöhen wollten.¹⁾ Man sieht die Bande, welche jenes Pfandschloss an die Stadt fesselten, wurden immer enger, immer unwahrscheinlicher eine baldige Einlösung.

Ausser der Asseburg ist, so weit wir sicher wissen, vor 1354 nur noch ein Schloss in den Pfandbesitz der Braunschweiger gekommen, die Hornburg.²⁾ Sie gehörte zwar dem Bistum Halberstadt, mag aber der Sache halber gleich hier erwähnt werden. Da in einem Verzeichnisse vom Neustädter Rate während der Jahre 1338 und 1339 verkaufter Renten³⁾ sich zwei befinden, von denen es in der Nachricht über ihre Einlösung zu Ende October 1346 heisst⁴⁾, ihr Kaufpreis sei für die Hornburg verausgabt worden, so erfolgte die Verpfändung derselben wahrscheinlich in einem der beiden erstgenannten Jahre. Zugleich ersehen wir hieraus, dass, wie die Pfandsumme für die Asseburg, so auch die für die Hornburg durch Beiträge der Weichbildsräte aufgebracht wurde.

Neben der ausgedehnten Verpfändungswirtschaft treten Angelegenheiten, bei denen vor 1354 der gemeine Rat sonst noch in finanzielle Berührung mit den Herzogen kam, mehr in den Hintergrund. Im engen Zusammenhange mit dem eben besprochenen steht ein Zwist zwischen der Stadt und dem Herzog Magnus wegen der an der Asseburg aufgewandten Baukosten. Den Ersatz derselben forderte jene auf Grund der Verpfändungsurkunde Herzog Ottos, während Magnus sich weigerte, ihn zu leisten. Ausgetragen wurde die Sache durch einen 1350 gefällten Schiedsspruch des Bischofs Heinrich von Hildesheim.⁵⁾

Ein andres Zerwürfniss zwischen der Stadt und Magnus dem Ältern, gleichfalls finanzieller Natur, fand 1349 seine Erledigung. Indem letzterer im Lande Beden erhob, wodurch die Meier der bürgerlichen Güter beschwert wurden, und ausserdem von den Braunschweiger Bürgern durch seine Amtleute widerrechtlich Zoll eintrieb, fühlte sich die Stadt empfindlich geschädigt. Durch einen Vergleich vom 27. März genannten Jahres wurde schliesslich die Aussöhnung herbeigeführt. Magnus erkannte die

¹⁾ Sudendorf II, 62.

²⁾ Südlich von Börssum belegen.

³⁾ R. d. N. fol. 81.

⁴⁾ R. d. N. fol. 81¹.

⁵⁾ Sudendorf II, S. 199.

Beschwerden der Bürger als berechtigt an, wogegen ihm diese unter dem Namen eines Geschenkes aus gemeinen Mitteln 100 M. zahlten.¹⁾

Während in den beiden besprochenen Fällen ein Widerstreit der Interessen der Stadt und des Herzogs hervortrat, so waren doch gerade in der ersten Hälfte des Jahrhunderts viel häufiger freundschaftliche Beziehungen zwischen jenen und ihren Herren von Bedeutung für den städtischen Haushalt. Wenn freilich der Rat mehrfach Mitgliedern des herzoglichen Hauses gelegentlich ihrer Anwesenheit in Braunschweig Geldgeschenke machte,²⁾ so kann man daraus allein noch nicht mit Sicherheit auf solche Beziehungen schliessen. Wohl aber darf man diesen Schluss ziehen, wo man die Herzoge in ihren Plänen und Unternehmungen durch die Bürger thatkräftig unterstützt sieht, ein Vorgehen, das immer mit Kosten, zuweilen mit recht bedeutenden verknüpft war. Als es beispielsweise im Jahre 1331 galt, die Wahl Herzog Heinrichs zum Bischof von Hildesheim zu befördern, durfte der Rat auch die Geldopfer nicht scheuen, welche die hierauf bezüglichen Verhandlungen erforderten.³⁾ Weit höhere Summen aber als durch derartige Hülfeleistungen wurden unter Umständen dann verschlungen, wenn die Stadt den Herzogen bei kriegesischen Unternehmungen Beistand gewährte. Hier ein Beleg dafür: 700 M. Lösegeld musste der gemeine Rat für diejenigen seiner Bürger aufbringen, welche im Jahre 1347 in dem unglücklichen Treffen von Gardelegen, wo sie für Herzog Magnus den Ältern gegen den Erzbischof Otto von Magdeburg gekämpft hatten, den Feinden in die Hände gefallen waren.⁴⁾

Dies die mannigfaltigen Aufgaben, die der gemeinsamen Finanzverwaltung durch die besondern Beziehungen der Stadt zu den Herzogen erwuchsen. Natürlich musste mit den letztern auch ein diplomatischer Verkehr gepflogen werden, aber in solchem Verkehr stand Braunschweig nicht nur mit den Herzogen, sondern auch mit den benachbarten Bischöfen, Äbten, mächtigern Adligen und Städten. Die durch denselben an die Kasse des gemeinen Rates immerwährend gestellten Anforderungen

¹⁾ I. G. fol. 6^v. cf. Dürre S. 144.

²⁾ Bruchstück der gemeinen Rechnung von 1331.

³⁾ ibidem.

⁴⁾ Dürre S. 144, wo auch die Belegstellen.

waren nicht gering. Das ersehen wir sehr gut aus der gemeinen Rechnung von 1331, die vor 1354 über diesen Punkt allein Auskunft giebt. Zunächst gehören dahin die Zehrungskosten für die von der Stadt ausgeschickten gewöhnlichen Boten; von mehreren derartigen Posten sei nur der erste und bedeutendste genannt, wonach für solche Sendungen 10 Pfd. verausgabt wurden. Hiervon zu trennen sind die Zahlungen an einzelne mit gewissen Geschäften betraute Abgesandte; sehr häufig wurde der Schreiber dafür verwandt, der unter anderm 1331 für eine Reise zu Herzog Ernst 2 $\frac{1}{2}$ Ferd. erhielt. Dazu kommen die Summen, welche die zu Verhandlungen in benachbarten Städten abgeordneten Ratsherren verbrauchten; so erforderten damals zu Helmstedt gepflogene Verhandlungen die stattliche Ausgabe von 6 M. 5 Lot.

Weitergehend wenden wir uns dann zu den in Braunschweig selbst im Interesse des diplomatischen Verkehrs gemachten Aufwendungen. Jeder Überbringer einer Botschaft von Seiten fremder Herren oder Städte, jeder Überbringer eines Geschenkes — nicht selten schickte einer der Herzoge oder einer der benachbarten Prälaten dem Rate ein Stück Wildpret — erhielt ein gutes Trinkgeld; dasselbe betrug meist $\frac{1}{2}$ M., in einem Falle sogar 2 M. Hieran reihten sich die Kosten für Beherbergung und Bewirtung auswärtiger Abgeordneter, wenn in Braunschweig Verhandlungstage abgehalten wurden. Zwei Mal — so scheint es wenigstens — waren 1331 Göttinger und Mindener Ratsherren in der Stadt anwesend: über 5 $\frac{1}{2}$ M. wurden gelegentlich ihres ersten, 6 Pfd. gelegentlich ihres zweiten Besuches verausgabt. Und mit diesen Posten hängt der Sache nach ein weiter eng zusammen, demzufolge in dem genannten Jahre an Gäste der Stadt für 45 M. Wein ausgeschenkt wurde.

Ausser der Leitung der auswärtigen Politik lag dem gemeinen Rate ferner die Sorge für das mit jener sich vielfach nahe berührende Kriegswesen der Stadt ob;¹⁾ war dies doch gleichfalls ein Gebiet, wo Interessen aller fünf Weichbilde zusammenliefen. Die in dieser Richtung der gemeinen Finanzverwaltung erwachsenden Ausgaben waren, wie das zu einer Zeit, in welcher der „tägliche Krieg“ im Lande wütete, gar nicht anders zu erwarten, verglichen mit den Erfordernissen für sonstige Zwecke

¹⁾ Über das städtische Kriegswesen giebt einen guten Überblick Hänselmann in Werkst. 1, 99—116.

Mack, Finanzgeschichte der Stadt Braunschweig.

ganz unverhältnissmässig gross. In erster Linie muss hier auf die bedeutenden Summen hingewiesen werden, die für das Institut der Pfandschlösser an Zinsen, an Baukosten — letztere wurden freilich im allgemeinen von den Besitzern zurückerstattet, beziehungsweise auf die Pfandsumme geschlagen¹⁾ —, ferner zum Unterhalt der Besatzung und endlich für die meist an Edelleute übertragene Burghut aufgewandt wurden. Zu dem oben bereits angeführten mag an dieser Stelle noch hinzugefügt werden, dass 1331 auf das zur pfandweisen Erwerbung der Asseburg benötigte Kapital 112 M. Zins gezahlt und für nicht näher bezeichnete Zwecke auf derselben Burg über 97 M. ausgegeben werden mussten.²⁾

Um ihre Bürger beschützen, ihre Pfandschlösser besetzen, ihre Fehden auskämpfen zu können, war die Stadt gezwungen, sich Söldner zu halten, denn die bürgerliche Wehrpflicht reichte zur Erfüllung aller dieser Aufgaben nicht aus. In wie umfassendem Massstabe jenes Mittel zur Anwendung gelangte, lässt wiederum die Rechnung von 1331 sehr gut erkennen. In ihr sind zunächst 300 M. für „stipendiarii“ verzeichnet, wobei wir sicherlich an Soldzahlungen zu denken haben. Sodann ist die Gesamtsumme des Soldes der „cursores“ oder „Renner“³⁾ d. h. der berittenen Söldner der Stadt mit 76 M. eingetragen; ausserdem wurde ihnen für 4 M. Hafer gegeben, und 3 M. 1 Ferd. wandte man für ihre Winterkleidung auf; von letztern beiden Posten möchte man kaum behaupten, dass sie sich auf alle Renner bezögen. Schliesslich wurde zu Ostern des genannten Jahres für über 11 M. die Kleidung der „famuli“ beschafft, in welch' letztern, falls sie überhaupt von den stipendiarii streng geschieden werden können, vielleicht die nur für Unterhalt und Kleidung dienenden streitbaren Knechte zu sehen sind; dass dies häufiger vorkam, zeigen eine Anzahl von Contracten der spätern Zeit.

Die für seine Streitmacht erforderlichen Pferde stellte zum Teil der Rat, indem er solche entweder käuflich erwarb und dann gegen Entgelt — städtische Marställe kommen erst gegen

¹⁾ cf. S. 47. Der Schiedsspruch des Bischofs lautete dahin, dass Herzog Magnus nur die Kosten derjenigen Bauten an der Asseburg zu ersetzen habe, zu deren Ausführung die Stadt vorher seine Einwilligung eingeholt hätte. cf. ferner II, cap. 8.

²⁾ Bruchstück der gem. Rechnung von 1331.

³⁾ Werkst. I, S. 110 und 111.

Ende des Jahrhunderts vor — bei Bürgern in Pflege gab, oder indem er sie sich von diesen mietweise verschaffte. Teilweise aber hielten sich die Söldner auch ihre Pferde selbst, was natürlich auf die Höhe ihres Soldes nicht ohne Einfluss blieb. Wurden im Dienste der Stadt gerittene Pferde beschädigt oder getötet, so musste der Rat einen, wie es scheint, meist recht hoch bemessenen Ersatz leisten. Diese Gliederung der mannigfaltigen Ausgaben für Beschaffung eines tüchtigen Pferdmaterials ergibt sich erst aus den jüngeren Rechnungen;¹⁾ nach der Rechnung von 1331 könnte man sie wegen zu ungenauer Bezeichnung der betreffenden Posten — immer heisst es nur *pro equo* — nicht aufstellen. Immerhin wird man vermutungsweise sagen können, dass die kleinern Beträge von 2 Ferd. bis 2 M. für Unterhalt, Miete oder geringere Beschädigungen, die grössern von 4 bis 7 M. für Anschaffung von neuen Pferden oder zur Entschädigung für gänzlich unbrauchbar gewordene und getötete zu zahlen waren.

Aber nicht nur für Pferdeschaden, wie der technische Ausdruck lautet, musste der Rat aus gemeinen Mitteln aufkommen, sondern auch für alle sonstigen Verluste, welche diejenigen, die ihm irgendwelche Kriegsdienste leisteten, hierbei erlitten. So erklärt es sich, wenn er einem seiner Söldner 1331 4 Schill. für einen eisernen Helm und einem andern 10 Schill. für Steigbügel zahlte. Und eng mit dieser Ersatzpflicht hing die weitre Pflicht des Rates zusammen, den im Streite für die Stadt gefangen genommenen wieder auszulösen. Ein sehr gutes Beispiel bietet dafür eine Urkunde vom 8. Mai 1350,²⁾ in der Hinrik von Evesselmer feierlich erklärt, dass er im Dienste des Högener oder des gemeinen Rates etwa gefangen weder den einen noch den andern über 30 M. hinaus ansprechen wolle, mit welcher Summe sie ihm zu Hilfe zu kommen versprochen hätten. Auch aus dem Grunde ist diese Urkunde beachtenswert, weil sie durch die Erwähnung des Högener Rates erkennen lässt, wie zu jener Zeit die Leitung des Kriegswesens nicht ganz und gar in den Händen des gemeinen Rates lag, sondern auch die Kompetenz der Weichbilsräte auf dieses Gebiet übergriff.

Liess sich nun die Stadt auf grössere Actionen ein, auf eine Vereinigung bedeutenderer Streitmassen, namentlich zur

¹⁾ cf. II, cap. 7.

²⁾ O.-U. im B. St.-A.

Belagerung von Burgen oder sonstiger fester Plätze ihrer ärgsten Feinde, so gesellten sich zu alle den aufgezählten Ausgaben noch andre grosse Erfordernisse. Das Heer musste reichlich mit Proviant versehen, die Belagerungswerkzeuge in Stand gesetzt und transportirt, der nötige Vorrat an Schleudergeschossen beschafft werden. An derartiges werden wir zu denken haben, wenn es in der Rechnung von 1331 heisst, vor Warmstorf¹⁾ seien 6 M. 4 Ferd., vor Gröningen²⁾ 12 M. 3 Ferd. verbraucht.

Dies das wesentliche, was wir aus der Zeit vor 1354 von den Beziehungen der Finanzverwaltung der Gesamtstadt zum Kriegswesen hören; nur Ausgaben waren es, die dabei erwähnt werden konnten, während von dem gelegentlichen Gewinn, den der Stadt ihre Kämpfe brachten, nämlich Lösegeld für die Gefangenen und Beute an Pferden, Waffen und dergleichen, aus der Überlieferung der ersten Hälfte des Jahrhunderts nichts zu erfahren ist.

Im Interesse der Sicherung und Erleichterung des Verkehrs, allerdings nicht allein hierfür, geschah es, dass der gemeine Rat für eine starke Wehrmacht sorgte und im Interesse des Verkehrs handelte er auch, wenn er die wichtigern Landstrassen im Stadtgebiet in gutem Zustande erhielt. 1331 erforderte der Strassendamm bei Klein-Schöppenstedt einen Aufwand von 10 Schill., die lange Brücke bei Vechelde einen solchen von 1 Pfd. Und eine charakteristische Aufzeichnung im 1. Gedenkbuche zum Jahre 1347³⁾ besagt, dass Olrik von Hedelendorpe dem gemeinen Rate 4 M. 7 Lot. übergeben habe, die um Gott und seiner Seele willen zum Damm bei Vechelde verwandt werden sollten.

So haben wir denn gesehen, wie bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts die Wahrnehmung der äusseren Interessen der Stadt den gemeinsamen Haushalt beeinflusste; jetzt soll der Zusammenhang des letztern mit der Vertretung jener durch den gemeinen Rat nach innen zu, den Elementen gegenüber, die in ihrer Gesamtheit die Stadt selbst bildeten, für die gleiche Zeit betrachtet werden. Zuerst wenden wir uns da zu den Beziehungen der gemeinen Finanzverwaltung zum städtischen

¹⁾ „Warmestorp“. Vielleicht ist Warmstorf in der Grafschaft Hoya darunter zu verstehen.

²⁾ „Gröningen“. Gemeint ist entweder das Dorf Gröningen bei Aschersleben oder, was weniger wahrscheinlich, das Dorf Gröningen bei Salzwedel.

³⁾ I. G. fol. 4¹. Die Datirung 1347 ist nicht ganz sicher.

Klerus. Freilich war die Stellung desselben eine sehr selbstständige und abgesonderte, aber doch nicht in dem Grade, dass es ungerechtfertigt erscheinen könnte, auf jenen Punkt hier einzugehen. Waren auch die Leistungen des Klerus an das Gemeinwesen in Folge der kanonischen Forderung, die Geistlichkeit und alles Kirchengut solle von bürgerlichen Lasten befreit bleiben, weit geringere als die der Bürger, so fehlten sie doch, da jene Forderung strenger Durchführung ermangelte, nicht gänzlich. Wir hatten ja bereits oben Gelegenheit, einige Urkunden kennen zu lernen, in denen sich geistliche Stifter gegen Ablösung gewisser dem Gemeinwesen als solchem schuldigen Leistungen zu andern Leistungen an dieses verpflichteten.¹⁾ In der Rechnung von 1331 kommen, da sie ja nur eine Ausgabe-rechnung ist, ausschliesslich Zahlungen des Rates an den Klerus, nie das umgekehrte vor. Bei einem Teile der betreffenden Posten handelt es sich um Geschenke: so erhalten die Minderbrüder 1 M. 1 L. zum Kauf einer Tonne voll Häring²⁾ und denselben wird bei ihrem Hauptfeste, der Kirchweih, 1 M. verabreicht. In der Aufgabe der Armenpflege gewährt der Rat dem Klerus seine Unterstützung, indem er „ad stipam“ — zu Almosen — fast 7 M. hergiebt. Denn dass diese Summe zur Verteilung an die Armen den Klöstern in der Stadt ausgezahlt ward, wenn auch vielleicht nicht in einem Male, sondern in kleinern Beträgen an verschiedenen Festtagen, wird man aus einer der unsrigen eng verwandten Eintragung in der gemeinen Rechnung von 1354³⁾ schliessen dürfen. Ungewiss ist es, wie der Posten erklärt werden muss, wonach dem Pfarrer der Heiliggeistkapelle 7 Pfd. und für Lichter in derselben 10 Schill. gezahlt worden sind; dieselben beiden Ausgaben kehren in ebenso enger Verbindung noch nach Jahrzehnten wieder, vielleicht handelte es sich also dabei um ein Vermächtniss, dessen Ausführung dem Rate übertragen war. Im unklaren sind wir ferner über den Character des Nonnenzinses, der in der Rechnung von 1331 mit einem Betrage von 10 M. figurirt, aber auch nur hier erwähnt ist; nur so viel wird wohl sicher sein, dass die Empfängerinnen dieses Zinses die Benedictinerinnen im Kloster auf dem Rennelberge vor dem Petritzhore waren. Der Vollständigkeit halber sei

¹⁾ cf. SS. 23, 27 u. 28.

²⁾ Diese Spende erhielten sie offenbar in den Fasten, wie aus der Rechnung von 1354 hervorgeht. cf. II, cap. 7.

³⁾ Item X talenta claustris ad elemosinas. cf. II, cap. 7.

hier noch auf einige Notizen im 1. Gedenkbuche hingewiesen, die indessen von keinem grossen Belang sind. Zu den Jahren 1348, 1349, 1351 sind verschiedene von geistlicher Seite dem Rate geschuldete Ausstände eingetragen;¹⁾ die bei weitem grösste Forderung des letztern beläuft sich auf 34 M. Ausserdem ist zum Jahre 1353 der Verkauf eines der Stadt gehörigen Hofes erwähnt, den die Heiliggeistkapelle für 30 M. erworben hat.²⁾

Über die finanziellen Berührungen, in welche vor 1354 der gemeine Rat mit den Bürgern Braunschweigs trat, wird uns nur spärliche Auskunft zu Teil. Wir erfahren lediglich von einigen wenigen Angelegenheiten meist rein privatrechtlichen Charakters. Für die Rentenverkäufe, die wir später in der gemeinsamen Finanzverwaltung und im Weichbildshaushalt schon in dieser Periode eine so bedeutende Rolle spielen sehen, ist uns nur ein Beispiel aus dem Jahre 1302 genauer bekannt. Damals kaufte Johann von Alvelde beim Rate der Stadt Braunschweig, wie es heisst, für 12 M. eine wiederkäufliche Rente von 1 M., die zu einer täglichen Messe in der Martinikirche verwendet werden sollte.³⁾ Häufiger sind die Fälle, in denen es sich um Verkauf oder zinsweise Überlassung von Häusern oder sonstigen Grundstücken seitens des gemeinen Rates handelt. 1348 verkaufte derselbe einem Bürger und seiner Frau ein Haus auf beider Lebenszeit für 12 M.; zugleich wurde damit die Abmachung verknüpft, dass sie auf dem Grundstück einen Brunnen graben lassen und gegen jährliche Zahlung von 1 Ferd. schossfrei sein sollten.⁴⁾ In demselben Jahre überliess der Rat einem andern Bürger ein Haus gegen 1½ M. jährlichen Zins;⁵⁾ davon sollte, so ward bestimmt, 1 M. als Erbenzins gezahlt werden, während die übrige ½ M. vom Inhaber für 6 M. in zwei Malen abgelöst werden sollte. Um die gleiche Zeit endlich wurde seitens der gemeinen Stadt ein Haus auf drei Jahre für einen jährlichen Pachtzins von 14 Ferd. vermietet.⁶⁾ — Man sieht schon aus den angeführten Fällen, wie

¹⁾ I. G. fol. 4¹, 5, 7¹.

²⁾ I. G. 5¹.

³⁾ A. D. I, fol 2. Es ist dort von den „consules civitatis Brunswic“ die Rede, so dass man kaum umhin kann, den gemeinen Rat als Verkäufer anzunehmen.

⁴⁾ I. G. fol. 6.

⁵⁾ ibidem.

⁶⁾ ibidem.

die mannigfaltigsten Combinationen bei derartigen Geschäften zur Anwendung kamen. Strenge Regelmässigkeit in der Abzahlung der dem Rathe geschuldeten Hauszinse, worauf dieser, da es doch öffentliche Gelder waren, durchaus hätte bestehen sollen, scheint nicht geherrscht zu haben; das kann man aus einem sich über die neun Jahre von 1342 bis 1350 erstreckenden Verzeichniss von Hauszinsen schliessen, welche die Söhne Tiderik Dorings „des groten“ — die Doring waren eins der angesehensten Patriciergeschlechter in der Altstadt — dem Gemeinwesen schuldig geblieben waren. Ihre Gesamtschuld belief sich am Ende dieses Zeitraumes auf nicht weniger als 47 M. 3 Ferd. 1 Lot.¹⁾

Ein sonderbares Licht auf die damaligen Zustände der Finanzverwaltung gemeinen Rates wirft auch das, was wir aus der oben bereits erwähnten Abrechnung dieses mit dem Münzschmiede Heneken Wulvramme ersehen.²⁾ Letzterer hatte im Jahre 1343 rund 462 M. lötigen Silbers, offenbar zur Ausprägung, überwiesen erhalten, und, obwohl vier Ratsherren, zwei aus der Altstadt, einer aus dem Hagen und einer aus der Neustadt die Oberaufsicht über die Münze führten, war es doch möglich, dass Heneken am Ende des Jahres sammt einer Summe von 45 M., die er noch von 1341 her schuldig war, der Stadt über 240 M. schuldete. Jene Abrechnung lehrt, auf welche Weise der Rat sich schadlos zu halten suchte. Er übernahm den aus Wiesen, Worten, einer Hufe und einem Hause bestehenden, freilich stark verschuldeten Grundbesitz des Münzschmiedes, sowie eine Quantität Korn und seine Ausstände im Betrage von ungefähr 40 M.

Wenn wir schliesslich auch einen Blick auf die Beziehungen zwischen dem gemeinen Rate und den Weichbildsräten werfen, soweit dieselben uns hier angehen, so war schon früher festgestellt worden, dass die Erträge der mit Weichbildsmitteln vollzogenen Erwerbungen zeitweise wenigstens auf die Weichbildskassen verteilt zu sein scheinen.³⁾ Vielleicht darf man in zwei Posten des Bruchstücks von 1331 Belege für eine derartige Verteilung erblicken, indem der erste eine Ausgabe von 28 $\frac{1}{2}$ M. an den Rat des Hagens, der zweite eine

¹⁾ I. G. 41.

²⁾ cf. S. 42.

³⁾ cf. S. 33.

solche von 19 M. $1\frac{1}{2}$ Ferd. an den Rat der Neustadt bezeugt. Diese Vermutung gewinnt noch dadurch an Wahrscheinlichkeit, dass jene Summen sich zu einander fast wie 3 : 2 verhalten, ein Verhältniss, welches zwischen den Zahlen der die beiden Weichbilde im gemeinen Rate vertretenden Ratsherren gleichfalls bestand.¹⁾ Auf denselben oder ähnlichen Zuständen mochten auch wohl die Ansprüche der Neustadt an die gemeine Finanzverwaltung beruhen, die in einer Eintragung im Rechtsbuche genannten Weichbildes hervortreten.²⁾ Hier erklärte der Rat des letztern um das Jahr 1330, der Kaufpreis für einen Badstoben und einen Brotscharren, die er wiedergekauft habe, solle aus den Mitteln gemeiner Stadt entrichtet werden.

Es bleibt nur noch übrig, betreffs der vor 1354 auftretenden besoldeten Beamten und Diener des gemeinen Rates ein Wort hinzuzufügen. Die Söldner und Boten wurden schon oben genannt, ebenso auch, aber nur beiläufig, der Schreiber, der eine wichtige Stellung bekleidete. Nach der Rechnung von 1331 erhielt er 8 Pfd. Gehalt, für seine Kleidung 4 Ferd.; seine Thätigkeit bei der Schosserhebung wurde ihm mit 1 M. vergütet und zur Anschaffung von Pergament 1 Pfd. ausbezahlt. Ausser ihm kommt sodann noch der Henker vor, der $\frac{1}{2}$ M. für Kleidung erhielt, ferner ein Meister Sander, wohl ein Ratshandwerker, an welchen $1\frac{1}{2}$ M. ausgegeben wurden. Schliesslich mag noch des Kohlenträgers gedacht werden, ihm werden für seine Kleidung 8 Ferd. gezahlt.³⁾ Ausgaben für andre Beamte des gemeinen Rates sind in unser Epoche nicht festzustellen.

Indem hiermit die Übersicht über die Thätigkeit der gemeinsamen Finanzverwaltung von ihrem Entstehen an bis 1354 zu Ende geführt ist, wird es gut sein, uns daran zu erinnern, wie viele Unklarheiten und Lücken das gewonnene Bild aufweist.

¹⁾ cf. S. 25.

²⁾ R. d. N. fol. 79.

³⁾ VIII fert. pro vestibus Frederici caulistae. caulista ist ohne Zweifel von caulis = Kohl abgeleitet. Wenn wir trotzdem hier Kohlenträger übersetzen, so werden wir dazu einmal dadurch bewogen, dass das öffentliche Amt eines Kohlträgers nie erwähnt wird, wohl aber das eines Kohlenträgers (Gengler, Stadtrechtsaltertümer S. 197), ferner aber dadurch, dass der Kohlenträger im Mittelniederdeutschen *koldreger* heisst, sehr leicht also eine Verwechslung beim Übersetzen ins Lateinische vorgefallen konnte. cf. Schiller-Lübben, mittelniederdeutsches Wörterbuch s. v. *kol(e)dreger*.

Hinsichtlich der Ausgaben zwar sind wir Dank der so oft erwähnten Rechnung von 1331 nicht gerade schlecht unterrichtet, aber, um die Einnahmen der gemeinen Stadt ihrem Umfang, ihrer Herkunft und der Art ihrer Erhebung nach auch nur einigermaßen sicher kennen zu lernen, dazu bietet die trümmerhafte Überlieferung in keiner Weise genug Material. Namentlich wird man über die so hochwichtige Quelle des Schosses, was die behandelte Periode angeht, fast völlig im Dunkeln gelassen. Als einen zweiten Hauptmangel möchte ich den bezeichnen, dass es uns unmöglich ist, die Abhängigkeit des gemeinen Rates von den Weichbildsräten rücksichtlich seiner Einnahmen scharf zu begrenzen.

4. Die Weichbildsfinanzverwaltungen von 1269 bis 1354.

Da, wie bereits bemerkt wurde, nach der Einigung von 1269 die Einzelfinanzverwaltungen der Weichbilde nicht nur weiter bestanden, sondern sogar sich so kräftig und lebensfähig erwiesen, dass die Bestimmungen jener zu ihren Gunsten Einschränkungen erlitten, ist für die richtige Erkenntnis der Braunschweiger Finanzverhältnisse seit 1269 ein näheres Eingehen auf diese Weichbildsverwaltungen doppelt nötig. Auch hierbei kommt dem Jahre 1354 trennende Bedeutung zu, liegt doch aus ihm die erste wirkliche Weichbildsrechnung vor. Für die voraufgehende Zeit sind wir fast ganz auf die früher genannten Weichbildsbücher¹⁾ angewiesen, aus denen wir eine stattliche Sammlung hierher gehöriger Verträge und einiger sonstiger Aufzeichnungen zusammenbringen können. Davon entfällt der grösste Teil auf die Altstadt; an diese reihen sich Neustadt und Hagen, jene durch die Erhaltung des besprochenen Zinsbuches ausgezeichnet; sehr wenige Nachrichten berühren die Finanzverwaltungen des Sackes und der Altenwik, und von dem wenigen — im ganzen sind es sechs bis sieben Angaben — gehört das meiste den spätern Jahrzehnten der Periode an. Bei der Einteilung des Stoffes wird es am zweckmässigsten sein, sich in erster Linie von den sachlichen Kategorien, welche sich in nicht gerade grosser Zahl aus den Weichbildsbüchern ergeben, leiten zu lassen, sodann innerhalb der einzelnen Kategorien nach den Weichbilden zu scheiden.

¹⁾ cf. S. 10.

Besonders vieles und wichtiges enthalten unsere Quellen über die Verwaltung des Weichbildsgrundbesitzes, aus der den Einzelräten verschiedene Aufgaben erwuchsen. Für die Gebahrung freilich, die in weiter zurückliegenden Zeiten von den Räten der Altstadt, des Hagen und der Neustadt, wo wir von vornherein eine freie Almende annehmen dürfen, vielfach geübt sein muss, für die Ausgabe von Bauplätzen aus dem Weichbildsgut gegen Wortzins, können wir aus dieser Periode kein einziges Beispiel anführen. Häufig dagegen wurden in entsprechender Weise schon bebaute Grundstücke verliehen; der in solchen Fällen dem neuen Inhaber auferlegte Zins wurde mit der allgemeinen Bezeichnung Erbenzins — denn auch der Wortzins war ein Erbenzins — benannt. Zum ersten Male ist eine derartige Vergabung um 1299 mit Sicherheit nachzuweisen; es war der Neustädter Rat, welcher damals dem Bürger Ekgeling Martening ein kleines Haus gegen einen Erbenzins von 10 Schill. überliess.¹⁾ 30 Schill. Erbenzins bedang sich der Rat des Hagen im Jahre 1304 gleichfalls bei Überlassung eines Hauses aus, doch verkaufte er den erworbenen Zins sofort an einen Bürger von Lübeck weiter.²⁾ Für Hagen und Neustadt liessen sich namentlich mit Berücksichtigung des Neustädter Zinsregisters bis 1354 noch mehrere ganz entsprechende Geschäfte beibringen und reconstruieren, mit Durchschnittsbeträgen von 10 bis 12 Schill. Zins für ein Haus; nur die Juden zahlten durchschnittlich 1 M. Hinsichtlich des Rates der Altstadt können wir nur eine Angelegenheit hier erwähnen, welche zeigt, dass die Weichbilde wohl auch auf andere Weise in den Besitz von Hauserbenzinsen kamen. Gemäss einer Abmachung vom 11. November 1310³⁾ sollte das Haus eines Bürgers, wenn derselbe nicht innerhalb einer bestimmten Frist dem Altstädter Rate 5 M. entrichtete, diesem zu 1 M. ewigen Zinses verpflichtet bleiben, andernfalls nur zu 17 Schill.

Als Erbenzinse kennzeichnen sich ferner die Erträge, welche den Weichbilden die von ihnen auf ihrem Grund und Boden erbauten Verkaufs-Hallen, Scharren und Buden einbrachten. Aus einem im Jahre 1341 vom Säcker Rate mit den Knochenhauermeistern im Sacke geschlossenen Vertrage⁴⁾ ersehen wir,

¹⁾ cf. A. D. I, fol. 20.

²⁾ H. D. I, 11.

³⁾ A. D. I, 37¹.

⁴⁾ S. D. I, 20.

dass dieses Weichbild damals bereits Fleischscharren und Kaldaunenbänke besass und gegen Erbenzins aushat — der erste Hinweis auf freien Grundbesitz des genannten Gemeinwesens. 1347 traf auch der Häger Rat mit seinen Knochenhauern eine Abkunft, durch welche er ihnen 41 Fleischscharren gegen einen Erbenzins von je 8 Schill. überliess.¹⁾ Hierher gehört ferner eine interessante Eintragung im Häger Degedingbuche zum Jahre 1342.²⁾ Damals empfing vom Rate des Hagen ein Gewandscheerer eine der Weichbildsscheerbuden gegen Erbenzins, wobei ihm jener versprach, er werde nur noch zwei Gewandscheerer im Weichbilde und zwar ebenfalls auf seinen Zins, wie es heisst, wohnen lassen. — Was über die Verkaufsstätten der Altstadt in dieser Periode verlautet, zeigt uns den Weichbildsrat keineswegs in uneingeschränktem Besitze der Einkünfte aus ihnen. So muss er sich, um nur ein Beispiel anzuführen, 1304 einen Zins von 4½ Schill. aus den Altstädter Fleischscharren erst für 2½ M. von dem Vicar des St. Blasienstiftes Ludolf Witte erwerben;³⁾ freilich ist hierbei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass dieser Zins ursprünglich doch dem Weichbilde zustand. — Um nun zur Neustadt überzugehen, so zählt jenes schon wiederholt erwähnte Zinsbuch Einkünfte von verschiedenen Verkaufsstätten auf. Jede Bude im Gewandhause dieses Weichbildes brachte danach 2 Schill., jeder Fleischscharren 8 Schill., jeder kleine Scharren in der Judenstrasse 6 Schill. und jeder Brotscharren 8 Schill. jährlichen Erbenzins. Dies ist wohl die vollständigste Notiz, die hier herangezogen werden kann.

Ausser den Erbenzinsen von Häusern und Kauflokalen lernen wir durch das Zinsbuch noch zwei andre Arten von Grunderbenzinsen kennen. Die eine derselben ist der Grabenzins, welcher uns nur in der Neustadt begegnet und meist in Posten von 6 Pfenn. auftritt;⁴⁾ bezahlt wurde er von den Inhabern der

¹⁾ H. D. I, 46¹.

²⁾ H. D. I, 27¹.

³⁾ O.-U. im Br. St.-A.

⁴⁾ Dürre S. 641 sagt: „an der Erhaltung der Gräben mitzuarbeiten war jeder Einwohner der Stadt verpflichtet, einzelne Strassen . . . zahlten, vermutlich um jene Verpflichtung abzulösen, jährlich einen bestimmten Grabenzins.“ Dabei ist indessen zu bemerken, dass erstens nur solche Hausinhaber Grabenzins zahlten, deren Grundstücke an den Mauergraben stiessen, zweitens nicht alle in dieser Lage sich befindenden Hausinhaber, sondern nur die in der Neustadt. Deshalb ist es sehr fraglich, ob Dürres Erklärung richtig ist.

am Graben bei der Mauer liegenden Häuser; was für Verhältnisse sonst hierbei in Betracht kamen, ist leider kaum sicher festzustellen. Der andre bisher noch nicht berührte Erbenzins ist der Gartenzins, von ausgethanem Weichbildsgartenland herkommend. Diese Einnahme kann man übrigens nicht nur in der Neustadt, sondern auch in andern Weichbilden nachweisen, wenngleich zum Teil erst nach 1354. Gartenzins der Altstadt wird bereits zum Jahre 1345 genannt.¹⁾

Aus jenem Zinsregister erschen wir aber schliesslich, dass ein Weichbild, wie es Erbenzinse einnahm, so auch unter Umständen solche zu entrichten hatte: es sind dort namentlich zwei Posten verzeichnet, welche die Neustadt alljährlich von gewissen Grundstücken zahlen musste: einen von 4 Schill. an das Blasienstift, einen von 10 Schill. an das Rennelbergkloster. Auf zweifachem Wege können diese Verpflichtungen des Weichbildes entstanden sein: entweder hatte es jene Grundstücke von den Stiftern unmittelbar zu Erbenzins empfangen, oder es hatte sie von Leuten erworben, die bereits ihrerseits den Stiftern dafür zinspflichtig gewesen waren und nun nicht nur die Grundstücke, sondern auch die darauf ruhenden Lasten dem Käufer übertrugen. Doch streifen wir hiermit schon eine neue Seite der Thätigkeit der Weichbildsräte, auf welche wir jetzt unser Augenmerk lenken wollen.

Den Einzelräten als Verwaltern des Weichbildsgrundbesitzes lag nämlich neben der Regelung aller dieser Zinsverhältnisse der An- und Verkauf von Grundstücken im Interesse ihrer Weichbilde ob. Um zunächst vom Erwerb neuen Grundbesitzes zu sprechen, so geht hierin der Altstädter Rat allen voran. 1282 erwirbt er vom Aegidienkloster einen an der Oker belegenen Platz,²⁾ 1310 von demselben den Bruch, ein ziemlich ausgedehntes Sumpfgebiet am Südende der Stadt.³⁾ Auch noch auf anderm Wege als durch Kauf weiss er seinen Grundbesitz zu erweitern. So muss ihm 1326 einer seiner Bürger eine Wort zu Lehdorf als Busse dafür überlassen, dass er mehrere Gärten an das Blasienstift verkauft und dadurch dem Weichbildsrecht entzogen hat.⁴⁾ Ausser dem angeführten ist hier nur noch jener

¹⁾ A. D. II, 35¹.

²⁾ O.-U. im Br. St.-A.

³⁾ O.-U. im Br. St.-A.

⁴⁾ O.-U. im Br. St.-A.

bereits erwähnte Kauf eines Badstobens und eines Brotscharrens durch den Rat der Neustadt heranzuziehen, welcher um 1330 stattfand.¹⁾ Sonstige von den Einzelräten vollzogene Erwerbungen an Grund und Boden gehen uns hier nicht an, weil sie zu Gunsten verschiedener Stifter innerhalb der Stadt geschahen, bei deren Vermögensverwaltung jene mitwirkten.

Wenn wir uns sodann dem Verkauf von Grundbesitz durch die Weichbilde mit wenigen Worten zuwenden, so muss vor allem betont werden, dass dabei in unserer Periode ein Verkauf für immer überhaupt nicht vorkommt, sondern nur solche auf Lebenszeit der Käufer. Im Jahre 1312 verkauft der Rat der Altstadt dem Bürger Santberg für 20 M. auf seine Lebenszeit ein Haus²⁾ und 1345 Herrn Ludolf von dem Spetale unter derselben Bedingung ein Vorwerk für 24 M.³⁾ Derartige Verkäufe des Altstädter Rates wären noch mehrere anzuführen; dass auch die andern Weichbilde in dieser Zeit jene Gebahrung geübt hätten, dafür fehlt in der Überlieferung jeder Beleg.

Von den unablässlichen Hauszinsen, deren früher gedacht wurde, müssen ganz streng die ablösblichen Hauszinse geschieden werden; in der Weichbildsfinanzverwaltung spielten sie eine mindestens eben so bedeutende Rolle wie jene. Am besten wird man sie durch die moderne Bezeichnung Hypothekzinsen charakterisiren, da sie für Capitalien gezahlt wurden, welche die Räte aus den baaren Mitteln der Weichbilde an einzelne Bürger auf die Häuser derselben ausliehen. Es handelte sich also hierbei um eine sichere Anlage überschüssiger öffentlicher Gelder. Wiederum begegnet uns nicht in allen Weichbilden Braunschweigs diese Finanzoperation vor 1354, sondern nur in Altstadt, Neustadt und Sack. Die ältesten, sicher bekannten Fälle berühren die Altstadt, deren Rat im Jahre 1310 drei Hypotheken im Betrage von 15, 30 und 45 M. gegen einen Zins von $6\frac{2}{3}\%$ auslieh.⁴⁾ Den genannten Zinsfuß scheint der Altstädter Rat gewöhnlich gefordert zu haben, obwohl zuweilen auch höhere oder niedere Procentsätze vorkamen. So brachte nach einer Eintragung von 1311 ein Capital von 86 M. $7\frac{0}{5}\%$,⁵⁾

¹⁾ cf. S. 56.

²⁾ A. D. I, 42¹.

³⁾ A. D. I, 170.

⁴⁾ A. D. I, 34¹, 35¹.

⁵⁾ A. D. I, 41.

während bei Ausleihung einer Hypothek von 15 M. im Jahre 1334 nur 5% ausgemacht wurden¹⁾ und zwar wohl deshalb, weil, wie uns ausdrücklich mitgeteilt wird, es der erste auf dem betreffenden Hause lastende Zins war.

Einen besonders guten Einblick können wir uns in die den Hypotheken-Erwerb und Besitz der Neustadt betreffenden Verhältnisse verschaffen. In dem reichhaltigen Zinsbuche jener finden sich unter den Einnahmen mehr als dreissig Posten ablöschlicher Hauszinse, und bei jedem derselben ist die Höhe des Capitals mit verzeichnet, so dass wir also wieder die Procentsätze berechnen können. Diese schwanken zwischen $6\frac{1}{6}\%$ und $9\frac{1}{11}\%$, wobei aber wenig oder gar nicht die Grösse des Capitals von Einfluss gewesen zu sein scheint. Freilich wurde für das bedeutendste Kapital von $27\frac{1}{2}$ M. der höchste Zins von $9\frac{1}{11}\%$ gezahlt, dagegen brachte das doch wenig geringere von 24 M. nur $6\frac{1}{4}\%$, während in einem andern Falle 8 M. $7\frac{1}{4}\%$ trugen. Am häufigsten treten unter den vom Neustädter Rate für Hypothekendarlehne geforderten Zinssätzen $6\frac{1}{4}\%$, $6\frac{2}{3}\%$, $7\frac{1}{7}\%$ auf, unter welchen wiederum der erstgenannte den ersten Platz einnimmt.

Aus dem dritten der oben genannten Weichbilde, dem Sack, sind uns aus dieser Periode zwei Hypothekengewährungen seitens des Rates überliefert. 1346 erwarb letzterer für $3\frac{1}{2}$ M. einen ablöschlichen Hauszins von 1 Ferd.²⁾, welcher Betrag einem Procentsatz von $7\frac{1}{7}\%$ gleichkommt. Im folgenden Jahre bedang sich derselbe für eine Hypothek von 6 M. $\frac{1}{2}$ M. Zins, also $8\frac{1}{3}\%$, aus.³⁾ Weshalb der Rat in diesem Falle eine so bedeutende Forderung stellte und offenbar auch bewilligt erhielt, erklärt sich daraus, dass von dem belasteten Hause ausser jenem Hypothekzinse des Rates ein bevorrechtigter Wortzins gezahlt werden musste.

Andre als hypothekarische Darlehen scheinen die Weichbilde nur selten gewährt zu haben, denn wir können aus unsrer Periode nur einen sichern Beleg dafür nachweisen: am 14. Februar 1344 nahmen beim Altstädter Rate zwei Brüder Doring eine Anleihe von 15 M. auf,⁴⁾ die sie mit $6\frac{2}{3}\%$ zu verzinsen sich verpflichteten.

¹⁾ A. D. I, 96.

²⁾ S. D. I, 25¹.

³⁾ S. D. I, 26¹.

⁴⁾ A. D. I, 158¹.

Davon, dass diese Summe auf ein Haus eingetragen sei, ist nichts gesagt, jedoch wurde die hypothekarische Sicherheit durch eine andere ersetzt, indem die genannten Brüder Bürgen stellten; ohne Bürgenstellung würden sie gewiss das Darlehn entweder überhaupt nicht oder wenigstens nicht zu so geringem Zinsfuss erhalten haben.

Aber die Weichbilde liehen nicht nur aus, sondern sie kamen auch häufig in die Lage, selber Anleihen machen zu müssen. Dies bewerkstelligten sie auf zwei verschiedene Weisen, entweder verkauften sie wiederkäufliche Renten oder Leibgedinge d. h. Leibrenten. Was zunächst jene anbetrifft, so entsprachen sie am meisten den eben behandelten ablöslichen Hauszinsen, nur fehlte ihnen in der Regel der hypothekarische Charakter. Damit hängt es vielleicht zusammen, dass die Weichbilde für ihre rückkäuflichen Anleihen im Durchschnitt höhere Zinsen zahlen mussten, als sie für ihre rückkäuflichen Darlehen erhielten. So ging die Altstadt in den uns bekannten Fällen, wo sie Capitalien von 36 bis 120 M. aufnahm, gewöhnlich auf einen Zinsfuss von $8\frac{1}{8}\%$ ein. Der niedrigste der vorkommenden Procentsätze ist $6\frac{4}{5}\%$ bei 77 M. Capital;¹⁾ den höchsten, 10% , bewilligte der Altstädter Rat 1322 für eine Anleihe von 120 M.²⁾ In demselben Jahre nahm diese Körperschaft noch 36 M. gegen einen Zins von $8\frac{1}{8}\%$ und 60 M. gegen einen solchen von $7\frac{1}{5}\%$ auf.³⁾ Auch hier also machen wir die Beobachtung, dass die Grösse der geliehenen Summen keineswegs immer im Einklang mit der Höhe des Zinses stand.

Wie der Altstädter Rat, so bewilligte auch der Neustädter bei Anleihen, für die er keine besondere Sicherheit gewährte, gewöhnlich $8\frac{1}{8}\%$ Zinsen; unter den vor 1354 vorkommenden Fällen dieser Art, ungefähr 10 an der Zahl, findet sich nur zwei Mal ein anderer Procentsatz, nämlich ein Mal $7\frac{1}{7}\%$ ⁴⁾ und ein Mal $7\frac{3}{4}\%$.⁵⁾ Auffallender Weise wurde letzterer für ein Capital von 64 M. gezahlt, während zu gleicher Zeit verschiedentlich 12 M. zu $8\frac{1}{8}\%$ aufgenommen wurden.⁶⁾ Geringere Zinse erhielten die Darleiher zugestanden, welche auf Hauszinse des

¹⁾ A. D. I, 2¹. 1304.

²⁾ A. D. I, 73¹.

³⁾ A. D. I, 74.

⁴⁾ R. d. N. fol. 81: Verzeichniss von Zinsverkäufen in den Jahren 1338 u. 1339.

⁵⁾ ibidem.

⁶⁾ ibidem.

Rates angewiesen wurden und diese unmittelbar von den Hausinhabern erhoben. Das Zinsbuch der Neustadt lehrt uns, dass der Rat des Weichbildes ein Capital von 32 M. mit 2 M. Hauszins, also mit $6\frac{1}{4}\%$, und 15 M. mit 1 M. Hauszins, also mit $6\frac{2}{3}\%$, verzinst. Ohne Frage beruhten diese geringern Procentsätze darauf, dass die Gläubiger schlimmsten Falls an den betreffenden Häusern sich hätten schadlos halten können.

In dem unter den Quellen besprochenen Register rückkäuflicher Weichbildsanleihen aus dem Anfang des 14. Jahrhunderts¹⁾ ist ausser der Altstadt und Neustadt auch der Hagen vertreten und zwar mit Zinsposten von 1 bis 3 M. Da als Rückkaufspreis für jede Mark Zins der Betrag von 12 M. angegeben ist, so ist es uns möglich auch für alle diese Anleihen des Hagen den Zinsfuss von $8\frac{1}{3}\%$ festzustellen.

In scharfem Gegensatz zu der eben behandelten Art der öffentlichen Anleihen, dem Weddeschatz, steht die zweite Klasse derselben, die Leibgedinge, deren Wesen vollständig mit dem der modernen Leibrenten übereinstimmt. Die Käufer der Leibgedinge, naturgemäss meist Braunschweiger Bürger oder Insassen der Klöster in und bei der Stadt, hatten den Vorteil von einer solchen Anlage ihres Geldes, dass sie sehr hohe Zinsen bekamen, die Räte als Verkäufer standen sich insofern gut dabei, als sie die geliehenen Capitalien nur im Wege der mit dem Tode der Leibrentenberechtigten aufhörenden Verzinsung zurückzahlten. Aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts liegt über die Leibgedingsverkäufe der Weichbilde wenig Material vor, und dieses wenige ist recht dürftig, indem die wichtigsten Bedingungen, unter denen jene vollzogen wurden, oft nicht angegeben sind. Am frühesten tritt für uns diese Art der Anleihe in der Altstadt auf, welche 1304 eine an zwei Wandschneiderbuden haftende Kornhebung einer Bürgersfrau auf Lebenszeit verkaufte.²⁾ Der älteste genauer bekannte Leibrentenvertrag fällt aber erst ins Jahr 1306. Damals kaufte der Bürger Johann von Alveld vom Altstädter Rate für 110 M. eine Rente von 10 M. auf sein Leben und das seines Sohnes, für den, falls er in einen Orden einträte, seine beiden Geschwister in den Genuss des Leibgedinges gelangen sollten.³⁾ Gewährte in diesem Falle der Rat einen

¹⁾ cf. SS. 10 u. 11.

²⁾ A. D. I, 2¹.

³⁾ A. D. I, 2.

Zinsfuss von $9\frac{1}{11}\%$, so kommt ein geringerer — nämlich $8\frac{1}{3}\%$ — in einem Vertrage des nächsten Jahres vor:¹⁾ für 12 M. erwarb der Bürger Drusebant eine Leibrente von 1 M., deren eine Hälfte er seinem Sohne aussetzte; möglicherweise ging auf diesen nach dem Tode des Vaters auch die andre Hälfte über — man könnte das aus dem niedrigen Zinse schliessen —, doch findet sich keine ausdrückliche Bestimmung solchen Inhalts.

Im Zinsbuche der Neustadt sind unter den Ausgaben auch einige Leibrenten in Beträgen von $1\frac{1}{2}$ bis 3 M. aufgeführt, aber ohne dass die Kaufsummen angegeben wären, und die wir nur erwähnen, weil es die ältesten Beispiele für jenes Weichbild sind. Mehr interessirt es uns, wenn der Neustädter Rat 1346 einem Bürger für 50 M. eine 10prozentige Leibrente verkauft, die nach dem Tode des Inhabers zur Hälfte an seinen Sohn weitergezahlt werden soll;²⁾ später wurde dann das Capital auf 70 M. und demgemäss die Rente von 5 auf 7 M. erhöht. Schliesslich sei noch auf einen Vertrag von 1348 hingewiesen, in dem sich derselbe Rat verpflichtete, für empfangene $17\frac{1}{2}$ M. $1\frac{1}{2}$ M. Leibrente, also $8\frac{4}{7}\%$, zu zahlen.³⁾

Was die übrigen Weichbilde angeht, so werden auch sie wohl schon vor 1354 zu dem Mittel der Leibgedingsverkäufe gegriffen haben. Sicher ist dies vom Hagen und Sack, wenn gleich nur durch kümmerliche Spuren. Vom Sacker Rat kaufte 1337 eine Klosterfrau zu Steterburg eine Leibrente von $\frac{1}{2}$ M.,⁴⁾ 1353 vom Hägener Rat ein Ehepaar eine solche von 2 M.; in letzterem Falle ist auch der Kaufpreis bekannt, er betrug 20 M.⁵⁾ Auf den ersten Blick könnte manchem der hier bewilligte Zins, 10% , sehr hoch erscheinen, weil es doch eine Rente auf zwei Leben war; indessen wird dagegen bemerkt werden dürfen, dass es sich ja um Mann und Frau handelte, die wohl ziemlich gleichaltrig waren.

Insofern die Einzelräte aus Weichbildsmitteln Darlehen gewährten und für die Weichbilde Anleihen aufnahmen, kann ihnen durchaus nicht der Vorwurf gemacht werden, sie hätten die ihnen 1269 gelassenen Befugnisse überschritten. Auch die

¹⁾ A. D. I, 3.

²⁾ R. d. N. 81¹.

³⁾ R. d. N. 80.

⁴⁾ S. D. I, 12¹.

⁵⁾ H. D. I, 67¹.

Verwaltung des Weichbildsgrundbesitzes konnten sie ohne Verletzung der damaligen Abmachungen beanspruchen, falls sie nur die Erträge derselben in die gemeine Kasse abführten, was freilich, wie wir sahen, in erheblichem Umfange nicht geschah. Anders aber wird man von einigen Verfügungen der Weichbildsräte denken müssen, welche die wichtigste der dem gemeinen Rate 1269 zugewiesenen Einnahmen berührten, ich meine Schoss-Befreiungen und Ablösungen. So bestimmte 1310 der Hägener Rat, dass eine Baderin für käufliche Überlassung ihres Badstobens an eine andre Person lebenslang schoss- und wachtfrei sein sollte.¹⁾ Gleiche Machtvollkommenheit masste sich der Rat der Altstadt an, als er 1334 eine Bürgerin gegen Zahlung von 4 M. aller Schoss- und Stadtpflicht entband.²⁾ Und hinter den genannten blieb der Rat des Sackes nicht zurück: 1350 gewährte er einem Weichbildsangehörigen die Gnade, er solle von den Schossabgaben nur noch den Vorschoss zu entrichten brauchen.³⁾ Da in keinem dieser Fälle von einer Zustimmung des gemeinen Rates auch nur die geringste Spur zu entdecken ist, obwohl es sich bei jedem derselben um eine Verringerung der ihm 1269 zugesprochenen Einnahmen handelte, so muss es schon hiernach — beweiskräftigeres wird weiter unten noch angeführt werden⁴⁾ — mindestens sehr zweifelhaft erscheinen, ob jener nicht auch in der Verfügung über die Schossaukünfte gewisse Einschränkungen seitens der Weichbildsräte erlitt; freilich nicht von vornherein, wenigstens nicht seitens aller, denn dagegen sprechen die oben ausführlich behandelten Ablösungsverträge von 1295.

Nur ein höchst ungenügendes Bild giebt uns das vorhandene Material über die Ausgaben der Weichbilde, wenn wir von Rückschlüssen, wie sie uns namentlich die Altstädter Rechnungen von 1354 und 1355 gestatten, absehen. Aufwendungen für Kauf von Grundbesitz und ablöslichen Hauszinsen, Auszahlung der wiederkäuflichen und Leib-Renten, sowie weniger Grunderbenzinse, dazu einige Zahlungen an Kleriker, die das Nesutädter Zinsregister aufzählt, und die teils auf Vermächtnissen, teils, wie es scheint, auf altem Herkommen beruhen — diese uns hauptsächlich vor-

¹⁾ H. D. I, 3.

²⁾ A. D. I, 97.

³⁾ S. D. I, 33.

⁴⁾ cf. S. 79.

kommenden Ausgaben machen doch einen nicht gerade grossen Bruchteil der Summen aus, welche die mannigfaltigen Beziehungen und Bedürfnisse der Weichbilde erforderten. Über jenen engen Kreis hören wir genug, aber nur selten erfahren wir etwas über direkte Verwendungen für gemeinnützige Zwecke. Ganz gelegentlich wird in einem Vertrage aus dem Jahre 1302 erwähnt, dass der Rat im Hagen von einem gewissen Kapital 60 M. zum Wiederaufbau des abgebrannten Gewandhauses verbraucht habe.¹⁾ Und wenn im Jahre 1310 der Altstädter Rat die Gemeindeweide um zwei dem Kloster auf dem Rennelberge abgekaufte Morgen vergrösserte,²⁾ so brachte auch diese Ausgabe der Weichbildsbürgerschaft unmittelbaren Nutzen. Nicht nur einem einzelnen Weichbilde, sondern der Gesamtstadt kamen die Aufwendungen zu Gute, welche 1346 die Neustadt im Betrage von über 51 M. für den Stadtmauerbau machte,³⁾ und dahin sind auch die bereits oben berücksichtigten Zahlungen der Weichbildsräte zum Zwecke der Gewinnung von Pfandschlössern zu rechnen. Sonst jedoch könnten hier kaum noch Ausgaben angeführt werden, bei denen das Moment der Befriedigung bestimmter gemeinsamer Bedürfnisse klar hervortritt.

5. Die Finanzverwaltung der Altstadt 1354 und 1355.

Während also dasjenige Material, welches die Weichbildsfinanzverwaltungen in der Zeit von 1269 bis 1354 betrifft, an einer gewissen Einseitigkeit leidet, so fällt dieser Mangel bei den Rechnungen der Altstadt von 1354 und 1355 gänzlich fort. Sie erst gewähren einen vollständigen Überblick über den Haushalt eines Weichbildes, über die sämtlichen Einnahmen und Ausgaben eines solchen, über das Verhältniss jener zu diesen, über die grössere und geringere Wichtigkeit der einzelnen Einnahme- und Ausgabeklassen, wobei freilich zu bemerken ist, dass nicht alle Parteen der Rechnungen im gleichen Grade ins einzelne gehende Angaben enthalten. Wegen der grossen Bedeutung, die nach dem gesagten diesen Altstädter Rechnungen zukommt, werden wir nicht umhin können, uns etwas genauer mit ihnen zu beschäftigen. Eine gesonderte Behandlung derselben muss dabei vermieden werden, einerseits um lästigen

¹⁾ O.-U. der Katharinenkirche im Br. St.-A.

²⁾ O.-U. im Br. St.-A.

³⁾ R. d. N. 16.

Wiederholungen aus dem Wege zu gehen, andererseits um eine Vergleichung entsprechender Teile zu erleichtern.

Unter den mannigfachen Ausgaben, welche, ohne nach sachlichem Prinzip geordnet zu sein, in einem grossen Kapitel vereinigt beide Rechnungen eröffnen, nehmen mit den bedeutendsten Raum die Baukosten im weitesten Sinne des Wortes ein. Um zunächst eine negative Seite dieses Ausgabencomplexes hervorzuheben, so finden wir darin im allgemeinen keine Aufwendungen für erbenzinslich ausgethane Häuser des Weichbildes: die an diesen erforderlichen oder erwünschten Bauten liessen die Inhaber auf ihre eigne Rechnung ausführen und die Summe, um welche dadurch der Wert des Hauses sich erhöhte, stand ihnen, nicht dem Rate, als die „Besserung“ des Hauses zu. Aber trotz dieser Einschränkung war das Gebiet der öffentlichen Bauthätigkeit im Weichbilde ein sehr umfangreiches. Bauliche Ausgaben erforderten das Rathaus und die Häuser, die der Rat einigen seiner Diener zur Wohnung angewiesen hatte; zahlreiche Reparaturen wurden vorgenommen an den dem Weichbilde gehörigen Verkaufsstätten, wie Scharren, Buden, Kramen u. a., Reparaturen und Erneuerungen auch an den Thoren und Bergfriden des Weichbildes, an den Schlagbäumen und Sperrketten; das Pflaster der Strassen und Märkte musste in Ordnung gehalten, die Pflasterung auch auf bisher ungepflasterten Plätzen und Strassen ausgeführt werden, auf Instandhaltung der Uferbauten und Brücken scheint grosse Sorgfalt verwendet zu sein: auf einen Brückenneubau wird sich wohl ein Posten der Rechnung von 1355 beziehen, wonach für die Brücke vor dem Hohentore 24 M. 1 Ferd. verausgabt sind; dieses ist die bedeutendste Ausgabe für Bauzwecke, welche aus den beiden Rechnungen angeführt werden kann. Ferner lag dem Rate auch die Sorge für die Gemeindeweide ob: Tränkvorrichtungen für das Vieh waren zu schaffen, und Umzäunungen herzustellen und zu erhalten, in die dasselbe Nachts eingeschlossen wurde. Wenn wir schliesslich noch betonen, dass die vortrefflichen Anlagen, die das Weichbild zur Versorgung seiner Bürger mit gutem Wasser hergerichtet hatte,¹⁾ eines grossen Kostenaufwandes bedurften, so haben wir das wichtigste hier in Betracht kommende erwähnt; nur darauf sei noch hingewiesen, dass mehrfach Ausgaben für verschiedenes Baumaterial genannt werden ohne Anführung eines

¹⁾ cf. Dürre S. 657 und 658.

bestimmten Verwendungsfalls. Wahrscheinlich wird man diese Posten aus dem in spätern Rechnungen ganz klar hervortretenden Bestreben des Rates, sich grössere Vorräte solcher Materialien aufzustapeln, erklären müssen.

Als einen der vielen Zweige des Weichbildsbauwesens lernten wir eben die Pflasterung der Strassen und öffentlichen Plätze kennen. Natürlich konnte diese ihren Zweck nur dann voll und ganz erfüllen, wenn der Rat auch für eine regelmässige Reinigung der Strassen und Märkte Sorge trug. So finden wir denn in jenem grossen Kapitel der beiden Rechnungen auch zahlreiche Ausgaben für Zusammenkehren und Abfahren des Strassenschmutzes, deren höchste 23 Schill. beträgt. Zwei derartige Ausgaben scheinen in damaliger Zeit in der Altstadt regelmässig zu Ostern, Johannis, Michaelis und Weihnachten sich eingestellt zu haben: je 6 Schill. wurden an diesen Terminen für Säuberung des Marktes, je 3 Schill. für Zusammenschaffung des Schmutzes bei der St. Ulricikirche gezahlt. Man darf wohl vermuten, dass die letztgenannten Posten der Vierteljahrslohn für die Ausführung jener Reinigungsarbeiten waren; schon damals also hätte die Altstadt auf die Dauer Strassenkehrer in ihrem Dienste gehabt, obwohl solche noch nicht ausdrücklich genannt werden.

Wenn wir damit zu den Zahlungen des Rates an sein Gesinde übergehen, so treffen wir auch hier bereits auf sehr ausgebildete und, wie es scheint, ziemlich festgewurzelte Zustände. Sehr zahlreich war vor allem das Wächterpersonal. Für jedes der drei Thore des Weichbildes war ein besonderer Wächter angestellt: 1354 und 1355 erhielt der eine derselben zu Ostern, Johannis, Michaelis und Weihnachten je 15 Schill., die andern beiden je 10 Schill. Ausserdem werden „Kurwächter“ genannt: Ostern und Weihnachten kommen deren je zwei vor, die beide Male zusammen 10 Schill. erhalten, Johannis und Michaelis nur einer, dem an diesen Terminen je $4\frac{1}{2}$ Schill. gezahlt werden. Die Kurwächter standen über den einfachen Nachtwächtern, in denen wir wohl die fünf „Kettenschliesser“, d. h. Schliesser der Strassensperrketten zu sehen haben; sie bekamen nach unsern Rechnungen vierteljährlich zusammen 1 Pfd. Ausser diesen regelmässig gezahlten Wächterlöhnen finden sich häufig auch vereinzelt auftretende Ausgaben für Wachtdienst bei besondern Gelegenheiten. — Alle Vierteljahre wurde ferner dem Weinmeister, dem Vorsteher des Weichbildsweingartens, Lohn gezahlt, jedes

Mal 7 Schill.; dazu erhielt er ungefähr 10 Lot jährlich für seine Kleidung und für aussergewöhnliche Dienstleistungen besondere Gratificationen. Keinen Vierteljahrssold zahlte man den Bauermeistern, den eigentlichen Exekutivbeamten des Rates, deren es später in der Altstadt vier gab. Sie empfingen an Kleidungsgeldern 1354 wie 1355 zusammen 7 Ferd.; ihre Haupteinnahme aber bildeten die sogenannten „Freitagspfennige“, deren Betrag in jenen beiden Jahren zwischen 3 und 4 Pfd. schwankt. Für ihre Thätigkeit bei der Zins- und Schosserhebung wurden sie besonders bezahlt und gelegentlich des Ratswechsels erhielten sie 22 Schill. In späterer Zeit wurde auch für sie ein fester Lohnsatz eingeführt. — Von andern Ratsdienern sind noch zu erwähnen der Henker, dem man freie Wohnung und halbjährlich 7 Schill. gab, der Büttel, gleichfalls in einem Hause des Rates wohnend und 3 Ferd. 1 Lot als Beihilfe für seine Kleidung empfangend, der Knecht des Büttels, dem im ganzen 1 Pfd. das Jahr über für seine Kleidung und Schuhwerk gezahlt wurde, die Ratsfischer und der Koch, welch' letztere keine festen Einnahmen bezogen zu haben scheinen. Nicht eigentlich zur Dienerschaft des Rates darf man den Opfermann der St. Martinikirche rechnen; ihm lag es ob, bei Eintritt der Nacht die Wächterglocke zu läuten,¹⁾ eine Dienstleistung, die ihm halbjährlich mit 3 Schill. vergütet wurde. Vereinzelte Zahlungen an den Schreiber sind so geringfügig, dass sie hier übergangen werden können; einen eigenen Schreiber hat demnach die Altstadt kaum gehabt.

Ausgaben an fremdes Gesinde erwuchsen dem Rate der Altstadt bei gleichen Gelegenheiten, wie, nach dem Bruchstücke von 1331, dem gemeinen Rate. Recht häufig kam er in die Lage an Boten befreundeter Herren, welche von diesen Geschenke überbrachten, Trinkgelder zahlen zu müssen, in Posten von 1 bis 7 Schill. Immer bestanden diese Geschenke in Wildpret, und jedes Mal liess sich der Rat dasselbe auf Kosten des Weichbildes zubereiten, was Ausgaben von 6 bis 12 Schill. verursachte. Doch waren dies nicht die einzigen und nicht die teuersten Mahlzeiten, bei denen der Rat die öffentlichen Mittel in Anspruch nahm. Alljährlich tafelte er am ersten der beiden grossen St. Autorsfeste und verbrauchte 1354 4 Pfd. 14 Schill., 1355 sogar 5 Pfd. 4 Schill. dafür. Ferner kostete die Mahlzeit des Rates zur Schosszeit in jenem Jahre 8 $\frac{1}{2}$ Pfd., in diesem 9 Pfd. 6 Schill.;

¹⁾ cf. Dürre S. 652.

auch die Ratsumsetzung wurde mit einer grossen Schlemmerei begangen: hierfür wurden 1354 sammt 30 Schill. Lohn für den Koch nahe an 16 Pfd., 1355 15 Pfd. verausgabt.

Hier muss auch gleich die Sitte des Umsendens von Geschenken durch den Rat zu verschiedenen Zeiten erwähnt werden, denn auch sie kam fast ganz ausschliesslich den Ratsgeschlechtern zu Gute. Zwei Mal im Jahre wurden Fische umgesandt, im ganzen für ungefähr $2\frac{1}{2}$ Pfd., ausserdem ein Mal Weintrauben aus dem Weingarten des Rates, wofür der Weinmeister ein Trinkgeld erhielt. Überhaupt wird man von den mannigfachen Aufwendungen für den Weingarten sagen müssen, dass sie hauptsächlich im Interesse der Ratsfamilien gemacht wurden. Das schlimmste aber ward am grünen Donnerstag geleistet: an diesem Tage wurden 1354 4 Pfd. 6 Schill., 1355 5 Pfd. 6 Schill. verbraucht und zwar ganz oder zum grössten Teil, wie wir aus spätern Rechnungen schliessen, für umgesandte Geschenke.

Absichtlich sind wir auf diese Ausgaben etwas näher eingegangen, um zu zeigen, wie teuer dem Weichbilde seine „ehrenamtliche“ Verwaltung zu stehen kam. Und kaum wird der Rat auf die geschilderte Weise allein sich Vorteile aus den öffentlichen Mitteln verschafft haben, wenn wir auch andre so grobe Missbräuche nicht mehr nachweisen können. Dass die übrigen Weichbildsräte in diesen Zeiten selbstloser ihre Stellung aufgefasst hätten, ist nicht anzunehmen; das Beispiel, welches ihnen der mächtige Altstädter Rat gab, wird von ihnen sicherlich, wenn auch in bescheidenerem Massstabe, nicht unbefolgt geblieben sein. Erst die Reform am Ende des Jahrhunderts beseitigte die ärgsten Auswüchse jenes Unwesens; den Aufstand von 1374 haben dieselben — die meisten wenigstens gewiss — noch geraume Zeit überdauert.¹⁾

Weit geringfügiger als die eben besprochenen Aufwendungen waren diejenigen, welche zwar auch im Interesse des Rates gemacht wurden, aber doch nicht missbräuchliche und verschwenderische genannt werden können. Es gehören dahin die Kosten für Heizung und Beleuchtung der Ratsdorntze. Unter den wenigen Ausgaben für jene findet sich die bedeutendste in der Rechnung von 1355: 3 Pfd. 4 Schill. für Brennholz; für

¹⁾ Das geht aus den spätern Altstädter Rechnungen hervor. cf. auch Chron. VI. S. 158.

Beleuchtung wurden sogar in beiden Jahren nur je 7 Schill. verbraucht.

Im Anschluss hieran mögen noch einige andere Verwaltungskosten Erwähnung finden. In beiden Rechnungen sind kleine Summen aufgeführt als verwendet zur Anschaffung von „Bleizeichen“, die behufs der Erleichterung des Verzollungsgeschäftes im Gebrauch waren,¹⁾ und von sogenannten „Zeicheneisen“, mit denen den Maassen und Gewichtsstücken das Zeichen der Stadt aufgeprägt wurde.²⁾ Jede der Rechnungen enthält schliesslich eine Ausgabe von 9 Schill. für Siegelwachs.

Bedenkt man, dass zu den Obliegenheiten des Altstädter Rates, wie wir ja sahen, die Verwaltung der Gemeindeweide gehörte, so wird man sich kaum darüber wundern, dass es auch als eine seiner Aufgaben erscheint, Zuchteber und Zuchtstiere zu halten. Da er jedoch keine Ställe besass, so gab er jene bei einigen Bürgern in Futter und Stallung. Sowohl 1354 als 1355 wurden aus Weichbildsmitteln halbjährlich je $5\frac{1}{2}$ Schill. für Unterhaltung eines Zuchtebers gezahlt; was die Zuchtstiere angeht — denn deren scheint es mehrere in der Altstadt gegeben zu haben — so erhielten Ostern 1354 drei Bürger für Unterbringung und Pflege von solchen 6, beziehungsweise $3\frac{1}{2}$ und 3 Schill.; 1355 wurden für denselben Zweck zu verschiedenen Zeiten 5 und 3 Schill. verausgabt und für den Preis von 1 Pfd. ein neuer Zuchtstier gekauft.

Aber nicht nur der Viehzucht, sondern auch der Fischzucht widmete der Rat seine Sorge. Der Rechnung von 1354 zufolge setzte er für $2\frac{1}{2}$ Pfd. Fische aus; vorher schon ist in derselben Rechnung eine gleiche Ausgabe von 1 M. 3 Lot verzeichnet, doch ist dieser Posten wieder durchgestrichen.

Eine geregelte öffentliche Armenpflege war in der Zeit, von der wir hier sprechen, in Braunschweig unbekannt.³⁾ Wie der gemeine Rat, so beschränkte sich der der Altstadt in dieser Hinsicht darauf, an gewissen Festtagen kleinere Summen „ad stipam“ zu verwilligen. Zu solchem Zwecke wandte er 1354 und 1355 am St. Petrustage 8 Schill. auf und ausserdem beim Feste der Kreuzerhöhung in jenem Jahre 12, in diesem 9 Schill.

¹⁾ Br. U.-B. I, 90, 384 und 385.

²⁾ Br. U.-B. I, 152 (cap. xiiij) und 164 (cap. lxxvj).

³⁾ Überhaupt war wohl in den deutschen Städten des Mittelalters von öffentlicher Armenpflege in unserm Sinne keine Rede, cf. Chron. Bd. I. S. 292 und Hänselmann, Werkstücke Bd. II. S. 252—254.

Aber die wenigen Almosenausgaben waren nur ein kleiner Bruchteil aller der Kosten, welche dem Weichbilde aus den zahlreichen in der Stadt gefeierten kirchlichen Festen erwuchsen. Die gelegentlich derselben veranstalteten Ratsgelage und Beschenkungen der Ratsfamilien wurden schon besprochen. Dazu gesellen sich dann die Ausgaben beim zweiten grossen Autorsfeste: 1354 wurden 8 Schill. für die dem heiligen Autor gewidmete Kerze verwendet; und 5 Schill. gab man 1354 wie 1355 den Minderbrüdern zur Belohnung für ihre Teilnahme an der auf diesen Tag abgehaltenen Prozession. Dieselben erhielten gleichfalls in beiden Jahren gelegentlich ihres Kirchweihfestes aus Weichbildsmitteln ein Geschenk im Betrage von 1 M. 10 Schill. Mit je 5 Schill. pflegte am Feste der heiligen elftausend Jungfrauen und an dem der heiligen Elisabeth der Pfarrer der Martinikirche vom Altstädter Rate bedacht zu werden, der zwei Gartenzinse dazu ausgesetzt hatte. Noch im Jahre 1402 finden sich diese beiden Posten unter den regelmässigen Ausgaben des Weichbildes.

Viele andere Zahlungen des letztern an Cleriker beruhten auf den mannigfaltigsten Verpflichtungen. Eine sehr merkwürdige Ausgabe bildeten die „denarii synodales“ d. h. die „Sendpfennige“, welche bei Abhaltung des geistlichen Sendgerichts¹⁾ dem Sendpriester gezahlt werden mussten. Die Altstadt war, wie wir aus spätern Rechnungen sehen, verpflichtet, alljährlich 8 Schill. Sendpfennige zu zahlen und hat dies auch 1355 gethan. 1354 jedoch ist ein solcher Posten nicht eingetragen, wofür die Rechnung von 1355 eine Erklärung giebt: wir ersehen aus ihr, dass das Weichbild in diesem Jahre dem Sendrichter, dem hildesheimischen Archidiakonus, 7 M. $\frac{1}{2}$ Ferd. auszahlte „pro denariis sinodalibus retentis“. Es wird hier das Ende eines Zwistes bezeichnet, wie er sich über die Sendpfennige häufiger erhoben zu haben scheint. In dem oft genannten Zinsbuch der Neustadt nämlich, welches Weichbild jährlich 6 Schill. Sendpfennige in den Fasten entrichtete, bemerkt ein Nachtrag: „Anno 1354 heischten der Archidiakon und der Sendherr 6 Schill. Sendpfennige zu Michaelis und hatten kein Recht dazu, was ihnen auch bewiesen ward.“ In diesem Falle hatten also die geistlichen Herren das doppelte von dem ihnen zukommenden verlangt.

Eine ganze Anzahl zum Teil recht beträchtlicher Ausgaben legte dem Altstädter Rate die Ausführung frommer Stiftungen

¹⁾ cf. Dürre S. 371—373.

auf. Im Jahre 1311 hatte er selbst den Annenaltar in der Martinikirche fundirt und musste in Folge dessen alljährlich, auch 1354 und 1355, dem Pfarrherrn zu St. Martini 7 Pfd. zahlen: gewisse Erben-, Garten- und Wortzinse wurden nach den Zinsbüchern der Altstadt dazu verwendet. Schon sieben Jahre vorher hatte ferner dieses Weichbild gegen eine Zahlung von 77 M. die allerdings ablösbare Verpflichtung übernommen, jährlich 7 Pf. für Messelesen an dem von einem Bürger in derselben Kirche gestifteten Altare auszugeben;¹⁾ auch diesen Posten können wir in unsern Rechnungen nachweisen. Ausserdem erhielt der Pfarrer von St. Martini vom Rate zwei Mal jährlich 7 Schill., und zwei Mal $3\frac{1}{2}$ Schill. Seine Gegenleistung für die $3\frac{1}{2}$ Schill. bestand in der Abhaltung einer Gedächtnissfeier für einen ehemaligen Pfarrherrn; wahrscheinlich hatte derselbe vom Altstädter Rate jene Rente zu dem erwähnten Zwecke gekauft. Ähnlich mochte es sich auch mit der erstgenannten Rente verhalten. In den Zinsbüchern des Weichbildes finden wir beide unter dem Titel „Altarzins der St. Paulscapelle“ vereinigt und auf zwei Gartenzinse von 9, bzw. 12 Schill. angewiesen. Schliesslich treffen wir sowohl 1354 als 1355, später aber nicht mehr, eine zwei Mal im Jahre zu Gunsten des Priesters der St. Michaeliskirche gemachte Ausgabe von 5 Schill. an, über die genaueres nicht bekannt ist.

Clerikern flossen wohl auch die 22 Schill. Zehntpfennige („denarii decimales“) zu, welche im ersten Ausgabekapitel beider Rechnungen verzeichnet sind. Sicherlich haftete die hier sich zeigende Verpflichtung an irgend welchen im Besitz des Weichbildes befindlichen Grundstücken. Auch später noch hat die Altstadt Zehntpfennige zu zahlen,²⁾ doch kehrt dieselbe Summe nicht wieder. Unveränderlich dagegen erhielt sich bis ins 15. Jahrhundert hinein ein Grundzins im Betrage von 1 Pfd., welchen das Weichbild von der sogenannten „Merteningehufe“ dem Pfarrer zu St. Martini zu geben hatte.

Als Bestandteil jenes grossen Ausgabekapitels am Anfange beider Rechnungen kommt endlich noch eine Anzahl von Posten in Betracht, die sich zwar nicht um grosse Summen drehen, aber trotzdem hohes Interesse beanspruchen: es sind Zahlungen

¹⁾ cf. A. D. I, 2¹, S. 64.

²⁾ cf. das Zinsbuch von 1402.

an die Vögte, deren es in dieser und in späterer Zeit in Braunschweig zwei gab,¹⁾ und die ihr Amt von den Pfandinhabern der Vogtei in Pacht hatten.²⁾ Zu ihren Aufgaben gehörte es, dass immer einer von ihnen das Ehteding zu hegen hatte. Letzteres wurde um 1354 wohl schon in allen Weichbilden, jedenfalls aber in der Altstadt, zwei Mal im Jahre, kurz nach Ostern und kurz nach Michaelis, abgehalten:³⁾ unsern Rechnungen zufolge zahlte der Altstädter Rat damals für jedes Ehteding dem vorsitzenden Vogt 6 Schill. Eine andere Einnahme der Vögte bildeten die „Friedepfennige“, welche sie gelegentlich von Grundbesitzauflassungen erhielten.⁴⁾ Ihnen stand nämlich in erster Linie die Gültigkeitserklärung derselben zu. An solchen Friedepfennigen wurden aus der Altstädter Kasse 1354 dem einen der Vögte 5 Schill., dem andern 2½ Schill., 1355 beiden zusammen 5 Schill. gegeben. Friedepfennige waren allem Anschein nach auch die 10 Schill., welche die Vögte 1355 von der Altstadt „pro trutina“ d. h. die Wage, das Wagehaus empfangen;⁵⁾ indessen ist in diesem Falle das Sachverhältniss zu wenig bekannt, als dass man mit Gewissheit urteilen könnte. Schliesslich kommen in unsern Rechnungen noch drei Posten vor, die der Altstädter Rat den Vögten als ihren Anteil an den für verbotenes Würfelspiel auf gekommenen Straf geldern auszahlte. Den bedeutendsten derselben, 1 Pfd., erhielten beide Vögte zusammen, während bezüglich der übrigen nur je ein Vogt als Empfänger genannt wird. In den spätern Rechnungen und Zinsbüchern der Altstadt ist von Zahlungen an die Vögte nie mehr die Rede.

Was die Gesamtsumme aller bisher besprochenen Ausgaben des Weichbildes angeht, so betrug dieselbe 1354 149 M. 2 Ferd. 1 Lot oder 27,7% sämtlicher während dieses Jahres gemachten Ausgaben der Altstadt, 1355 dagegen 163 M. 2½ Ferd. oder 43% sämtlicher Ausgaben. Man sieht also, wie relativ genommen der eben behandelte Complex in der jüngeren

¹⁾ Br. U.-B. I, 159 (cap. xlvj).

²⁾ Obwohl also diese Vögte jetzt de facto städtische waren, so wurden sie doch noch — offenbar, weil nur ein Pfandverhältniss bestand, — herzogliche genannt. So heisst es in einem Verträge von 1354 (I. G. fol. 9 § 2): „de rad heft gedhegedinget mid den vōgheden user herren van Brunswich“ etc. — Zur Verpachtung der Vogtei cf. S. 81.

³⁾ Br. U.-B. I, 176 (cap. cxix) und 179 (cap. cxxxj).

⁴⁾ Br. U.-B. I, 7, § 64.

⁵⁾ cf. S. 87.

Rechnung eine weit bedeutendere Stellung einnimmt als in der ältern. Der Grund dieser Änderung wird uns bald klar vor die Augen treten.

Wenig umfangreich ist in unsern beiden Altstädter Rechnungen das Kapitel der Leibrenten. Es sind hier nämlich nicht, wie es später zu geschehen pflegt, die Rentenzahlungen einzeln aufgeführt, sondern wir ersehen nur, welchen Betrag an Leibgedingen im ganzen an jedem der üblichen Zahlungstermine, Ostern, Pfingsten, Michaelis, Martini — 1355 kommt noch Johannis dazu — das Weichbild entrichten musste. Im Jahre 1354 wurde die geringste Summe, $2\frac{1}{2}$ M., Pfingsten verausgabt, die höchste, $1\frac{1}{2}$ Ferd. über 35 M., Michaelis; 1355 die geringste, $\frac{1}{2}$ M., zu Johannis, die höchste, den gleichen Betrag wie im Vorjahre erreichend, wiederum zu Michaelis. In der Gesamtsumme der bezahlten Leibgedinge zeigt sich für 1355 ein geringes Wachsen gegen 1354: denn in diesem Jahre betrug sie 71 M. 1 Ferd., in jenem 75 M. 1 Ferd. Von der Summe sämtlicher Ausgaben entfielen 1354 auf die Leibrenten 13,2%, 1355 dagegen 19,6%. Auch hier haben wir also die Erscheinung, welche uns schon beim ersten Ausgabekapitel auffiel. Beiläufig mag darauf hingewiesen werden, dass im Jahre 1398, aus dem zuerst die Leibrentenzahlungen aller fünf Weichbilde ihrer Höhe nach bekannt sind, die Altstadt rund 52 M., der Hagen 46 M., die Neustadt 30 M., die Altewik 13 M., der Sack 6 M. dafür aufwenden musste.¹⁾

Das dritte und letzte Ausgabenkapitel giebt vornehmlich über die Summen Auskunft, welche die Altstadt 1354 und 1355 beim Ankauf von Hauszinsen — wie es scheint, ablöslichen — verbraucht hat. Es handelt sich dabei, wenn wir gleich beide Jahre zusammenfassen, um Renten von 1 bis 3 M., um Kapitalien von 12 bis 45 M.; der am häufigsten vorkommende Zinsfuß ist $6\frac{2}{3}\%$, der höchste $8\frac{1}{3}\%$, der niedrigste $6\frac{1}{4}\%$. Ausser diesen Hauszinsenerwerbungen haben noch einige wenige andre Posten in unserm Kapitel Platz gefunden: so wurden, wie schon erwähnt, 1354 5 M. Bierzoll für 50 M. gekauft. Sehr auffällig ist es, dass fast alle diese Geschäfte — nur hinsichtlich weniger kann man ungewiss sein — vom Altstädter Rate mit Altstädter Patriciern abgeschlossen sind. Im ganzen verwendete man für die genannten Zwecke 1354 $317\frac{1}{2}$ M., nahe an 60% der

¹⁾ Zinsbuch aller fünf Weichbilde von 1398.

gesamten Ausgaben, 1355 nur 144 M. oder 37,4% sämtlicher Ausgaben. Für das letztere Jahr ist also hinsichtlich dieser Rubrik eine ganz bedeutende Einschränkung zu erkennen. Dieselbe hatte die nicht zu unterschätzende Folge, dass, obwohl im übrigen die Ansprüche an die Weichbildskasse, freilich nur gering, wuchsen, doch die Gesamtsumme der Ausgaben von rund 538 M. im Jahre 1354 auf rund 382 M. im nächsten Jahre fiel.

Mit den soeben geschilderten Zinsankäufen steht im engsten Zusammenhange eins der drei Einnahmekapitel. Schon äusserlich findet dieser Zusammenhang den entschiedensten Ausdruck: in jeder der beiden Rechnungen geht das betreffende Kapitel dem Verzeichniss jener Erwerbungen unmittelbar voraus. Um die für letztere erforderlichen Summen in baarem Gelde bereit zu haben, musste der Altstädter Rat zu dem Mittel greifen, Renten zu verkaufen. Der so gewonnene Erlös bildet den Hauptinhalt der in Rede stehenden Einnahmerubrik. Gegenstände dieser Rentenverkäufe waren meist Hauszinse, wie wir aus dem Zusatze „de domo“ ersehen können, in einigen Fällen auch Leibrenten, was namentlich dann vermutet werden darf, wenn jener Zusatz fehlt, und Personen geistlichen Standes als Käufer genannt werden. Weder bei den Hauszins- noch bei den Leibgedingsverkäufen ist der Betrag der Renten aufgeführt, und nur für einen der ersten kann man ihn anderweitig erfahren. Nur in diesem einen Falle ist man auch im Stande, den Charakter des Hauszinses anzugeben: er ist als Erbenwortzins bezeichnet. Die Gesamtsumme der beschriebenen Einnahmen betrug 1354 339½ M., das sind 51,5% aller Jahreseinkünfte, während die einzelnen Posten sich zwischen den Grenzwerten 2 M. und 70 M. hielten. Indem aber damals nur für 317½ M. Renten gekauft wurden, blieb ein Überschuss von 22 M., der in der entsprechenden Rubrik von 1355 den Hauptposten bildet. Der kleinste Posten in dieser erreicht eine Höhe von 4 M., die Gesamtsumme eine solche von 99 M. oder 25% der ganzen Jahreseinnahme. Da nun im letztgenannten Jahre für Rentenkäufe 144 M. aufgewandt wurden, so mussten zu solchem Zwecke auch noch andre Einnahmen herangezogen werden.

Doch was veranlasste den Altstädter Rat zu einer derartigen Finanzoperation, wie sie sich 1354 und 1355 in den Kapiteln der Rentenverkäufe und Rentenerwerbungen darstellt? Erwuchs etwa dem Gemeinwesen pecuniärer Nutzen daraus? Doch wohl

kaum; denn nichts spricht dafür, dass die Kapitalien, welche durch den Hauszinsverkauf frei wurden, vorteilhafter oder sicherer angelegt worden wären, und geradezu unerklärlich erscheint es, wenigstens auf den ersten Blick, weshalb man sogar Leibgedinge verkaufte, das heisst hoch zu verzinsende Anleihen machte, um für die Kaufsummen Hypotheken zu erwerben. Dem Weichbilde war also mit dieser Operation schwerlich gedient und doch wäre es thöricht, in ihr eine absichtslose Spielerei erblicken zu wollen, zumal da sich uns ein wichtiger Anhalt zur bessern Erklärung darbietet. Wie wir oben betonten, hatte der Rat die neuerworbenen Hypotheken fast ausschliesslich von Angehörigen der Geschlechter gekauft.¹⁾ Sicherlich sassen manche von diesen selber in dem ein durchaus aristokratisches Gepräge tragenden Rate der Altstadt oder waren wenigstens mit Mitgliedern desselben verwandt. Bedenkt man nun, in wie hohem Masse sich die Ratsherrn bei der Verwaltung ihres Amtes von Selbstsucht leiten liessen — sehr starke Äusserungen derselben hatten wir ja schon früher kennen gelernt²⁾ —, so wird man es nicht für unwahrscheinlich halten, dass jene damals bei eignen oder ihrer Verwandten Geldverlegenheiten mit Benutzung des Weichbildsvermögens und des Weichbildscredits entweder Hypothekenanleihen selber aufnahmen oder solche gewährten. Durch diese Auffassung räumt man einerseits die oben zu Tage getretenen Schwierigkeiten in dieser Angelegenheit aus dem Wege, andererseits gewinnt man so einen neuen Einblick in den Geist, der in damaliger Zeit die Altstädter Finanzverwaltung durchdrang.

Als den Grundstock der Einnahmen der Altstadt wird man ihre Zinsaufkünfte anzusehen haben: hinsichtlich der Höhe ihrer recht bedeutenden Erträge waren sie im allgemeinen nur geringen Schwankungen unterworfen und so gut wie gar nicht vom Zufall abhängig. Es gehören dahin alle die vorerwähnten Zinse, welche ein Weichbild einnehmen konnte. In den Rechnungen von 1354 und 1355 ist ihnen die Gesamtbezeichnung „census de tabulis“ — nach den Tafeln, auf denen sie von den Bezahlenden niedergelegt wurden — gegeben, und ein gemeinschaftliches Kapitel eingeräumt. Hier sind die Zinse weder nach ihren Arten noch nach den einzelnen Posten gesondert, wir erfahren nur, wie grosse Summen an jedem der beiden hierfür üblichen Zahlungs-

¹⁾ cf. S. 76.

²⁾ cf. S. 70 f.

termine, Ostern und Michaelis, einkommen, und daran schliesst sich noch die Angabe des jährlichen Gesamtertrages. Sowohl 1354 als 1355 erreicht die Michaelissumme eine — freilich nur wenig — grössere Höhe als die Ostersumme; was die Jahressumme angeht, so beträgt dieselbe in dem ersten der beiden Jahre 258 M. 3 Ferd. $\frac{1}{2}$ Lot, 39,3% aller Einnahmen, in dem zweiten 262 M. 3 Ferd. 1 Lot, nicht weniger als 69,1% der Gesamtaufkünfte. Die veränderte Stellung, die hiernach die Zinseinnahmen des Weichbildes in der jüngern Rechnung gegenüber der ältern inne haben, beruht vor allem auf der wesentlichen Verringerung der Rentenverkäufe: der grosse Umfang der letztern im Jahre 1354 drängte die Erträge an census de tabulis in ungebührlicher Weise in den Hintergrund.

Das dritte Einnahmekapitel, welches sich in beiden Rechnungen zu den bis jetzt besprochenen gesellt, schliesst 1354 mit einer Summe von $60\frac{1}{2}$ M., 1355 mit einer solchen von 33 M. ab. Diese Beträge machen 9,2%, beziehungsweise 5,9% der Gesamteinkünfte aus. Indessen wird die verhältnissmässige Geringfügigkeit dieser Summen aufgewogen durch die Reichhaltigkeit des Inhalts jener Rubrik: sie bildet nämlich ein Seitenstück zu dem umfangreichen Ausgabekapitel; wie sich hier ein Gemisch der verschiedenartigsten Ausgaben vorfindet, so sind dort sehr mannigfaltige Einnahmen äusserlich vereinigt. Über eine Anzahl von ihnen und zwar nicht die unbedeutendsten ist leider nichts sicheres zu ergründen, da uns nur mitgeteilt wird, wer die betreffenden Summen dem Weichbilde gezahlt hat, nicht aber auch, aus welchem Grunde. Die näher bekannten Posten unsres Mischkapitels können wir in mehrere Klassen zerlegen, von denen aber verschiedene nur sehr schwach vertreten sind. Es genügt daher, aus letztern das wichtigste zu erwähnen. 1354 wurde eine grössere Summe, 7 M., für verkaufte Getreide vereinnahmt, sowie ein Mühlenzins im Betrage von 1 Pfd., während 1355 die erste Rate der im Vorjahre erworbenen Bierzollrente mit 5 M. eingetragen ist. In beiden Jahren floss der Altstadt nachträglich gezahlter Schoss, sogenannter „Nachschoss“ zu: 1354 beliefen sich diese Nachschosszahlungen auf 6 M. $\frac{1}{2}$ Ferd., 1355 auf $5\frac{1}{2}$ M. Wiederum haben wir darin einen Beleg für das Nichtinnehalten der Einigung von 1269: da dem gemeinen Rate der Schoss zugesprochen war, so musste folgerichtiger Weise er auch den Nachschoss erhalten, der also eigentlich unter Altstädter Einnahmen nicht vorkommen

dürfte, aber noch um 1390 unter ihnen aufgeführt ist. Erst die grosse Reform machte dem geschilderten Missbrauch ein Ende.¹⁾

Ziemlich viel Raum nehmen in der in Rede stehenden Rubrik die Abgaben ein, welche dem Weichbilde von den verschiedensten Handwerkern, Handel- und Gewerbetreibenden entrichtet wurden. Zumeist handelte es sich dabei um Abgaben von Verkaufs-Ständen und Stätten auf dem Altstadtmarkte oder dem sich an diesen anschliessenden Martinikirchhofe. Solche Stätten- und Ständegelder zahlten Leinwandschneider, Altflicker, Bäcker und Fischer, ferner die Inhaber der Kohlbänke, die auf dem Kirchhofe sitzenden Kleiderseller und die Händler, welche gesalzenen Fisch gleich aus den Tonnen verkauften, schliesslich auch noch andre nicht näher bezeichnete Verkäufer. Die hieraus sich ergebende Gesamteinnahme betrug sowohl 1354 als 1355 etwas über 5 Pfd. In den spätern Rechnungen und Zinsbüchern der Altstadt begegnet uns für diese Erträge die zusammenfassende Bezeichnung „Marktpfennige“,²⁾ indessen sind die Zahlungen der Leinwandschneider dort gewöhnlich in einem eignen Kapitel anzutreffen. In den übrigen Weichbildern Braunschweigs lassen sich die Marktpfennige nicht nachweisen.

Ein andrer Charakter als der des Stättegeldes ist wahrscheinlich zwei Zahlungen im Betrage von 1 M. minus 14 Pfenn. und 2 M. minus 3 Schill. eigen, deren erstre die Schuhmachermeister 1354, deren letztre sie 1355 dem Rate leisteten. Von jenen Marktabgaben sind sie äusserlich streng getrennt, und ferner spricht auch der grosse Unterschied in der Höhe der beiden Posten dagegen, dass man es hier mit Stättegeldern zu thun hat. Vielleicht trifft man das richtige, wenn man jene für Gildeabgaben erklärt. So wissen wir aus einer Eintragung im Altstädter Degedingbuche zum Jahre 1329, dass dem Rate ein Viertel der Gebühren zustand, die jeder Schuhmachermeister bei seiner Aufnahme in die Gilde zu zahlen hatte.³⁾ Auch von andern

¹⁾ cf. Chron. VI, S. 152 und 153.

²⁾ Ob die Marktpfennige ein Teil des Marktzolles oder gar der ganze Marktzoll sind, von dessen Verpfändung an die gemeine Stadt wir zuerst 1412 (Chron. VI, S. 194 und 195) hören, erscheint sehr fraglich. Dürre S. 321 und 322 nimmt es an, doch widerspricht dem vor allem, dass in keinem der übrigen Weichbilde eine derartige Abgabe wie in der Altstadt erhoben wurde.

³⁾ A. D. I, 72¹.

Gildeabgaben hören wir,¹⁾ welche, obwohl sie uns nicht gerade für die Schuhmacher bezeugt sind, doch auch von diesen wohl entrichtet werden mussten. Insofern scheint unsre Annahme also gut begründet, doch ist sie deshalb nicht ganz einwandfrei, weil von Zahlungen andrer Gilden an den Rat der Altstadt in beiden Rechnungen keine Spur gefunden werden kann. Aber immerhin mag daran der Zufall schuld sein.

Es war gelegentlich der Besprechung der Ausgaben an die Vögte schon auf die Verpachtung der Vogtei hingewiesen. Aus unserm Kapitel geht nun hervor, dass in den hier in Betracht kommenden beiden Jahren ein Teil der Pachtsumme der Altstadt zufluss. 1354 erhielt sie von dem einen der zwei Vögte, Heinrich von Poleda, für die Vogtei 6 M. zu Ostern und 6 M. zu Michaelis, höchstwahrscheinlich den ganzen Pachtzins, welchen jener zu zahlen hatte. Denn, wie uns Notizen im 1. Gedenkbuche lehren, nahm 1356 Hans von Kissenbrücke²⁾ und 1363 Konrad Backermann³⁾ vom gemeinen Rate die Vogtei auf ein Jahr für 12 M. in Pacht, so dass also die eben aufgestellte Vermutung gewichtiger Unterstützung nicht entbehrt. Wollte man aber aus jener Angabe in der Rechnung von 1354 den Schluss ziehen, in jener Zeit sei regelmässig die Pachtsumme des einen Vogts an die Altstadt gefallen, habe letzterer die Verfügung über die eine der beiden Vogteistellen zugestanden, — damit könnte dann sehr gut in Einklang gebracht werden, dass beide oben angezogenen Verpachtungen des gemeinen Rates sich nur um eine Vogteistelle drehen —, so würde man auf eine grosse Schwierigkeit stossen: 1355 bekommt jenes Weichbild vom gesammten Vogteizins nur 4 M., die ihm zu Ostern derselbe Heinrich von Poleda zahlt. Leider lässt sich nicht angeben, welche Ursache eine so bedeutende Verringerung dieser Einnahme im letztgenannten Jahre bewirkte; man muss sich damit begnügen, die nackte Thatsache der Verringerung zu constatiren. Dazu zwingt uns vor allem das mangelhafte Material: denn die beiden Stellen der Altstädter Rechnungen von 1354 und 1355 sind die einzigen, welche von Pachtzahlungen eines Vogts an eine Weichbildskasse zeugen.

Als letzten wesentlichen Bestandteil der Mischrubrik haben wir die von der Altstadt aufgenommenen Straf gelder zu erwähnen.

¹⁾ Dürre S. 331 und 332.

²⁾ I. G. 11.

³⁾ I. G. 15.

Unter den dahin gehörigen Posten betrifft nur einer aus dem Jahre 1355 eine Übertretung der Hochzeitsordnungen, wofür Johannes von Gotingen damals 1 Pfd. zahlen musste;¹⁾ alle übrigen kennzeichnen sich als Busse solcher Leute, die verbotnem Würfelspiel gehuldt hatten. Nach den Dobelspelordnungen²⁾ hatte von den ertappten Würfelspielern der Gewinner seinen Gewinn abzüglich 5 Schill. — diese Bestimmung lässt die Grenze zwischen erlaubtem und verbotnem Würfelspiel erkennen — dem Rate zu geben; ausserdem mussten Gewinner und Verlierer die Stadt auf gewisse Zeit verlassen und sich nach Ablauf derselben die Erlaubniss zur Rückkehr für je 2 Pfd. erkaufen. Mit diesen Festsetzungen können die betreffenden Einnahmen in unsern Rechnungen gut in Einklang gebracht werden: eine derselben, aus dem Jahre 1354, erreicht die Höhe von 3 M. und stellt, wie ausdrücklich hinzugefügt ist, einen Gewinn nach Abzug von 5 Schill. dar; die übrigen Posten betragen je 2 Pfd. und wurden wohl alle gelegentlich der Rückkehr von Spielern entrichtet, freilich ist dies nur zu einem besonders bemerkt. Wunderbar ist es, dass zwei für Dobelspel gezahlte Bussen in der Rechnung von 1354 aus Anlass gewisser Abzüge von ihnen — einmal handelt es sich dabei um Rückgabe von 5 Schill., das andere Mal um den Vogtanteil — innerhalb des grossen Ausgabe-kapitels erwähnt, jedoch unter den Einnahmen dieses Jahres nicht aufgeführt sind. Ob und wie die hier zu Tage tretende Schwierigkeit beseitigt werden kann, darauf werden wir gleich einzugehen haben.

Sämmtliche Posten des soeben behandelten Einnahmekapitels in der ältern Rechnung kommen nochmals in einem derselben Rechnung eingefügten Einnahmecomplex vor. Ausserdem treffen wir hier aber auch — und das ist sehr auffallend — jene beiden Busszahlungen, welche wir in dem Mischkapitel der Altstädter Aufkünfte, wo wir sie zu finden erwarten mussten, vergeblich suchten.³⁾ Endlich sind darin noch zahlreiche andre Posten

¹⁾ Hochzeitsordnungen dieser Zeit im Br. U.-B. S. 43 und 45. Unsern Posten könnte man höchstens mit § 16 auf S. 45 zusammenbringen: „weme oc en speleman van buten herin ghesant wert, de scal eme nicht mer gheuen wanne en swart lot bi I taĲn.“ Freilich steht I auf Rasur.

²⁾ Br. U.-B. S. 35 und 36.

³⁾ Die beiden Posten lauten:

Item III clipeos aureos a Johanne de Gothinge, quos etiam lucratus fuit supra quinque sol.

Item II tal ab illis de Sacco de tesseratura.

verzeichnet, die offenbar als Aufkünfte der gemeinen Stadt anzusehen sind und später zur genauern Besprechung gelangen werden. Bemerkenswert ist, dass diese so sonderbar zusammengesetzte Liste durchstrichen vorliegt.

Wenn Hänselmann dieselbe für ein Stück einer gemeinen Kämmererechnung erklärt,¹⁾ so ist das kaum zutreffend: bilden doch Altstädter Einnahmen einen wesentlichen Teil von ihr. Zu einer richtigern Ansicht wird man, wie ich hoffe, durch folgende Erwägungen gelangen. Bei Aufstellung der Altstädter Rechnung von 1354 gesellte man in unserm Verzeichniss fälschlicher Weise zu den Posten der Altstadt eine Anzahl von Posten der gemeinen Stadt. Sobald man jedoch diese Confundirung bemerkte, gab man, wie das Fehlen einer Summenangabe beweist, die Fertigstellung dieses Verzeichnisses auf und strich es durch, um seine Ungültigkeit kenntlich zu machen. In ein neu angelegtes Kapitel wurden die Einnahmen der gemeinen Stadt, welche jenes enthält, nicht aufgenommen. Dass eine solche Vermischung vorkommen konnte, ist nicht oder wenigstens nicht allein darin begründet, dass ein und derselbe Schreiber damals die Kämmererechnungen der Altstadt und der gemeinen Stadt schrieb. Die Hauptursache scheint vielmehr die innige Verbindung der Finanzverwaltung dieser mit der jener gewesen zu sein, welche um die Mitte des 14. Jahrhunderts offenbar bestand. Waren doch 1354 die beiden Kämmerer der Altstadt und die beiden der gemeinen Stadt dieselben Personen, Konrad Eleres und Heinrich von Kerkhof, beide Angehörige altstädtischer Geschlechter. Und wunderbar wäre es, wenn diese Verbindung sich nicht herausgebildet hätte. Das Übergewicht der Altstadt in dem 1269 gegründeten gemeinen Rate über die andern Weichbilde war so bedeutend, dass es ihr nicht schwer werden konnte, die gemeine Finanzverwaltung, so weit sie ins Leben trat, im wesentlichen in ihre Hand zu bekommen. Unter solchen Umständen war eine gewisse Verschmelzung der Altstädter Verwaltung mit der gemeinen nicht zu vermeiden, zumal sie im Interesse des herrschsüchtigen, eigennützigen Rates jenes Weichbildes lag. Und ohne Zweifel gingen ihre Wirkungen noch weit über die zeitweilige Unklarheit hinaus, welche das merkwürdige Verzeichniss hervorgebracht hat.

Eine Frage für sich ist es, warum die erwähnten beiden Strafgeelderposten aus der durchstrichenen Liste in das neu

¹⁾ Chron. VI. S. 277 Anm. 3.

angelegte Kapitel nicht mit übergegangen sind, da doch mehrere andere gleicher Natur hier wie dort zu finden sind, und da doch, was noch wichtiger, im Ausgabeteil auf sie Bezug genommen ist. Dies beides scheint mir mit zwingender Notwendigkeit auf eine unbeabsichtigte Auslassung des Schreibers hinzuweisen. Übrigens ist das Ergebniss, zu dem wir so gelangt sind, nicht unwichtig, denn nun erst können wir mit Sicherheit behaupten, dass, wie oben schon angedeutet wurde, der Altstadt damals noch Erträge aus der Vogtei im Sacke zuflossen. Der eine der in Frage kommenden Posten bezieht sich nämlich auf Strafgeld, das aus diesem Weichbilde eingekommen.¹⁾

Um schliesslich einen Blick auf die Bilanzen zu werfen, die sich aus unsern Rechnungen ergeben, so steht 1354 einer Gesamteinnahme von 658 $\frac{3}{4}$ M. $\frac{1}{2}$ Lot eine Gesamtausgabe von 538 M. 1 Ferd. 1 Lot gegenüber, während 1355 die entsprechenden Summen nur eine Höhe von 397 M. 13 Lot und 381 M. $3\frac{1}{2}$ Ferd. erreichen. Für jenes Jahr stellt sich also ein Überschuss von rund 120 M. heraus, für dieses ein solcher von rund 16 M. Was aus besagten Überschüssen geworden, kann nur zum Teil sicher ergründet werden. Von den 120 M. sind in der Rechnung von 1355 nur 22 M. wieder zu finden: sie waren bei der geschilderten famosen Operation²⁾ erübrigt. Der Rest der Summe mag nach dem von 1345 her bekannten Grundsatz, Überschüsse von Gülden und Zinsen der Weichbilde sollten an die gemeine Kasse abgeführt werden,³⁾ letzterer zugewiesen worden sein, wenn er nicht schon vorher an den damals gerade grosse Pfanderwerbungen vollziehenden⁴⁾ Rat der gemeinen Stadt ausgezahlt war. Ähnlich ist vielleicht das Geschick jener 16 M. gewesen, in denen kein Überschuss aus Rentenverkäufen steckte. Ungenauigkeit der Rechnungsführung ist schuld daran, dass wir bezüglich des Verbleibes und der Verwendung dieser Summen gewisseres nicht sagen können.

6. Die Finanzverwaltung der Weichbilde von 1355 bis 1374.

Über die Finanzverwaltung der Weichbilde in der Zeit von 1355 bis 1374 sind wir ausserordentlich mangelhaft unterrichtet, wie vor 1354 fast lediglich durch Eintragungen von finanzieller

¹⁾ cf. S. 34 Anm. 2 und S. 82 Anm. 3.

²⁾ S. 76—78.

³⁾ S. 38.

⁴⁾ cf. S. 90 u. 91.

Bedeutung in den Weichbildsbüchern. Die Anzahl derselben ist nicht gerade gross für diese achtzehn Jahre, sie verteilen sich auf Altstadt, Hagen und Sack so, dass die meisten auf das zu zweit genannte Weichbild entfallen. Ihrem Inhalt nach bieten sie neues so gut wie gar nicht. Wir hören von Erbenzins- und Grundstückserwerbungen, sowie vom Ankauf wiederablöslicher Renten zu frommen Zwecken durch die Weichbildsräte; auf der andern Seite verkaufen diese Erbenzinse, Grundstücke und Leibrenten, letztere fast nur der Hägener Rat; ablösliche Hauszinse werden teils von den Schuldnern wieder zurückgekauft, teils von den Räten an andere Personen überlassen: so erwirbt im Jahre 1364 Hans von Evensen vom Sacker Rate für 90 M. im ganzen 6 M. rückkäuflicher Hauszinse.¹⁾ Als ein vereinzelt dastehendes Vorkommniss mag noch erwähnt werden, dass im selben Jahre der Rat des Hagen sich 60 M. auf das Wagehaus lieh.²⁾ Wollte man übrigens nach diesen wenigen Verträgen und Abschlüssen beurteilen, ob in dem bezeichneten Zeitraum die Lage der Weichbildsfinanzen eine gute oder eine schlechte gewesen sei, so würde das sehr gewagt sein. So viel wird man indessen sagen können, dass nichts zu der Annahme berechtigt, die Weichbildsfinanzverhältnisse hätten zum Ausbruch des Aufstandes von 1374 wesentlich beigetragen. Allerdings spielten finanzielle Angelegenheiten unter den Ursachen dieses Aufstandes eine ganz hervorragende Rolle, doch traten rücksichtlich derselben die Weichbilde gegenüber der gemeinen Stadt vollständig in den Hintergrund.

7. Die Finanzverwaltung der gemeinen Stadt 1354 und 1355.

Die Finanzverwaltung der gemeinen Stadt war von uns bis zum Jahre 1354 besprochen worden. Ihre Lage und Entwicklung in den beiden Jahrzehnten vor dem Aufstande zur Darstellung zu bringen, diese Aufgabe tritt jetzt an uns heran. Das Material hierfür ist nicht gerade dürftig. Gleich für den Anfang der Epoche liegen uns die Rechnungen der gemeinen Stadt von 1354 und 1355 vor. Auch ganz abgesehen davon, dass die jüngere der beiden nicht vollständig erhalten ist, können sie den Vergleich mit den Altstädter Rechnungen aus denselben Jahren nicht aushalten. Denn Einnahmen enthalten sie ja gar nicht,

¹⁾ S. D. I, 55.

²⁾ H. D. I, 118.

lassen uns also über einen Hauptteil der gemeinen Finanzverwaltung im unklaren und machen es auch unmöglich, das Verhältniss der Ausgaben zu den Einnahmen festzustellen. Ausserdem stehen die Rechnungen der gemeinen Stadt hinter den altstädtischen auch hinsichtlich der Anordnung der Posten zurück. Zwar sind auch in jenen Anfänge einer Kapiteleinteilung zu bemerken, aber die dabei aufgestellten Grundsätze sind keineswegs streng befolgt. Namentlich tritt das in der Rechnung von 1355 hervor, welche im Gegensatze zu der von 1354, wie früher bereits gesagt wurde, ein besonderes Kapitel für Pferdeschaden nicht mehr kennt und dazu den Mangel einer abschliessenden Redaction sehr stark empfinden lässt, weit stärker als ihre Vorgängerin.

Völlig von den übrigen Ausgaben gesondert sind in beiden gemeinen Rechnungen nur die Leibrenten und Weddeschatzzinse, welche zusammen ein Kapitel bilden. Doch sind sie innerhalb desselben verschieden behandelt. Bezüglich der Leibgedinge erfahren wir, wie in den Altstädter Rechnungen, nur, welche Summen an den einzelnen Zahlungsterminen für diesen Zweck verausgabt sind, während von den Weddeschatzzinsen jede Rente, ja jede Rate derselben unter Hinzufügung des Namens des Empfängers eingetragen ist. Im Jahre 1354 zahlte der gemeine Rat zu Ostern, Pfingsten, Johannis und Aegidii, Michaelis, Martini und Weihnachten im ganzen $85\frac{1}{4}$ M. an Leibrenten, an ablöslichen Renten zu meist ungenannten Terminen 56 M., an Leibrenten und ablöslichen Renten zusammen also 141 M. 1 Ferd., eine Summe, die mit 7,7% der ganzen Jahresausgabe gleichbedeutend ist. Der höchste Betrag an Leibrenten wurde zu Michaelis mit 27 M. $\frac{1}{2}$ Ferd. gezahlt, die grösste Weddeschatzrente in zwei Raten von je $12\frac{1}{2}$ M. In der Rechnung des Jahres 1355 liegt das entsprechende Kapitel nicht vollständig vor. Es finden sich darin von den Leibgedingzahlungen nur die zu Aegidii, Michaelis, Martini und Weihnachten; von den Weddeschatzrenten scheinen nur die zweiten Raten aufgeführt zu sein. Die Gesamtsumme am Ende des Kapitels erreicht in Folge dessen nur eine Höhe von 74 M. $1\frac{1}{2}$ Ferd.; die grössere Hälfte dieses Betrages, 38 M. minus $\frac{1}{2}$ Ferd., entfällt auf die Leibrenten, die allein zu Michaelis eine Ausgabe von 22 M. $3\frac{1}{2}$ Ferd. erforderten. Unter den für Weddeschatz aufgewandten $36\frac{1}{2}$ M. figuriren vor allem zwei Posten von je $12\frac{1}{2}$ M., deren einer sich als Rate jener schon zum Vorjahre erwähnten rückkäuflichen Rente zu erkennen giebt. Insgesamt mögen 1355

ungefähr 145 M. für Leibrenten und Weddeschatzzinse verausgabt sein, nahe an 6,5% aller Ausgaben. Freilich kann diese Summe den Vorzug unbedingter Wahrheit nicht in Anspruch nehmen; letztere würde nur dann festgestellt werden können, wenn der verlorene Teil der Rechnung von 1355, wo ohne Zweifel die andre Hälfte unsres Kapitels zu suchen sein würde, sich wiederfände.

Wenden wir uns nun den Ausgaben zu, welche nach Abzug der Leibgedinge und des Weddeschatzes noch übrig bleiben und ein mehr oder weniger buntes Durcheinander darstellen, so fällt sehr auf, wie wenige unter ihnen der innern Verwaltung im weitesten Sinne des Wortes gedient haben. Zunächst lässt sich aus beiden^{*} Rechnungen zusammen nur eine Verwendung für einen friedlichen Zwecken gewidmeten Bau nachweisen: zur Errichtung eines Wagehauses in der Altstadt wurden 1355 der gemeinen Kasse 6 $\frac{1}{2}$ M. entnommen. Dass nicht mehr solcher Bauausgaben anzutreffen sind, kann indessen nicht Wunder nehmen, lag doch, wie wir schon früher sahen, die Bauverwaltung innerhalb der Stadt in ausgedehntestem Umfange den Weichbilden ob.

Zahlreicher sind die Aufwendungen, welche der gemeine Rat unsern Rechnungen zufolge für die geistlichen Stifter Braunschweigs machte. Aus dem Fragmente von 1331 kehren 1354 die Zahlungen an das Heiligegeistspital und die Häringspende für die Minderbrüder zur Fastenzeit wieder. Ferner empfingen im letztgenannten Jahre die Klöster der Stadt aus der gemeinen Kasse 10 Pfd. zur Almosenverteilung, während 1331 nahe an 7 M. „ad stipam“ gezahlt wurden, was offenbar dasselbe besagt, wie jener Posten von 1354. In der Rechnung von 1355 begegnen uns die Zahlungen an das erwähnte Spital nur zum Teil, die Fastenspende und die Zuwendung an die Klöster gar nicht. Auch hieran wird die Unvollständigkeit der genannten Rechnung schuld sein.

Unter die im Interesse innerer Verwaltung geschehenen Ausgaben des gemeinen Rates sind schliesslich noch die Besoldungen und Belohnungen einer Anzahl von Beamten und Dienern desselben zu rechnen. An ihrer Spitze muss der Schreiber genannt werden, dessen Thätigkeit sich freilich nicht auf die innere Verwaltung beschränkte. Deshalb gehört sein Gehalt, das 1354 und 1355 dasselbe ist wie 1331, eigentlich nur zum Teil hierher, ganz jedoch die Belohnung für seine Mitarbeit

bei der Schosserhebung. 1331 empfing er bekanntlich für letztere 1 M., 1354 kommt kein derartiger Posten vor, in der Rechnung von 1355 dagegen zwei. Beide geben als Höhe der Vergütung 1 M. an und sind weit von einander getrennt. Wenn man nun nicht annehmen will, dass 1354 gar kein Schoss erhoben wurde, 1355 aber zwei Mal — eine Annahme, welche einfach deshalb unhaltbar sein würde, weil die Altstädter Rechnung von 1355 5 $\frac{1}{2}$ M. Nachschoss aus dem Vorjahre aufführt —, so kann man sich aus dieser Schwierigkeit wohl nur durch die Erklärung helfen, der 1354 ausgelassene Posten sei nachträglich in die Rechnung des folgenden Jahres aufgenommen. Ausser dem Stadtschreiber wird in unsern Rechnungen auch verschiedentlich der Vemeschreiber erwähnt, der eine wichtige Rolle bei Abhaltung des städtischen Vemedinges¹⁾ spielte: er erhielt damals zu Ostern und zu Michaelis je $\frac{1}{2}$ M., in dem Fragment von 1331 kam er nicht vor. Zu diesen Schreibern gesellen sich ferner der Arzt, dem 1354 ein Kleidungsgehalt von 3 $\frac{1}{2}$ Ferd. gezahlt wurde, der im übrigen aber von Fall zu Fall belohnt zu sein scheint, der Henker, welcher im selben Jahre eine Einnahme von 7 Lot hatte, der Koch, welchem man 1355 seine Thätigkeit mit 1 Pfd. vergütete, schliesslich auch einige Diener für untergeordnete Besorgungen, an die gleichfalls kleinere Posten verausgabt wurden.

Je geringer die durch die innere Verwaltung dem gemeinen Rate verursachten Kosten waren, um so bedeutendere Aufwendungen musste er für die auswärtigen Angelegenheiten machen. Diese Thatsache findet schon darin ihren Ausdruck, dass allein an Botenlohn 1354 21 Pfd., 1355 25 Pfd. ausgegeben wurden, unzweifelhaft aus den kleinsten Posten zusammengesetzte Summen. Und hierzu kommen dann eine ausserordentlich grosse Anzahl kleinerer Beträge, die gelegentlich diplomatischer Sendungen des Schreibers, anderer Diener des Rates oder auch einzelner Ratsherren verbraucht wurden, hierzu grössere Summen, welche erfordert wurden, wenn zahlreiche Vertreter des gemeinen Rates an wichtigen, auswärts gehaltenen Versammlungen und Theidungen teilnahmen, oder ein Gesandter desselben lange sich hinziehende Unterhandlungen führte. Es wäre zu weitläufig, auf die Eintragungen dieses Inhalts näher einzugehen; nur das soll nicht unerwähnt bleiben, dass einige bedeutendere Ausgaben bis zu

¹⁾ Die Vemegerichtsordnung cf. Br. U.-B. I, 28 und 29.

einer Höhe von über 33 M. an Johannes von Winhusen, die mit anderen Posten in der Rechnung von 1354 unter dem Titel „ausgegeben zu Helmstedt“ vereinigt sind, kaum anders als diplomatische Unkosten zu nennen sein werden. Denn verschiedentlich wird jener in beiden Rechnungen deutlich als Unterhändler der Stadt bezeichnet. Mit den Zahlungen an ihn scheinen mehrere andre, ebenfalls nicht geringfügige nahe verwandt zu sein. In der grössten unter ihnen den Betrag von 19 M. erreichend wurden sie einem gewissen Johannes Ebeling geleistet und demselben Titel zugewiesen wie jene. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurden nicht nur die Posten Winhusens, sondern auch die Ebelings bei Verhandlungen in Helmstedt verbraucht, die man sich dann als sehr umfangreich und lange dauernd zu denken hätte. Stoff für solche Verhandlungen war ja in dieser Zeit der niedersächsischen Städtebundsbestrebungen,¹⁾ an denen Braunschweig und Helmstedt, meist gemeinsam vorgehend, sich eifrig beteiligten, in Menge vorhanden. Sehr fraglich ist es übrigens, ob man den Johannes Ebeling, einen Helmstedter Bürger, in dasselbe Verhältniss zum Braunschweiger Rate setzen darf, wie den Johannes von Winhusen, sehr fraglich ferner, ob man auch die 150 M., welche ihm der gemeine Rat der Rechnung von 1354 zufolge schuldet, und die 110 M., welche derselbe ihm 1355 zahlt, in irgendwelche Beziehungen zu Verhandlungen der angedeuteten Art zu bringen hat. Die grosse Kürze der gemeinen Rechnungen hinsichtlich dieser wie mancher andrer Ausgaben wird für uns zur Unklarheit.

Ziemlich geringe Aufwendungen erforderten 1354 und 1355 die Bewirtung und Beherbergung von Gästen. Ausser zwei kleinen, gelegentlich des Aufenthalts von Helmstedter und Goslarer Rats Herrn in Braunschweig 1354 verausgabten Beträgen gehört nur eine Summe von 12 M. hierher, welche dem Rate im folgenden Jahre ein Besuch, wie es scheint, des Herzogs von Lüneburg kostete. Auch Ehrengeschenke an befreundete Herren treten sehr in den Hintergrund: mit Sicherheit kann nur ein Posten in diesem Sinne verstanden werden; aus seinem Inhalt ergibt sich, dass die Stadt dem Bischof von Hildesheim zu Fastnacht 1355 zwei silberne Becher im Werte von 6 M. schenkte.

¹⁾ Über diese Verhandlungen unterrichtet uns Hänselmanns Aufsatz: Braunschweigs Beziehungen zu den Harz- und Seegebieten, in Werkst. I, 3—51.

Zahlreicheren und bedeutenderen Ausgaben begegnen wir erst wieder, wenn wir zu den Geldopfern übergehen, welche dem gemeinen Rate Bestimmungen von Verträgen und Abkommen mit Herren und Städten, vor allem mit den Herzogen, auferlegten. Als der Bischof von Hildesheim 1354 der Bitte der Braunschweiger entsprach, Zölle und Geleitgelder aufzuheben, die seine Amtleute auf der Liebenburg¹⁾ unrechtmässiger Weise eintrieben, that er es nur unter der Bedingung, dass die Bittsteller für ihn dem Rate von Goslar 10 M. zahlten.²⁾ Dementsprechend finden wir diese Summe in der gemeinen Rechnung des genannten Jahres eingetragen. Unbekannt dagegen sind die Umstände, die den Braunschweiger Rat veranlassten, im selben Jahre dem Grafen von Regenstein für die Goslarer eine Zahlung von 10 M., im folgenden eine solche von etwa 15 M. zu leisten und 1355 ferner an die Herren von Honlege für die Magdeburger eine Schuld von 24 M. abzutragen. Unbekannt ist auch der Grund, weshalb der Herzog von Lüneburg aus der gemeinen Kasse im gleichen Jahre zwei Mal 100 M. empfing. Da im letztern Falle die Summen zu gross sind, um in ihnen ein Geschenk zu erblicken, wird man vielleicht besser thun, sie als Darlehn gegen irgend ein Pfand anzusehen, das leider nicht bestimmt werden kann. Ausführlicher erweist sich die Rechnung von 1355 hinsichtlich einer Ausgabe im Betrage von 40 M. an Herzog Ernst den Ältern: wir erfahren, was wir schon bei einer andern Gelegenheit gesehen, dass derselbe jene Summe für eine Münzverpfändung erhielt;³⁾ sein Schreiber wurde für das Siegeln der Urkunde mit $\frac{1}{2}$ M. belohnt. Andre bedeutendere Zahlungen an gewisse Herzoge, in der ersten der beiden Rechnungen vorkommend, stehen mit Schlossverpfändungen im Zusammenhange: wir wollen sie mit unter den Aufwendungen des gemeinen Rates für militärische Zwecke besprechen, welche in seinen Rechnungen dieser Zeit den meisten Platz einnehmen und einen überraschend grossen Teil der sämmtlichen Ausgaben darstellen.

310 M. zahlte die Stadt im Jahre 1354 dem Herzog Wilhelm von Lüneburg dafür, dass derselbe ihr sein Schloss zum Kampe⁴⁾

¹⁾ Burg bei Schladen.

²⁾ I. G. fol. 10¹ § 3.

³⁾ cf. S. 44.

⁴⁾ Burg nordöstlich von Braunschweig an der Schunter.

verpfändete¹⁾ und 5 M. kostete ihr noch die darüber ausgestellte Urkunde. Zur gleichen Zeit gab sie dem Herzog Magnus 200 M. auf sein Schloss Hessen;²⁾ weitere 200 M. scheint sie ihm 1355 geliehen zu haben, denn damals verpfändete ihr der Herzog das genannte Schloss für 400 M.³⁾ Doch sucht man jene zweite Zahlung in dem uns erhaltenen Teile der Rechnung von 1355 vergebens. Da die Gesamtausgabe der gemeinen Stadt 1354 rund 1840 M. betrug, so wurden in diesem Jahre nach dem eben angeführten nicht weniger als 28% derselben für Pfandschlosserwerbungen verwendet, während der entsprechende Prozentsatz, wenn unsre obige Vermutung richtig ist, bei einer Gesamtausgabe von rund 2225 M. 1355 auf 9% herabsank.

Wie aber grosse Summen dazu erforderlich waren, Schlösser in Pfandbesitz zu bekommen, so kostete es auch viel, sich diesen Pfandbesitz nutzbar zu machen. Darauf war in Kürze schon oben hingewiesen, und es tritt besonders deutlich in unsern beiden Rechnungen hervor. Namentlich erreichten die Aufwendungen für Burghut eine beträchtliche Höhe. Sowohl 1354 als 1355 erhielten der Hüter der Hornburg 60 M., der der Asseburg 30 M.; für die Schlösser zum Kampe und Hessen kommen erst 1355 Burghutzahlungen vor, für jenes eine im Betrage von 20 M., für dieses eine von 50 M. Was das Schloss Neuhaus⁴⁾ angeht, welches die Stadt ebenfalls — fraglich ist es, seit wann — im Pfandbesitz hatte, so scheinen darauf an Burghut jährlich 20 M. verwendet zu sein. An diese Burgen reiht sich noch ein als Bergfrid am Bruche bezeichnetes Kastell, dessen Befehlshaber vom gemeinen Rate 1364 15 M. und 1355 12 M. empfing.

Die sonstigen, durch den Pfandschlossbesitz veranlassten Ausgaben, in ihrer Mannigfaltigkeit früher bereits einmal geschildert, sind zum grössten Teil in unsern Rechnungen in besondern Kapiteln vereinigt,⁵⁾ deren Titel die Namen der betreffenden Burgen sind. Das der Hornburg schliesst 1354 nach Abzug der Burghut mit 11 M. 11½ Lot, doch gesellen sich dazu noch eine Anzahl in der Rechnung zerstreuter Posten

¹⁾ cf. auch O.-U. im Br. St.-A. No. 168 und Sudendorf II, 237.

²⁾ Burg südlich von Schöppenstedt.

³⁾ Sudendorf II, 267.

⁴⁾ bei Vorsfelde.

⁵⁾ cf. S. 50. In diesen Kapiteln kommen, so weit wir erkennen können, nicht vor Zahlungen an Zinsen für Anleihen, die behufs Aufbringung der Pfandsummen gemacht waren, dagegen treffen wir hier als neu Ausgaben für Bestellung der zu den Schlössern gehörigen Äcker.

im Gesamtbetrage von ungefähr $5\frac{1}{3}$ M. Für die entsprechenden Ausgaben auf der Asseburg wurden im gleichen Jahre rund 15 M., 1355, wo die Hornburg nur ganz geringen Aufwand erforderte, rund 9 M. verbraucht. Bei Übernahme des Schlosses zum Kampe im ersten der beiden Jahre wurden für das auf den Feldern stehende Getreide 17 M. gezahlt, während die Ausgaben des Jahres 1355 für diese Burg eine Höhe von nicht ganz 16 M. erreichten. Neuhaus wurde 1354 mit auffallend grossen Kosten verproviantirt, tritt aber, wenn auch weniger als die Hornburg, in der Rechnung von 1355 in den Hintergrund. Ausserordentlich gross sind im letztern Jahre die Summen, welche auf das damals erst übernommene Hessen verwendet wurden: zwei hierfür in Betracht kommende Kapitel ergeben an Posten der bezeichneten Art, unter denen Bauwerk in erster Reihe steht, einen Gesamtbetrag von über 165 M.

Als die zweite Hauptgruppe der Ausgaben des Rates gemeiner Stadt für militärische Zwecke stellt sich die Gesamtheit der mannigfachen Zahlungen dar, die an oder für die verschiedenen Elemente der städtischen Streitmacht geleistet werden mussten. Kurzweg als Sold bezeichnet ist in der Rechnung des Jahres 1354 ein Posten von 364 M. 3 Ferd., in der von 1355 ein Posten von 251 M. Die bedeutende Differenz der beiden Summen kann kaum darauf beruhen, dass 1355 weniger Söldner im Dienste des Rates als im Vorjahr gestanden hätten; zum Teil wenigstens erklärt sie sich daraus, dass man eine Anzahl von Beträgen, welche in der ältern Rechnung jener grossen Summe mit eingefügt sind, in der zweiten selbstständig gelassen und überall zerstreut eingetragen hat. Dieses Sachverhältniss streng nachzuweisen, ist leider nicht möglich, denn es wird einerseits durch die Unbestimmtheit so vieler Posten, andererseits durch die Unvollständigkeit der 1355er Rechnung verhindert. Ferner aber sind auch 1354 nicht sämtliche Soldzahlungen von den 364 M. mit umfasst: wie in der jüngern, so kommen auch in der ältern Rechnung viele verschieden hohe Ausgaben bis zu 10 M. vor, deren Empfänger theils in Kriegsdiensten des Rates stehende Edelleute, theils gewöhnliche Schützen und sonstige gewappnete Knechte waren, und die sicherlich als Sold anzusehen sind. Ausserordentliche Belohnungen einzelner Söldner für besonders anstrengenden Dienst wie er beispielsweise bei Heerfahrten und auf den Pfandschlössern herrschte, werden wohl alle für sich eingetragen sein.

Meist ist in den Sold die Beihülfe zur Kleidung sicherlich mit einbegriffen gewesen, zumal da derselbe ja in vielen Fällen nur aus Kleidung bestand,¹⁾ doch begegnen uns auch häufig hierauf bezügliche besondere Posten. 1354 wurden für die Renner an Kleidungsgeld zu Ostern 11 M. 2 Ferd. 3 Lot ausgegeben, zu Michaelis nicht ganz $2\frac{1}{2}$ M., während derselbe Zweck Michaelis 1355 etwas über $2\frac{1}{2}$ M. erforderte. Andre geringere Beiträge seien übergangen, und nur noch darauf hingewiesen, dass Herr Konrad von Lutter, der damals städtischer Hauptmann gewesen zu sein scheint, im letztgenannten Jahre für seine Kleidung 5 M. 5 Lot bekam.

Mit der Verpflichtung des Rates, für die Zehrung seiner Söldner, sei es nun aller oder nur eines Teils derselben, aufzukommen, hängen die in beiden Rechnungen sehr häufig sich findenden Ausgaben zusammen, welche durch das Wort „pandquitinge“ gekennzeichnet sind. Man hat darunter die von Zeit zu Zeit vom Rate vorgenommene Auslösung der Faustpfänder zu verstehen, welche seine Söldner bei den Wirten für Herberge und Zehrung hinterlegten.²⁾ Die Höhe der für diesen Zweck verwendeten Beträge ist sehr verschieden, indem sie zwischen wenigen Schillingen und mehreren Mark schwankt; in der grossen Mehrzahl der Fälle sind Edelleute als diejenigen genannt, für die Pandquitinge vollzogen wurde. Im Anschluss hieran ist zu erwähnen, dass den Söldnern, soweit sie beritten waren und selber das Futter ihrer Pferde kauften, ihnen auch die Futterkosten ersetzt wurden. Verschiedne, meist kleinere Posten müssen so gedeutet werden. Die Renner scheinen je zu Ostern und zu Michaelis 1 M. für Hafer erhalten zu haben, und 1354 wurden an den Hauptmann Konrad von Lutter für Heu 2 M. 3 Lot und für Hafer 3 M. gezahlt, Summen die sich auf einen Zeitraum von $3\frac{1}{2}$ Monaten beziehen. Auch den Hufbeschlag der den Söldnern gehörenden Pferde musste der gemeine Rat aus seiner Kasse bestreiten, nicht minder Reparaturen am Sattelzeug und den Waffen. Häufig sind in unsern Rechnungen endlich Ausgaben für Neuanschaffung von Sattelzeug und Waffen, namentlich Armbrüsten, verzeichnet. Bei den diesbezüglichen Posten, welche einen Meistbetrag von 1 M. nie überschreiten, gewöhnlich weit darunter bleiben, handelt es sich sehr oft um Entschädigungen

¹⁾ cf. S. 50 und Werkstücke, I, 110.

²⁾ cf. Werkst. I, 111.

für im Dienst der Stadt erlittene Verluste. Auf die weite Ausdehnung der Entschädigungspflicht des Rats seinen Söldnern und den kriegsdienstleistenden Bürgern gegenüber brauchen wir hier nicht noch einmal näher einzugehen. Doch sei erwähnt, dass in den gemeinen Rechnungen von 1354 und 1355 in erster Linie der Ersatz von Pferdeschäden eine Rolle spielt. In jener nehmen sie ja sogar ein besonderes Kapitel ein, in dem wir 24 Posten von $\frac{1}{2}$ M. bis 11 M. finden, während die Gesamtsumme 66 M. 3 Ferd. beträgt. 1355 fehlt dieses Kapitel nicht etwa deshalb, weil die betreffenden Aufwendungen an Bedeutung verloren hätten; sie treten uns häufig genug bald hier, bald da in der gewohnten Höhe entgegen.

Neben diesen ausserordentlichen Ausgaben für die im Kriegsdienst gebrauchten Pferde kommen indessen auch die regelmässigen stark zur Geltung. 1354 wird eine Summe von 19 M. „pro caballis et minoribus equis sustinendis“ verbraucht, 1355 zahlt man aus der gemeinen Kasse 33 M. „illis, qui tenent equos proprios, cum quibus¹⁾ tamen serviendum est consulibus, et illis, qui prestant pabula equis pertinentibus dominis consulibus.“ Zu diesen beiden Hauptposten gesellen sich noch zahlreiche kleinere Ausgaben, meist geringer oder nur wenig höher als 1 M., deren Veranlassung durch die technischen Ausdrücke „pro cura equorum“ oder „pro equo tenendo“ — doch auch andre finden sich — ersichtlich ist. Die Neuanschaffung von Pferden durch den Rat tritt in unsern Rechnungen gänzlich zurück und erfordert keine grossen Summen.

Heerfahrten, wie deren bereits im Fragment von 1331 verschiedene erwähnt wurden, wirkten auch 1354 und 1355 auf die Finanzverwaltung der gemeinen Stadt ein. Mit ihnen stehen zunächst sehr viele Pandquitinge- und Entschädigungszahlungen im Zusammenhange; was letztere angeht, so scheint namentlich eine Heerfahrt oder, wie es im Texte heisst, eine „reysa“ gegen

¹⁾ Dieses „cum quibus“ glauben wir nicht so deuten zu dürfen, als ob die betreffenden Empfänger selber auf diesen Pferden dem Rate gedient hätten, sondern so, dass jene ihre Pferde an den Rat zur Verwendung im Kriegsdienste vermieteten als sogenannte „Nachbarpferde“, die später häufiger erwähnt werden. Das cum wird für die erste Auffassung kaum ins Feld geführt werden können, sie würde vielmehr „in quibus (iis) serviendum est“ erfordern. Ferner spricht auch das auf proprios gehende tamen gegen dieselbe. — Über die Nachbarpferde cf. Chron. VI, 146 und 147. Br. U.-B. 122 § 265.

Betzendorf,¹⁾ die in beiden Rechnungen oft genannt wird, ziemlich beträchtliche Verluste für die städtischen Truppen im Gefolge gehabt zu haben. Hinsichtlich einiger grösserer Posten, von denen es ganz allgemein heisst, sie seien bei dieser oder jener Heerfahrt verbraucht, kann man wohl annehmen, dass durch sie ein Gemisch verschiedner Ausgaben zusammengefasst ist. In demselben dürften freilich die Kosten für Proviant die Hauptrolle spielen. Der grösste dieser Posten, 1354 für die Heerfahrt gegen Betzendorf verausgabt, erreicht eine Höhe von 7 M. 1 Ferd.

Schädigungen, welche die städtischen Kriegsleute auf ihren Zügen und Ritten im Lande anrichteten, musste der gemeine Rat unter Umständen ersetzen, vornehmlich, wenn sie geistliches Gut betrafen. Diese Verpflichtung tritt ganz klar bei einer Zahlung von 1½ Ferd. hervor, die im Jahre 1354 an den Pfarrer von Ührde²⁾ geleistet wurde. Und auf gleiche Weise werden wir auch einige Ausgaben des folgenden Jahres zu erklären haben, deren bedeutendste hier Erwähnung finden möge: mit 6 M. wurde ein vom Kloster Marienberg bei Helmstedt erlittener Schaden vergütet.

In ungefährer, eher zu hoch als zu niedrig greifender Schätzung können wir die mannigfachen, 1354 und 1355 mittelbar oder unmittelbar durch die Ansprüche des Wehr- und Kriegswesens hervorgerufenen Aufwendungen gleich 50 bis 60% sämtlicher Ausgaben der gemeinen Stadt setzen. Eine genauere Angabe ist leider nicht möglich, indessen wird auch diese ungenaue genügen, um die Wichtigkeit des zuletzt besprochenen Gebietes gemeiner Finanzverwaltung erkennen zu lassen.

Ob die gemeine Stadt in den genannten beiden Jahren mit ihren gewöhnlichen Einnahmen auskam, ja vielleicht mehr als auskam, oder ob sie zur Deckung von Deficits Anleihen machen musste, wissen wir nicht, da wohl die Gesamtsummen der Ausgaben, nicht aber auch die der Einnahmen bekannt sind. Es ist sehr beklagenswert, dass die gemeinen Einnahmerekchnungen von 1354 und 1355 uns nicht vorliegen, aber entweder sind sie verloren gegangen, oder sie wurden überhaupt nicht aufgestellt. Und letzteres ist allerdings nicht unwahrscheinlich. Denn wenigstens die Rechnung der gemeinen Stadt von 1354 macht

¹⁾ Betzendorf, Dorf an der Jeetzel, südlich von Salzwedel.

²⁾ Ührde, Dorf bei Schöppenstedt.

durchaus nicht den Eindruck, als ob sie uns nur verstümmelt überkommen sei, und andererseits kann man kaum annehmen, die Einnahmen des gemeinen Rates seien von den Ausgaben streng geschieden in ein andres Buch eingetragen, da man in den behandelten Rechnungen der Altstadt, die aus derselben Zeit stammen und in derselben Kanzlei, ja von derselben Hand geschrieben sind, wie jene gemeinen Ausgaberechnungen, Einnahme- und Ausgabekapitel vereinigt und nicht einmal in zwei besondre Abteilungen getrennt findet.

Weshalb man aber damals keine Verzeichnisse der gemeinen Einnahmen anfertigte, was nach dem gesagten nicht völlig abgewiesen werden kann und unter allen Umständen als ein Zeichen sehr mangelhafter Finanzverwaltung angesehen werden müsste, bleibt ganz unklar. Allenfalls würde man dies Verfahren verständlich finden, wenn jene schon wiederholt betonte Sitte, gewisse bedeutende Ausgaben des gemeinen Rates direkt aus Weichbildsmitteln zu bestreiten, auf sämtliche Ausgaben desselben sich erstreckt hätte. Aber in einer so straffen Abhängigkeit befand sich die gemeine Finanzverwaltung doch zu keiner Zeit. Von jeher hatte sie Einnahmen zur selbstständigen Verfügung und namentlich um die Mitte des 14. Jahrhunderts können diese keineswegs unbeträchtlich gewesen sein. Zunächst flossen in die Kasse der gemeinen Stadt ausser den Zins- und sonstigen Erträgen des Grundbesitzes derselben die jährlichen Überschüsse aus Gülden und Zinsen der Weichbilde. Sodann wurde in dieselbe Kasse im wesentlichen der Schoss abgeführt, an dem um 1354 wenigstens die Weichbilde einen grossen Anteil nicht hatten. Letzteres geht aus den Einnahmeverzeichnissen der Altstädter Rechnungen von 1354 und 1355 hervor: ist doch in beiden nur je ein Nachschossposten anzutreffen.¹⁾ Des weiteren muss man annehmen, dass damals auch die Erträge aus den gemeinsamen Erwerbungen, vor allem den Pfandschaften, ungeschmälert dem gemeinen Rat überwiesen und nicht, wie es früher wohl geschehen, unter die beteiligten Weichbilde verteilt wurden. Auch das lassen jene Altstädter Rechnungen erkennen, indem sie unter den Einnahmen solche aus gemeinsamem Pfandbesitz nicht aufführen; denn, was dort von Vogtei- und Bierzolleinkünften ver-

¹⁾ S. 79.

zeichnet ist, floss der Altstadt auf Grund der von ihr allein vollzogenen Erwerbungen zu.¹⁾ Dagegen fiel in den Bereich der gemeinen Finanzverwaltung die Nutzung des mannigfaltigen Zubehörs der Pfandschlösser, der in Acker, Zollhebungen, in Dorfgerichtsbarkeit und ähnlichen Rechten bestand;²⁾ dazu gesellten sich die Einnahmen der Stadt aus der Münze³⁾ und spätestens seit 1364 auch solche aus den Mühlen;⁴⁾ auch einen Teil der Vogteierträge, eben den nicht der Altstadt zustehenden, erhob der gemeine Rat: man darf kaum zweifeln, dass derselbe die 12 M., für welche er 1356 wie 1363 die Vogtei auf je ein Jahr verpachtete, für Zwecke der gemeinen Stadt verwandte. Alle bisher genannten Aufkünfte dieser sind in der durchstrichenen Einnahmeliste der Altstädter Rechnung, deren merkwürdige Zusammensetzung bereits erörtert wurde, nicht verzeichnet, anders ist es mit dem Judenzinse⁵⁾ und dem Bierzoll, von denen jener 1354 schon seit längerer Zeit, dieser erst ganz kürzlich und nur vorübergehend⁶⁾ in den Kreis der gemeinen Finanzverwaltung gezogen war. Jener tritt in der Liste mit einem Posten von 30 M. auf, dieser mit einem von 17½ M., welche Summe im Hagen, und mit einem von 20 M., welcher Betrag in der Neustadt eingetrieben wurde. An sonstigen Einnahmen der gemeinen Stadt haben sich in die Altstädter Rechnung von 1354 verschiedene grössere, leider nicht näher mehr bestimmbare Zahlungen verirrt, ausserdem einige kleinere Summen, die teils die Verpachtung von Bergfriden, teils der Verkauf zum Kriegsdienst nicht mehr brauchbarer Pferde eintrug. Alles in allem ist jenes wunderbare Verzeichniss durchaus nicht im Stande, uns eine vollständige Einnahmerechnung gemeiner Stadt zu ersetzen, insofern aber doch recht interessant, als es in seinen hierher gehörigen Posten wenigstens ein Fragment einer solchen bildet, das bei der Mangelhaftigkeit unseres Materials unzweifelhaft von Wert ist.

¹⁾ Über den Vogteianteil der Altstadt vgl. S. 21 und 32, über die Bierzollerwerbung dieses Weichbildes S. 41.

²⁾ Wir finden in den Verpfändungsurkunden reichhaltiges Material darüber.

³⁾ S. 41 ff.

⁴⁾ S. 44.

⁵⁾ S. 45.

⁶⁾ S. 41.

8. Die Schäden der gemeinen Finanzverwaltung im 14. Jahrhundert und die finanziellen Ursachen des Aufstandes von 1374.

Behufs der technischen Leitung der gemeinen Finanzverwaltung, über deren Gebiete für die Mitte des 14. Jahrhunderts einen Überblick zu geben im vorangehenden versucht wurde, setzte in dieser Periode der gemeine Rat, wie es scheint alljährlich, zwei seiner Mitglieder als Kämmerer¹⁾ ein. Ihnen lag es ob, die fälligen Einnahmen in Empfang zu nehmen und zu verwahren, die erwachsenden Ausgaben davon zu bestreiten und die Rechnungen aufzustellen, auch wurden sie wohl mit der Ausführung vom Rate beschlossener Finanzoperationen, wie der Aufnahme von Anleihen und ähnlichem, beauftragt. Immerhin wird der Kreis ihrer Geschäfte einen ziemlichen Umfang gehabt haben, und es ist sehr fraglich, ob es einer sorgfältigen Vollziehung derselben zu Gute kam, wenn, was ja 1354 und wahrscheinlich noch öfter, vielleicht regelmässig der Fall war, die Kämmerer der gemeinen Stadt zugleich dasselbe Amt in der Altstadt versahen,²⁾ ganz abgesehen von andern schon berührten Übelständen, welche diese Vereinigung im Gefolge hatte. Hätte letztre nicht bestanden, so wäre vor allem wohl eine klarere und praktischere Rechnungsführung schon damals zur Ausbildung gekommen, und verschiedene Missbräuche, deren wir weiter unten noch genauer zu gedenken haben werden, zum mindesten eingeschränkt worden. Ein Hauptmangel freilich, das Fehlen jeglichen Voranschlages und das damit verbundene Wirtschaften in den Tag hinein³⁾, wäre auch dann kaum zu vermeiden gewesen. Denn bei der Unstätigkeit der politischen Verhältnisse, den eben so mannigfaltigen als plötzlich eintretenden Anforderungen des „täglichen Krieges“ war eine auch nur ungefähre Vorausberechnung der notwendigen Ausgaben und somit überhaupt die Aufstellung eines Etats schlechterdings unmöglich. — Fragen wir nun, wie es mit der Kontrolle über die Amtsführung der beiden Kämmerer bestellt war, so erhalten wir auch in dieser

¹⁾ Zwei werden in der gemeinen Rechnung von 1354 genannt.

²⁾ cf. S. 83.

³⁾ Hänselmann Chron. VI, S. 324, wo auch mit Recht darauf hingewiesen ist, dass bei den Weichbildsfinanzverwaltungen das Aufstellen von Voranschlägen viel eher möglich war. Als einen Ansatz zu einem solchen kann man das Zinsbuch der Neustadt von c. 1330 betrachten.

Beziehung eine wenig erfreuliche Antwort. Rechnungsablage mussten die Kämmerer allerdings leisten, aber nur in einem sehr engen Kreise. Was wir darüber erfahren, ist in einem Schreiben enthalten, in dem sich bald nach dem Aufstande die vertriebenen Geschlechter gegen die von den siegreichen Gilden erhobenen Anklagen, namentlich auch gegen den Vorwurf einer schlechten, nachlässigen Finanzverwaltung zu rechtfertigten suchten, das also eher ein zu günstiges als ein zu ungünstiges Bild der Verhältnisse liefert. Nach den hierher gehörigen Sätzen des Schreibens bestand in Braunschweig vor dem Aufstande ein Ratsausschuss von acht Mitgliedern, deren vier der Altstadt, je zwei dem Hagen und der Neustadt angehörten.¹⁾ Dieser Ratsausschuss „ging“, wie es heisst, „zu der Rechenschaft des Rates“, erledigte allein die geheimen Angelegenheiten der Stadt und nahm die Rechnungsablage der Kämmerer entgegen. Das entsprach dem völlig aristokratischen Regimente, in dem die Altstädter Geschlechter alles bedeuteten. Nicht nur die grosse Masse der Bevölkerung, sondern auch die Ratsherren aus Sack und Altewik, welche beiden Weichbilde seit 1345 auch in den gemeinen Säckel steuerten und deshalb Anteil am gemeinen Rate erlangt hatten, bekamen bei solcher Zusammensetzung jenes Ausschusses von der finanziellen Lage der Stadt keine Kenntniss, geschweige denn, dass sie Einfluss auf ihre Gestaltung gehabt hätten.²⁾ Und da ferner, wie schon einmal bemerkt, auch in Hagen und Neustadt Altstädter Geschlechter sich eingenistet hatten und hier eine angesehene Stellung einnahmen,³⁾ war es geradezu unausbleiblich, dass die gemeine Finanzverwaltung vor 1374 hauptsächlich im Interesse jener gehandhabt wurde. So lange dies geschehen konnte, ohne dass Steuern und Auflagen eine drückende Höhe erreichten, mochte das alte System sich behaupten; sobald aber, sei es durch Verschulden der Regierenden, sei es durch unberechenbares Unglück, eine ungünstige Finanzlage harten Steuerdruck erforderte, musste die grosse Masse aufmerksam werden und, des Einblicks in die Rechnungen entbehrend, ihr Misstrauen auf die Geschlechter werfen, die allein die Finanzverwaltung leiteten und um alles

¹⁾ Chron. VI. S. 323 und 359²⁸: „desse achte pleghen to des Rades rekenscop to gande unde wisten des Rades hemeliche Ding, unde anders nemant van den radluden unde nemen rekenscop van den kemereren“ etc.

²⁾ ib. S. 323.

³⁾ cf. S. 24.

wussten. Die Vertriebenen waren also wenig berechtigt, in ihrer Entschuldigung auf jenen Ausschuss hinzuweisen; für eine zweckmässige, sparsame und selbstlose Verwaltung bot sein Bestehen keine Bürgschaft.¹⁾

Die bisher beleuchteten Missstände waren solche, denen die gemeine Finanzverwaltung als ganzes unterworfen war; man kann sie als Grundschäden bezeichnen. Aus ihnen gingen mehr oder weniger unmittelbar eine Anzahl andrer Missbräuche und Missstände hervor, die sich nur auf einzelnen Gebieten jener Finanzverwaltung geltend machten. Unsere Kenntniss derselben beruht im wesentlichen auf der heimlichen Rechenschaft: hier ist, worauf früher schon hingewiesen, die Schilderung der Reformen am Ende des Jahrhunderts immer auf der Schilderung derjenigen Mängel aufgebaut, welche diese Reformen den Männern der neuen Aera als notwendig erscheinen liessen.²⁾

Starke Missbräuche waren es zunächst, die der gemeinen Stadt ihre Haupteinnahme, den Schoss, schmälerten. Der Schoss war eine direkte und ordentliche d. h. alljährlich gezahlte Steuer, in zwei Bestandteile zerfallend, den Vorschoss, der sich als ein Fixum von 2³⁾ bis höchstens 8⁴⁾ Schill. darstellt und von allen Steuerpflichtigen gleichmässig erhoben wurde, und den Schoss im engern Sinne, dessen Wesen darin beruhte, dass man ebenso viel Pfennige, wie der Vorschoss Schillinge betrug, von jeder Mark Wert seiner Habe entrichten musste.⁵⁾ Es setzte sich also der Schoss aus einer Personal- und einer Vermögenssteuer zusammen.⁶⁾ Die jährliche Schossquote wurde seitens des gemeinen Rates nach Bedarf bestimmt, während die Höhe der steuerbaren Beträge auf dem Wege eidlicher Selbsteinschätzung ermittelt wurde. Steuerpflichtig waren im allgemeinen wohl sämtliche selbstständigen Eingesessenen der Stadt, indessen konnte solchen Leuten, die in Folge irgendwelcher kaufmännischen Unternehmungen oder Rentenanlagen kein baares Geld zur sofortigen Verfügung hatten, die

¹⁾ Oligarchische Misswirtschaft ist bekanntlich schon für mehrere deutsche Städte des Mittelalters nachgewiesen. cf. Chron. I, S. 295 f. und Schönberg a. a. O. S. 27.

²⁾ cf. S. 15.

³⁾ Chron. VI, S. 177,

⁴⁾ ib. S. 140.

⁵⁾ ibid. S. 137, Note 2. S. 318.

⁶⁾ cf. Chron. I, S. 282 und Schönberg, a. a. O. S. 88.

Schosszahlung gegen Hinterlegung von Pfändern gestundet werden. Wo nun, wie in Braunschweig vor dem Aufstande einerseits die Finanzverwaltung der nötigen Energie ermangelte, andererseits in den regierenden Kreisen Selbstsucht und Parteiinteresse sich breit machten, lag die Gefahr sehr nahe, dass diese an und für sich schon dem Gemeinwesen wenig erspriessliche Gewohnheit eine missbräuchliche, unerhörte Ausdehnung finden werde; dann musste die Stadt grosse Summen, die sie notwendig brauchte, lange entbehren, dann mussten sich die Pfänder massenhaft ansammeln, um als totes Capital daliegend viele Zinsen zu fressen. Und wirklich ist es dahin gekommen, denn die heimliche Rechenschaft klagt über den grossen Schaden, den jener Brauch der Stadt verursacht habe.¹⁾

Entrichtet wurde der Schoss von den Steuerzahlern auf den Weichbildsrathhäusern, um dann von den Weichbildsräten an die gemeine Kasse abgeführt zu werden. Mit dieser Sitte stand ein weiterer Missbrauch im Zusammenhange, wie gleichfalls aus der heimlichen Rechenschaft hervorgeht. Dort wird uns berichtet,²⁾ im Jahre 1396 sei eine Bestimmung getroffen, wonach die Weichbildsräte Schoss und Nachschoss, sobald sie eingekommen seien, in den gemeinen Säckel zahlen und den Finanzbehörden gemeiner Stadt Rechenschaft darüber ablegen sollten; diese Einrichtung, fügt der Verfasser hinzu, habe der Stadt viel genützt, und ihr Weiterbestehen werde sehr förderlich sein. Offenbar hatten demnach in früherer Zeit die Weichbildsräte nicht nur die Auszahlung des Schosses an den gemeinen Rat verschleppt, sondern auch, zu einer strengen Rechnungsablage nicht verpflichtet, mit den Erträgen dieser Steuer ungehörig und nachlässig gewirtschaftet, indem sie dieselben, wenn auch nur zum geringen Teil, den Weichbildskassen zu Gute kommen liessen. Beweise dafür haben wir in den Altstädter Rechnungen von 1354 und 1355 gefunden.

Da der Schoss alljährlich in der ersten Woche nach Martini zu zahlen war, so hatte der Rat der gemeinen Stadt in dieser Zeit immer die grössten Baarmittel zur Verfügung. Aber erst spät, erst in der Periode der Reformen, brachte er es dahin, einen so günstigen Umstand gehörig auszunutzen, indem nun auch die wichtigsten der regelmässig wiederkehrenden Ausgaben,

¹⁾ cf. Chron. VI, S. 152 und 153: „Wu de Rad dat schod vorderen schal“.

²⁾ ibid. S. 153 und 154: „Van dem schote to vorderende“.

Leibgedinge und Weddeschatz, in jene Zeit verlegt wurden. Vorher waren die genannten beiden Arten von Renten wahrscheinlich stets an zwei Terminen, zu Ostern und zu Michaelis, ausgezahlt worden,¹⁾ ein Brauch, mit dem ein böser Misstand verknüpft war. Bei der geringen Sorge für die Zukunft, welche die Finanzverwaltung charakterisirte, bei dem Mangel jeglichen Voranschlages ist es sehr erklärlich, dass die Schosserträge ausserordentlich rasch verbraucht wurden. Und so hatte man denn, wie die heimliche Rechenschaft berichtet,²⁾ sowohl Ostern als Michaelis fast nie Geld genug flüssig gehabt, um die Anleihezinsen zu bestreiten. Da diese aber, wollte man sich den durchaus nötigen Credit bewahren, so pünktlich wie möglich gezahlt werden mussten, so blieb nichts andres übrig, als sich das fehlende Geld durch neue Anleihen zu verschaffen, die ihrerseits doch auch verzinst sein wollten. Man kann leicht ermessen, wie sehr derartige kostspielige Gebahrungen, die bei weniger kopfloser Wirtschaft leicht zu vermeiden gewesen wären, einer günstigen Finanzlage entgegenwirken mussten.

Aber noch ist die Reihe der Missstände, deren wir hier zu gedenken haben, nicht zu Ende: ebenso schlimme und folgeschwere, ja noch schlimmere fast als bei der Verwaltung der Schosseinkünfte und der Regelung der Schuldenverhältnisse, herrschten auf dem für die gemeine Stadt so bedeutungsvollen Gebiete des Kriegswesens. Erforderte die grosse Söldnerschaar, die zu halten man für nötig erachtete, schon an und für sich sehr grossen Aufwand, so wurde dieser noch dadurch unverhältnissmässig gesteigert, dass man es an strenger Beaufsichtigung der verwilderten Bande fehlen liess. Darum war es letzterer sehr leicht, die Stadt an allen Ecken und Enden zu betrügen, wozu ihnen die umfassende Haftpflicht derselben die beste Handhabe bot. Wer konnte es ihnen denn nachweisen, wenn sie mehr Entschädigung forderten, als sie in Wahrheit zu

¹⁾ Allerdings finden wir bereits in den meisten Verträgen unseres Weddeschatzregisters, die vor 1374 abgeschlossen sind, als Zahlungstermin Martini festgesetzt. Da aber jenes Register erst 1396 angelegt ist und zwar sicherlich im Zusammenhange mit den Reformen, die damals im Anleihenwesen der Stadt durchgeführt wurden, so ist es nicht unmöglich, dass erst in dieser Zeit der genannte Zahlungstermin für die vor 1374 verkauften Renten vereinbart und nun auch die betreffenden Weddeschatzbrieve demgemäss abgeändert wurden.

²⁾ Chron. VI, S. 154 und 155: „Wu se den tyns to gevende brachten uppe eyne tiid“.

beanspruchen hatten, wenn sie sich für Verluste bezahlen liessen, von denen sie gar nicht betroffen waren? Vor allem kamen die betrügerischen Manipulationen der Söldner mit ihren Pferden dem gemeinen Rate teuer zu stehen. Aus der heimlichen Rechenschaft erfahren wir,¹⁾ dass ein Teil dieser Gesellen zwei, ja drei Pferde im Jahre verbrauchte, indem sie eins nach dem andern, um das Futtergeld zu sparen, verhungern liessen; andre wieder trieben es noch schlimmer: auf Kosten des Rates fütterten sie ihre Pferde heraus, verkauften sie dann zu hohen Preisen und steckten den Erlös in die eignen Taschen. Jenen wie diesen musste der gemeine Rat die zur Anschaffung neuer Pferde nötigen Summen auszahlen oder wiedererstatten. Dass dieses Unwesen nur bei ungesunden Zuständen sich entwickeln und zur Blüte gelangen konnte, ist wohl kaum zu bestreiten. Man erkennt auch hieraus mit Sicherheit die Unfähigkeit und Schlawheit der gemeinen Verwaltung vor der Reform.

Schwieriger ist es, sich ein richtiges Urteil über einen andern mit dem städtischen Kriegswesen zusammenhängenden Übelstand zu bilden, unter dem die öffentlichen Finanzen Braunschweigs arg zu leiden hatten. Dieser beruhte auf den gewaltigen Verwendungen für die Pfandschlösser.²⁾ Die Pfandsummen, durch Ausgaben für Bauten und von Zeit zu Zeit auch durch beträchtliche Nachschüsse noch erhöht, mussten, zum grossen Teil wenigstens, durch hoch verzinsliche Anleihen herbeigeschafft werden, und was die mit den Schlössern verpfändeten Äcker und ertragsfähigen Rechte einbrachten, wurde von den Aufwendungen für Burghut, für mancherlei Reparaturen, für Verproviantirung und Besoldung der Besatzung, so weit die Stadt für letztere aufzukommen hatte, weit übertroffen. Freilich darf der mittelbare Nutzen der Pfandschlösser, welcher daraus erwuchs, dass sie den Bürgergütern und dem Handel Schutz gewährten, nicht zu gering geachtet werden; wenn man indessen die Entwicklung des Pfandschlosswesens auch nur während der Zeit normaler Verhältnisse verfolgt d. h. bis gegen Ende der sechziger Jahre des 14. Jahrhunderts, so wird man sich kaum dem Eindruck entziehen können, als ob der Rat, den wahren Vorteil des Gemeinwesens aus den Augen lassend, einerseits allzu viele Burgen pfandweise erworben, andererseits auf einzelne derselben

¹⁾ Chron. VI, S. 148: „Wu de marstelle dichtet worden“. Werkst. I, 112.

²⁾ ibid. S. 144: „Dat me sek hoede vor pandsloten“.

unverhältnissmässig grosse Summen bewilligt und verwendet habe. Zum Beleg für den zweiten Punkt seien zunächst die Verhältnisse des am frühesten in die Hand der Braunschweiger gelangten Pfandschlusses angegeben, als das wir die Asseburg kennen lernten. 1470 M. betrug die Pfandsumme bereits bei der Verpfändung von 1345;¹⁾ 230 M. kamen 1358 in Folge eines Darlehns an die Herzoge Magnus und Ludwig hinzu,²⁾ und, als der erstgenannte im November 1367 die Verpfändung der Asseburg wieder um drei Jahre verlängerte, hatte die Stadt schon 2500 M. daran stehen.³⁾ Ganz ähnlich gestalteten sich die Angelegenheiten des Schlosses zum Kampe. Während in der Urkunde über die erste Verpfändung, die von 1354, die Pfandsumme zu 310 M. angegeben ist,⁴⁾ erreichte diese mit der zweiten Verpfändung im Jahre 1357 schon eine Höhe von 440 M.⁵⁾ und zwei Jahre später bekannte sich Herzog Wilhelm dem Rate mit 200 M. verschuldet, für die unter gewissen Umständen gleichfalls jene Burg zu Pfand gesetzt werden sollte.⁶⁾ Auch eine Urkunde von 1366 mag hier erwähnt werden, in welcher derselbe Herzog dem Rate gestattete, 50 M. am Hause zum Kampe zu verbauen.⁷⁾ Noch schneller aber als die Pfandsummen für die Asseburg und den Kamp, wuchs diejenige für Hessen. Bei der ersten Verpfändung, im Jahre 1355, betrug sie 400 M.,⁸⁾ bei der zweiten dagegen, nur drei Jahre später, nicht weniger als 1200.⁹⁾ 100 M., die Herzog Magnus 1359 dem Rate schuldig zu sein bekannte, sollten, wenn sie nicht bis zu Weihnachten des nächsten Jahres zurückgezahlt wären, zu jener Summe geschlagen werden;¹⁰⁾ dieselbe wurde auch dadurch vergrössert, dass 1363 der gemeine Rat ein Burglehn auf Hessen für 40 M. erwarb.¹¹⁾

¹⁾ cf. S. 46. cf. Dürre S. 348 ff.

²⁾ cf. Sudendorf III, 41.

³⁾ Sudendorf III, 226.

⁴⁾ cf. S. 90.

⁵⁾ O.-U. im Br. St.-A., No. 174.

⁶⁾ O.-U. im Br. St.-A., No. 193.

⁷⁾ O.-U. im Br. St.-A., No. 218.

⁸⁾ cf. S. 91.

⁹⁾ Sudendorf III, 140.

¹⁰⁾ Sudendorf III, 56.

¹¹⁾ O.-U. im Br. St.-A., No. 202.

Eingelöst wurde in der Periode von 1355 bis 1370 von allen Pfandschlössern Braunschweigs nur eines, die Hornburg, wenn wenigstens der Bischof von Halberstadt seine beiden Kündigungen von 1364¹⁾ ausführte, was einigermassen zweifelhaft ist.²⁾ Dagegen wurden in dieser Zeit mehrere Schlösser dem gemeinen Rate zum ersten Male verpfändet. 1363 übergab ihm Herzog Magnus das Schloss Esbeck und die Stadt Schöningen gegen eine Pfandsumme von 804 M.,³⁾ gegen eine solche von 600 M. 1364 Herzog Wilhelm von Lüneburg das Haus Vorsfelde,⁴⁾ um diese Verpfändung im nächsten Jahre unter Erhöhung der Summe auf 700 M. zu wiederholen⁵⁾ und den Bürgern 1367 zu gestatten, 60 M. an Vorsfelde zu verbauen.⁶⁾ Ebenfalls 1365 gelobte Heinrich von Wenden dem Rate von Braunschweig, dem er 100 M. schuldete, dafür mit dem Schlosse Jerxheim zu Dienste zu sitzen,⁷⁾ und 1366 bekam letzterer vom Bischof Gerhard von Hildesheim die Liebenburg für 500 M. in Pfandbesitz.⁸⁾ — Zur Genüge kann man aus diesen Anführungen ersehen, wie grosse Capitalien durch das Pfandschlosswesen der Verfügung der gemeinen Finanzverwaltung entzogen wurden, und offenbar machte sich das recht fühlbar. Musste sich doch die Stadt bereits damals entschliessen, einzelne der Pfandschlösser zeitweilig weiter zu verpfänden. Indessen bedang sie sich dabei wohl immer aus, dass der neue Inhaber das Schloss für sie jeder Zeit offen halte und ihr auf Erfordern Beistand gegen ihre Feinde leiste. So kam um die Mitte der sechziger Jahre Hessen in die Hand der Herren von Wenden,⁹⁾ und 1367 übertrug der Rat Stadt und Haus Vorsfelde auf drei Jahre für 300 M. den Herren von Bertensleve,¹⁰⁾ während er 1371, um dies gleich hier hin-

¹⁾ I. G. fol. 16: am 28. Januar und am 28. September.

²⁾ 1372 finden wir den Rat schon wieder im Besitz der Hornburg: I. G. fol. 28¹.

³⁾ Sudendorf III, 14. Esbeck liegt dicht bei Schöningen.

⁴⁾ O.-U. im Br. St.-A., No. 206. Vorsfelde liegt nördlich von Braunschweig.

⁵⁾ O.-U. im Br. St.-A., No. 211.

⁶⁾ O.-U. im Br. St.-A., No. 224.

⁷⁾ O.-U. im Br. St.-A., No. 213.

⁸⁾ O.-U. im Br. St.-A., No. 219.

⁹⁾ I. G. fol. 25.

¹⁰⁾ O.-U. im Br. St.-A., No. 223.

zuzufügen, die Asseburg auf drei Jahre an Heinrich Kerkhof gab.¹⁾ Aber das waren nur halbe Massregeln, denn die Schlösser wurden ja längst nicht alle und, wie das Beispiel Vorsfeldes zeigt, bei weitem nicht um die Summen weiter gegeben, welche die Braunschweiger daran stehen hatten. Von Grund aus konnte dem Übel nur dadurch abgeholfen werden, dass man den Weg einschlug, einige wenige Pfandschlösser festzuhalten, die übrigen aber gegen Rückerstattung der darauf verwendeten und gezahlten Summen ihren Besitzern wieder auszuliefern. Dahin kam es jedoch erst in der Zeit der Reformen;²⁾ die Ursache, weshalb nicht schon früher, nicht schon vor 1374 so verfahren wurde, war sicher zum guten Teil der Geldmangel der Herzoge, nicht allein Hartnäckigkeit und Verblendung des Rates.

Übrigens wären alle die geschilderten Missbräuche und Übelstände in der gemeinen Finanzverwaltung für sich allein kaum im Stande gewesen, die Stadt derartig in Schulden zu stürzen, dass ein so gewaltiger Aufstand, wie es der von 1374 war, dadurch hätte veranlasst werden können. War doch am Ende der sechziger Jahre die gemeine Stadt keineswegs übermässig von Schuldenlast gedrückt. Diese betrug damals nach der heimlichen Rechenschaft 1587 M. 2 Ferd., ein Capital, das jährlich mit 148 M. 3 Ferd. Leibrenten verzinst werden musste.³⁾ Ist auch diese Angabe der heimlichen Rechenschaft sicher nicht ganz genau, da der Rat, wie wir mit Gewissheit aus dem unter den Quellen genannten Weddeschatzregister nachweisen können,

¹⁾ O.-U. im Br. St.-A., No. 244.

²⁾ Chron. VI, S. 151 und 152.

³⁾ Auf welchen Zeitpunkt diese Angabe der heimlichen Rechenschaft (Chron. VI, S. 135) geht, ist nicht genau zu bestimmen. Fast scheint es, dass das Jahr 1367 ins Auge gefasst ist, indem an die Schilderung der Finanzlage der Stadt in der heiml. Rechenschaft die Niederlage Herzogs Magnus (cf. S. 107) mit den Worten angeknüpft wird: „Darna gevel sek“ etc. Da aber andererseits eben dort die Sache so dargestellt wird, als ob jene Summe erst gewachsen sei durch die Anleihen, welche die Verpfändung von Wolfenbüttel erforderte (cf. Chron. VI, S. 136 und 137), so fragt es sich, wann die ersten jener Anleihen aufgenommen wurden. Die erste Verpfändung Wolfenbüttels erfolgte 1370, aber vielleicht erst, nachdem Herzog Magnus schon verschiedentlich grössere Summen von den Braunschweigern erhalten hatte.

in jener Zeit auch Weddeschatzzinse zu zahlen hatte,¹⁾ so wird man sich doch im wesentlichen auf sie verlassen können. Denn in den meisten Fällen, wo eine Kontrolle der heimlichen Rechen-schaft durch ihr Quellenmaterial möglich ist, erweisen sich ihre Zahlenangaben als durchaus wahr, so dass man die hier sich darbietende Schwierigkeit vielleicht durch die Annahme beseitigen darf, unter jenen kurzweg als Leibrenten bezeichneten 148 M. 3 Ferd. sei auch der Weddeschatz mit einbegriffen. 1354 hatte die Stadt, wie früher mitgeteilt ward, zur Verzinsung ihrer Anleihen 141 M. 1 Ferd. aufwenden müssen,²⁾ nur $7\frac{1}{2}$ M. mehr wurden also, wenn unsre obige Vermutung das richtige trifft, etwa anderthalb Decennien später für denselben Zweck ausgegeben. Aber dieses langsame, geringe Anwachsen der Schulden Braunschweigs ging plötzlich in ein rapides Steigen über, dessen Hauptgrund sowohl fremdes als eigenes politisches Missgeschick war. Der erste grosse Schlag, der die gemeine Finanzverwaltung traf, hing mit der Niederlage Herzogs Magnus des Älteren zusammen, welche demselben am 3. September 1367 der Bischof Gerhard von Hildesheim bei Farmsen und Dinklar beibrachte.³⁾ Eine der Folgen dieses Ereignisses war, dass der in Gefangenschaft geratene Herzog für einen Teil der ihm auferlegten Schatzung, für 3800 M., dem Bischof sein Schloss Wolfenbüttel zu Pfande setzen musste. Da in der ausbedungenen Frist die Zahlung jener Summe nicht geleistet wurde, so drohte der Verfall des genannten Pfandes an das Bistum Hildesheim. Doch nimmermehr konnten die Braunschweiger dulden, dass dicht vor den Thoren der Stadt — ein Teil derselben, im wesentlichen aus den Weichbilden Altstadt, Neustadt und Sack bestehend, gehörte

¹⁾ Noch 1396 werden gezahlt: 1. eine Weddeschatzrente von 5 M., die 1361 für 100 M. verkauft war; 2. eine solche von 6 M., die der Rat 1366 für 140 M. verkauft hatte. Diese beiden können wir mit Sicherheit für unsre Behauptung ins Feld führen; ungewiss ist es, ob unter den 1587 M. 3 Ferd. auch mit eingerechnet sind: 1. eine Rente von 16 M., die 1367 für 200 M. und 2. eine von 24 M., die 1367 für 300 M. der Rat verkaufte. Jene betrug später nur noch 12 M., von dieser hatte 1395 der Rat 8 M. für 100 M. wieder zurückgekauft. Beide Anleihen waren vielleicht bereits im Interesse Herzogs Magnus gemacht. Wahrscheinlich musste übrigens um 1367 die Stadt auch noch einige der Weddeschatzrenten zahlen, die in den gemeinen Rechnungen von 1354 und 1355 auftreten.

²⁾ cf. S. 86.

³⁾ cf. Chron. VI, S. 135 und 136. Beachte auch Anm. 4 dort, denn noch Dürre S. 157 giebt fälschlich an, Herzog Magnus II. sei damals besiegt.

zur Hildesheimer Diöcese¹⁾ der mächtige Bischof sich festsetzte; es gelang ihren Anstrengungen auch, die drohende Gefahr zu verhüten, allein nur, indem sie dem Herzoge das Geld vor-schossen und Wolfenbüttel selbst einnahmen. Aus den Einkünften der gemeinen Kasse konnten indessen die 3800 M. nicht beschafft werden, auch die Weichbildskassen scheinen ihren Dienst versagt zu haben; nichts blieb übrig als neue Anleihen. Für 1000 M. verpfändete der Rat die Burg Hessen dem Edlen Kord von Lutter; den grössern Rest, 2800 M., brachte er durch den Verkauf von — wahrscheinlich achtprocentigen²⁾ — Weddeschatzrenten an Bürger und Gotteshäuser der Stadt auf. So wurde dieser denn das Schloss Wolfenbüttel zuerst 1370 um 1200 M.,³⁾ dann 1373 um 3781 M. verpfändet:⁴⁾ binnen kurzer Zeit waren ihre zu verzinsenden Schulden — jene für Hessen erhaltenen 1000 M. berücksichtigen wir hier also nicht — nahezu verdreifacht um den Preis eines beschwerlichen, kostspieligen Pfandes.⁵⁾ Aber es sollte noch schlimmer kommen. Am St. Martinsabend 1373 wurden Herzog Ernst und die Braunschweiger vor dem Elme von den Magdeburgern besiegt, und

¹⁾ cf. Dürre S. 369.

²⁾ Dieser Zinsfuss ist aus einigen im 1. Weddeschatzregister noch erhaltenen, offenbar hierher gehörigen Verträgen zu erkennen. Danach nahm die Stadt 1370 ein Mal 400, ein Mal 200, ein Mal 150, drei Mal 100, 1371 ein Mal 150, 1372 ein Mal 50 M. sämmtlich zu 8 % auf.

³⁾ Sudendorf IV, 12.

⁴⁾ Sudendorf IV, 228.

⁵⁾ So stellt sich diese Angelegenheit nach der heimlichen Rechenschaft im Verein mit den eben genannten Urkunden dar. Wie damit folgendes, bei Sudendorf V, 9 gedruckte, seinem Charakter nach nicht näher bestimmte Verzeichniss in Übereinstimmung gebracht werden muss, ist vollständig unklar. Dasselbe lautet:

„Nota super Wulf XXI^e marce et XVIII^m marca puri.

Item pro expensis. In novo Castro Barsfelde V^e marce sine censu.

Item super Vorsfelde VII^e marce LXXXVII marce sine censu.

Item II^e marce pro Luttere domino Luppoldo de Steinbeke.

Census annualis huius XVI marce.

Census super XXI^e marcas et XVIII^m marcam supra scriptas centum marce cum LXX marcis minus dymidia marca.

Summa summarum huius XXXVII^e marce puri et LXXXI marce puri. super hanc summam habent literam domini ducis super wolfelbutle Burgen-sibus in Brunsw. obligatum. Litere super Varsfelde debent adhuc domino representari. Super hoc habent unam literam a domicellis nostris ipsis. noviter datam super L marcas, quas dederunt Borch de Steinbeke“.

viele der erstern gerieten in Gefangenschaft.¹⁾ Nicht weniger als 4000 M. Lösegeld wurden dem gemeinen Rate abgefordert und zu 600 M. berechnete man den Schaden an verlorener Habe. Schon jene 3800 M. für Wolfenbüttel aufzubringen, war sicherlich sehr schwierig gewesen, als weit schwieriger aber stellte es sich heraus, jetzt, so bald nachher, eine noch grössere Summe zu beschaffen. Zwar hatte der Rat, wie wir aus dem gegen die aufständischen Gilden gerichteten Anklageschreiben der Vertriebenen erfahren, ungefähr 20000 M. an den Pfandschlössern stehen²⁾ — immer höher waren die Pfandsummen gewachsen —, doch war ihm die Verfügung über dieses Capital entzogen. Denn, wie gleichfalls die Vertriebenen behaupten, durfte³⁾ man einerseits jene Burgen an andere Fürsten und Herren nicht weiter verpfänden, andererseits waren weder Ritter noch Knechte im Lande zu finden, die über so grosse Mittel verfügten, dass sie der Stadt Pfandschlösser hätten abnehmen können. Neue Leib- und Weddeschatzrenten zu verkaufen, versuchte der Rat entweder gar nicht, da er von vornherein diese Operation als aussichtslos ansah, oder, wenn er es versuchte, wird er bald die Erfahrung gemacht haben, dass der Credit der gemeinen Finanzverwaltung völlig vernichtet war. Und wie man auf diesem Wege jene 4600 M. nicht aufreiben konnte, so wollte man es nicht durch eine Erhöhung des Schosses. Ausdrücklich wird uns mitgeteilt, hiervon sei abgesehen worden, da der Schoss bereits 6 Schill. Vorschoss und 6 Pfenn. von jeder Mark betragen

¹⁾ cf. Chron. VI, S. 136 und 137. Eigene Beilage Hänselmanns hierüber: *ibid.* S. 302ff. Unrichtig ist dort S. 303 angegeben, der betreffende Herzog Ernst sei der Oheim der regierenden Herzoge von Braunschweig (Magnus II. und seines Bruders) gewesen. Dieser Ernst, der Bruder Magnus I., war schon 1367 gestorben (cf. Hopf, historisch-genealog. Atlas I, S. 187 oder Cohn, Stammtafeln, Tafel 85), so dass der 1373 geschlagene Ernst nur der Bruder Magnus II. gewesen sein kann.

²⁾ cf. Chron. VI, S. 346¹⁰ff.

³⁾ *ibid.*: . . „darumme, dat se der vorsten slot anderen nicht vorpenden mochten“. „Mochten“ ist hier sicherlich mit durften zu übersetzen. (cf. Schiller-Lübben, mnd. Wörterb. s. v. mogen). Dieses durften kann man in doppelter Weise erklären: zunächst durfte die Stadt, wie aus den Verpfändungs-urkunden sich ergibt, nicht ohne die Zustimmung der Herzoge die Schlösser weiter verpfänden, und diese mussten es natürlich nach allen Kräften zu verhindern suchen, dass ihre Burgen in die Hand mächtiger Rivalen kämen; andererseits musste auch die Stadt im eigenen Interesse Weiterverpfändungen an starke Machthaber vermeiden.

habe. Man war sich wohl ganz klar darüber, dass die grosse Masse eine weitere Schosserhöhung nicht ruhig hinnehmen werde; vielleicht oder vielmehr gewiss klagte jene auch jetzt schon über Bedrückung durch den Schoss und fing an der Finanzverwaltung der Geschlechter eine misstrauische Aufmerksamkeit zuzuwenden. So musste denn der Rat an andre Auflagen denken, wagte es aber nicht mehr, aus alleiniger Machtvollkommenheit solche neu einzuführen. Vielmehr wurde eine Versammlung einberufen, zu der ausser den Ratsmitgliedern auch die Gildemeister zugezogen wurden:¹⁾ hier schilderte der Bürgermeister die Lage der gemeinen Finanzen, hier setzte er die Vorschläge des Rats zur Beschaffung der nötigen Summen auseinander.²⁾ Was die Absichten desselben waren, darüber weichen die Angaben der Gilden und der Vertriebenen von einander ab. Die ersteren behaupten, der Rat habe neue Abgaben von Laken, Korn, Häusern, Wein, Bier, Vieh und anderen Dingen erheben wollen, indem sie namentlich die Absicht auf Verringerung der Wein- und Biergemässe betonen.³⁾ Indessen machen ihre Behauptungen den Eindruck der Übertreibung. Möglich zwar ist es, dass man alle die genannten Auflagen in Erwägung gezogen hat, aber wohl nur, um unter ihnen zu wählen, nicht, um sie sämtlich neben einander und gleichzeitig ins Leben zu rufen; denn darin hätte ja geradezu eine Aufforderung zum Aufstande gelegen. Berücksichtigt man dies, so wird man den Angaben der Vertriebenen weit mehr vertrauen, da sie nur von dem Vorhaben berichten, von jedem braunschweigischen Scheffel eingeführten Getreides 1 Pfenn. erheben zu lassen,⁴⁾ ein Vorhaben, das allerdings insofern wenig glücklich war, als ja durch die genannte Auflage das Brod verteuert worden wäre. Jedoch kam es nicht zur Ausführung auch nur dieses Planes. Am Schlusse der erwähnten Versammlung wurden die Gildenmeister, welche nach Aussage der Vertriebenen und der heimlichen Rechenschaft

¹⁾ Chron. VI, S. 137 und S. 346^{24 u. 25}.

²⁾ Chron. VI, S. 346^{26 ff.}

³⁾ Chron. VI, S. 350^{35 ff.}

⁴⁾ Chron. VI, S. 346^{29 ff.} Hänselmann *ibid.* S. 329 und Note 3 spricht auch über den Widerspruch zwischen der Aussage der Gilden und der der Vertriebenen. Seinen Worten: „man schwankte, ob dieselbe (sc. die neue Auflage) auf eingeführtes Kaufmannsgut, auf Korn, Wein, Bier, Vieh oder lieber auf alles dies zugleich zu legen sei“, können wir nach dem eben Gesagten nicht beistimmen.

gegen die Korngülte keinen erheblichen Einwand vorgebracht zu haben scheinen,¹⁾ beauftragt, mit ihren Gilden über die neue Auflage zu beraten. Aber die Nachgiebigkeit des gemeinen Rates gegen die Gilden war zu spät erwacht; ehe die Beratungen der letzteren stattfinden konnten, brach mit elementarer Wucht der grosse Aufstand los,²⁾ der die Geschlechterherrschaft stürzte und in Hinsicht der gemeinen Finanzverwaltung so heillose Zustände schuf, wie sie vor 1374 auch nicht annähernd bestanden hatten. Nur ein gutes hatten sie: die Reform von Grund aus machten sie zur unabweislichen Notwendigkeit und mit der Reform begann eine neue und zwar die glänzendste Epoche in der Finanzverwaltung der Stadt Braunschweig.

¹⁾ Chron. VI, S. 137, 347¹ u. ².

²⁾ Chron. VI, S. 137: „Dyt is van der schicht to Brunswig“.



2414
8087

1064412
22,-

